

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Horst Ueberhorst

Spiele unterm Hakenkreuz

Die Olympischen Spiele von Garmisch-Partenkirchen
und Berlin 1936 und ihre politischen Implikationen

Wolfgang Jacobmeyer

Die deutschen Minderheiten in Polen und in der
Tschechoslowakei in den dreißiger Jahren

Johannes Klotz

Die „Deutschland-Berichte“ der Sopade

Avraham Barkai

Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden
im Dritten Reich (1933–1938)

B 31/86

2. August 1986

Horst Ueberhorst, Dr. phil., geb. 1925; seit 1970 o. Prof. an der Ruhr-Universität Bochum; 1975 Gastprofessor (Distinguished Visiting Professor) an der University of Massachusetts, Amherst; Mitglied in der Internationalen Olympischen Akademie und der American Academy of Physical Education.

Veröffentlichungen u. a.: *Elite für die Diktatur. Die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten 1933 bis 1945*, Düsseldorf 1969; *Frisch, Frei, Stark und Treu. Die Arbeitersportbewegung in Deutschland 1893—1933*, Düsseldorf 1973; *Turner unterm Sternbanner. Der Kampf der deutsch-amerikanischen Turner für Einheit, Freiheit und soziale Gerechtigkeit (1848—1918)*, München 1978; *Friedrich Ludwig Jahn und seine Zeit*, München 1978; *Geschichte der Leibesübungen*, 6 Bände, Berlin 1972—1982; *Friedrich Wilhelm v. Steuben*, München 1981; *Wattenscheid: Die Freiheit verloren? Eine Sozialgeschichte*, Düsseldorf 1985.

Wolfgang Jacobmeyer, Dr. phil. habil., geb. 1940; Studium in Hamburg, Oxford, Göttingen; stellv. Direktor am Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig.

Veröffentlichungen u. a.: *Heimat und Exil. Die Anfänge der polnischen Untergrundbewegung im Zweiten Weltkrieg*, Hamburg 1973; (Edition zus. m. Werner Präg) *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939—1945*, Stuttgart 1975; (Dokumentation) *Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland*, Braunschweig 1979; *Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945—1951*, Göttingen 1985.

Johannes Klotz, Dr. phil., geb. 1952; Lehrer, z. Z. Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg und am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Fachhochschule Fulda.

Veröffentlichungen u. a.: *Das „kommende Deutschland“. Vorstellungen und Konzeptionen des sozialdemokratischen Parteivorstandes im Exil 1933 bis 1945 zu Staat und Wirtschaft*, Köln 1983; *Neuere Literatur zur Theorie und Geschichte der Arbeiterbewegung*, in: *Neue Politische Literatur*, (1986) 1.

Avraham Barkai, Ph. D., geb. 1921 in Berlin; Dozent für Wirtschaftsgeschichte und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leo-Baeck-Institut Jerusalem.

Veröffentlichungen u. a.: *Die Wirtschaftsauffassung der NSDAP*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 9/75; *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der ideologische und historische Hintergrund 1933—1936*, Köln 1977; *Sozialdarwinismus und Antiliberalismus in Hitlers Wirtschaftskonzept*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, (1977) 3.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 1, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung *DAS PARLAMENT*, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung *DAS PARLAMENT* einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Spiele unterm Hakenkreuz

Die Olympischen Spiele von Garmisch-Partenkirchen und Berlin 1936 und ihre politischen Implikationen

Vorgeschichte

Auf dem 28. Kongreß des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) 1930 in Berlin hatte sich das deutsche Nationale Olympische Komitee (NOK) um die Austragung der Olympischen Spiele 1936 in der alten Reichshauptstadt beworben. Als Mitbewerber traten an: Alexandria, Barcelona, Budapest, Buenos Aires, Dublin, Helsinki und Rom. Die Entscheidung zwischen den zuletzt noch verbliebenen Austragungsorten Berlin und Barcelona sollte während der 29. IOC-Sitzung vom 25. bis 27. April 1931 im spanischen Barcelona fallen. Da aber aufgrund der Unruhen in Spanien im Vorfeld des Bürgerkrieges nur 19 von 67 IOC-Mitgliedern erschienen waren, ließ der belgische IOC-Präsident de Baillet-Latour eine telegraphische Abstimmung durchführen. Dabei fiel die Entscheidung mit 43 gegen 16 Stimmen bei acht Enthaltungen eindeutig zugunsten Berlins aus. Auf der 31. IOC-Sitzung vom 7. bis 11. Juni 1933 in Wien vergab das Komitee die Olympischen Winterspiele an die gemeinsamen Bewerber Garmisch und Partenkirchen und bestätigte noch einmal Berlin als Austragungsort für die XI. Olympischen Spiele 1936¹⁾. Damit sollten in Deutschland erstmals Olympische Spiele stattfinden. Zwar hatte während der Olympischen Spiele von Stockholm 1912 das IOC Berlin bereits für 1916 die Olympischen Spiele zugesprochen, und deutscherseits wurden auch sehr intensive Vorbereitungen getroffen, aber der Erste Weltkrieg machte all die hochgespannten Erwartungen zunichte. Die Wirklichkeit sah anders aus: Im Jahre 1916 tobte die Materialschlacht um Verdun, wurde an der Somme in Nordfrankreich erstmals Giftgas eingesetzt.

Das deutsche Organisationskomitee für die Olympischen Spiele 1936 in Berlin stand unter der Leitung von Dr. Theodor Lewald, der Deutschland seit 1924 im IOC vertrat, und dem agilen Generalsekretär Dr. Carl Diem. Beide hatten das ehrgeizige Ziel, die Olympischen Spiele 1936 zu einer

„Lehr-Olympiade“ für die Welt zu machen, wie es später in dem Amtlichen Bericht hieß²⁾. Die Weichen dazu wurden, wie bereits erwähnt, auf der IOC-Sitzung 1930 in Berlin gestellt. Unmittelbar davor hatte Lewald die gesamtgesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung einer Vergabe der Spiele an Berlin wie folgt vor der Berliner Industrie- und Handelskammer unterstrichen: „Wir glauben, daß die Spiele zu einer Befruchtung und Anregung des ganzen Wirtschaftslebens Deutschlands beitragen und auf lange Jahre hinaus nicht nur Berlin, sondern allen deutschen Städten und Landschaften, die der ausländische Fremdenstrom berühren wird, von nachhaltigem Vorteil sein wird. — Es handelt sich um eine dem deutschen Kultur- und Wirtschaftsleben in hohem Maße zugute kommende einzigartige Veranstaltung.“³⁾ Dies war eine allzu optimistische Prognose, wie sich später zeigen sollte.

Der Berliner IOC-Kongreß 1930 wurde vom damaligen Reichspräsidenten v. Hindenburg in der Aula der Berliner Universität eröffnet. Hindenburg betonte, daß das Deutsche Reich sehr an einer Ausrichtung der Spiele interessiert sei. Aus dem gleichen Grund gab die Stadt Berlin ein großes Bankett im Rathaus zu Ehren der IOC-Mitglieder. Der Kongreß wurde beendet auf dem Gelände des „Deutschen Sportforums“, um den Gästen die Möglichkeit zu geben, bereits vorhandene „olympische“ Sportanlagen und Wettkampfstätten zu besichtigen⁴⁾. Die sportliche Organisationsfähigkeit war schon zuvor durch die Auffahrt von 2000 Ruderbooten auf der Grünauer Regattabahn und Vorführungen von

²⁾ Organisationskomitee für die XI. Olympiade Berlin 1936 (Hrsg.), Amtlicher Bericht, Bd. 1, Berlin 1937, S. 64.

³⁾ Olympia-Archiv, Potsdam, Aktenband „Allgemeines“ 46/173/612, zit. nach Horst Wetzel, Die Stellung der deutschen Großbourgeoisie zu den Olympischen Spielen 1936, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, (1967) 7, S. 585.

⁴⁾ Vgl. Arnd Krüger, Deutschland und die olympische Bewegung (1918—1945), in: Horst Ueberhorst (Hrsg.), Geschichte der Leibesübungen, Bd. 3/2, Berlin-München-Frankfurt 1981, S. 1034.

¹⁾ Vgl. Organisationskomitee (OK) für die IV. Olympischen Winterspiele 1936 (Hrsg.), Amtlicher Bericht, Berlin 1936, S. 22.

Sportlern der Deutschen Hochschule für Leibesübungen (DHfL) eindrucksvoll demonstriert worden⁵⁾.

Nochmals versuchte Lewald, vor der Abstimmung in Barcelona Einfluß auf die Entscheidung der IOC-Mitglieder zu nehmen, indem er über die Presse einen Bericht veröffentlichten ließ, wonach sich Pierre de Coubertin, der Begründer der modernen Olympischen Spiele und Ehrenpräsident des IOC, für eine Vergabe der Olympischen Spiele 1936 nach Deutschland ausgesprochen und noch hinzugefügt habe, die Spiele möchten von Lewald und seinem Mitarbeiterstab organisiert werden⁶⁾.

Im Jahre 1932 nahm trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten und politischer Widerstände eine kleine deutsche Gruppe von Aktiven und Funktionären (Lewald, Diem, v. Halt) an den Olympischen Spielen in Los Angeles teil, zum einen, um das Deutsche Reich dort sportlich zu repräsentieren, zum anderen, um neue Erkenntnisse im Sportstättenbau und der Organisation Olympischer Spiele zu gewinnen⁷⁾. Denn man war sich darüber einig, daß die für die VI. Olympischen Spiele 1916 gebauten Wettkampfstätten nicht mehr genügten und das „Deutsche Stadion“, das 1913 in einem spektakulären Festakt von Kaiser Wilhelm II. eingeweiht worden war, beträchtlich ausgebaut werden müsse. Neben diesen Problemen stand die wachsende politische Unsicherheit: bürgerkriegsähnliche Zustände infolge der wirtschaftlichen Not und zunehmender politischer Radikalisierung, Kabinettsumbildungen und mächtiges Anwachsen der NSDAP, die zur stärksten Partei wurde. Würde sie im Falle einer nationalsozialistischen Regierungsbildung die Ausrichtung der XI. Olympischen Spiele in Deutschland gewährleisten?

Die Beantwortung dieser Frage war für die Organisatoren von größter Wichtigkeit, denn in den

Jahren der Weimarer Republik hatte die NSDAP eine rigoros ablehnende Haltung gegenüber dem internationalen Sportverkehr und den Olympischen Spielen eingenommen. Die Gründe dafür lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:

1. Die kosmopolitische Idee der Olympischen Spiele sei mit der am deutschen Volkstum orientierten nationalsozialistischen Weltanschauung unvereinbar.

2. Die Ausrichtung der Olympischen Spiele könne im Ausland den Eindruck erwecken, als würde Deutschland das „Versailler Diktat“ anerkennen. Ein sportlicher Wettkampf mit Angehörigen von „Feindvölkern“ verstoße wider deutsches Ehrgefühl⁸⁾.

3. Eine Teilnahme an den Olympischen Spielen, bzw. deren Ausrichtung nach dem IOC-Reglement würde aus rassistischen Gründen nicht in Frage kommen, denn Juden („Weltvernichter“) und Neger („Skaven“) könnten nicht als gleichwertig mit anderen Völkern und Rassen anerkannt werden⁹⁾.

Aber Ende 1932 deutete sich eine gemäßigte Haltung der NSDAP an, so daß IOC-Präsident de Baillet-Latour über das deutsche IOC-Mitglied Karl Ritter v. Halt, selber NSDAP-Mitglied, bei Hitler anfragen ließ, ob im Falle einer nationalsozialistischen Machtübernahme politische Schwierigkeiten zu erwarten seien. Hitler gab ihm die insgesamt positive, wenn auch recht allgemein und unverbindlich gehaltene Antwort, „daß er die Frage der Durchführung mit großem Interesse betrachte“¹⁰⁾. Gleichwohl wollte der kluge Jurist Dr. Lewald sicher gehen und gründete deshalb am 24. Januar 1933 mit einer Eintragung ins Vereinsregister das Organisationskomitee für die Olympischen Spiele 1936¹¹⁾. Eine Woche später kam Hitler an die Macht und wurde Kanzler eines „Kabinetts der nationalen Konzentration“.

Das Dritte Reich wird zum „Ausrichter“ der Spiele

Lewald nahm schon am 20. Februar 1933 Kontakt mit der neuen Reichsregierung auf, um endgültige

⁵⁾ Ebenda.

⁶⁾ Friedrich Bohlen, Die XI. Olympischen Spiele Berlin 1936, Köln 1979, S. 16 f.

⁷⁾ Arnd Krüger, Die Olympischen Spiele 1936 und die Weltmeinung, Berlin — München — Frankfurt/M. 1972, S. 30 f.

⁸⁾ F. Bohlen (Anm. 6), S. 66.

⁹⁾ A. Krüger, Die Olympischen Spiele 1936 (Anm. 7), S. 32 f.

¹⁰⁾ v. Halt an Berdez, 26. 10. 1932, mit Anlage von Hitlers Kanzlei an Dr. Kufner, 29. 9. 1932, zit. nach Arnd Krüger, Die Olympischen Spiele 1936 (Anm. 7), S. 31.

¹¹⁾ A. Krüger, Deutschland und die olympische Bewegung (Anm. 4), S. 1035, und F. Bohlen (Anm. 6), S. 55.

Klarheit über die Haltung der NSDAP zu den Olympischen Spielen in Berlin zu gewinnen. Am 16. März 1933 wurde ihm eine Unterredung mit Hitler gewährt, an der auch der Reichsminister des Innern, Dr. Frick, und Reichspropagandaminister Dr. Goebbels teilnahmen. Hitler gab sein grundsätzliches Einverständnis zur Ausrichtung der Olympischen Spiele in Deutschland, das Reich übernahm eine Finanzgarantie, nur den ihm angetragenen Vorsitz des Ehrenausschusses lehnte Hitler ab¹²⁾. Die Schirmherrschaft der Spiele hatte am 9. Februar 1933 Hindenburg über-

¹²⁾ Vgl. A. Krüger (Anm. 7), S. 42 f.

nommen; als nach Hindenburgs Tod Hitler am 2. August 1934 das Amt des Reichskanzlers und das des Reichspräsidenten in seiner Person vereinigte, übernahm er, nunmehr als Staatsoberhaupt mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet, am 13. November 1934 auch die Schirmherrschaft für die Olympischen Spiele¹³⁾.

In einem Dankschreiben unmittelbar nach der Audienz bei Hitler erwähnte Lewald auch die „ungeheure Propagandawirkung für Deutschland“, die von den Olympischen Spielen ausgehen würde¹⁴⁾. Darauf reagierte Goebbels sofort und lud Lewald und Diem zu einem Gespräch ein, in dem die Einrichtung eines „Olympia-Propagandaausschusses“ im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda beschlossen wurde, der die Werbearbeit für die Spiele in Deutschland übernehmen sollte¹⁵⁾.

Die Gründe für die nunmehr massive Unterstützung der Olympischen Spiele durch die Nationalsozialisten sind rein pragmatisch und lassen sich leicht erklären: Man erhoffte sich wirtschaftliche Vorteile, eine Durchbrechung der kulturellen und außenpolitischen Isolierung und eine Werbung für das „neue“ Deutschland. Damit war aber keineswegs, wie in der „Judenfrage“ deutlich wird, eine Preisgabe der im Parteiprogramm der NSDAP festgeschriebenen politischen Leitsätze verbunden.

Noch ein anderer Vorgang im nationalsozialistischen Deutschland beschäftigte das IOC und wurde zum strittigen Punkt der IOC-Tagung in Wien (7. bis 9. Juni 1933). Im April 1933 wurde Lewald, der Halbjude war, in der NS-Presse heftig attackiert. Er setzte sich zur Wehr und beschwerte sich in der Reichskanzlei. Auf Anweisung Hitlers wurden tags darauf die Angriffe eingestellt. Lewald gab aber, um weitere Komplikationen zu vermeiden, sein Amt als 1. Vorsitzender des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen (DRA), Dachverband des bürgerlichen Sports, am 12. April 1933 auf. Inzwischen war erkennbar, daß die Reichsregierung eine Neuorganisation des deutschen Sports plante. Beauftragt wurde damit der SA-Gruppenführer Hans v. Tschammer und Osten, ein Parteimann, der als „Reichskommissar“ für den gesamten Sport eingesetzt wurde und die Neuorganisation nach dem „Führerprinzip“ durchführen sollte¹⁶⁾. Auch Carl

Diem bewarb sich um diese Stelle, doch am 28. April 1933 wurde von Tschammer zum „Reichssportkommissar“ ernannt. Er entließ Diem und Lewald aus ihren Ämtern im DRA. Ihre Funktionen im Deutschen Olympischen Ausschuss und im Olympischen Komitee behielten sie zunächst¹⁷⁾.

Nach der Ernennung v. Tschammers setzte ein Werben um dessen Gunst ein, bei dem die drei Mitglieder des DRA-Präsidiums: Linnemann (Fußball), Pauli (Rudern) und Neuendorff (DT) sogar soweit gingen, ihn in einem Schreiben am 9. Mai 1933 darum zu bitten, den DRA aufzulösen und über diese Einrichtung frei zu verfügen. Von Tschammer entsprach dieser Bitte schon am nächsten Tag und löste am 10. Mai 1933 den DRA auf¹⁸⁾.

Dieser Beschluß hatte Folgen, die schnell beseitigt werden mußten, wollte man die Austragung der Olympischen Spiele nicht gefährden. Denn laut Satzung fiel das gesamte Vermögen des DRA (Deutsches Stadion, DHfL, Deutsches Sportforum usw.) dem Reichsminister des Innern (RMI) zu, so daß weiterhin über die Sportanlagen verfügt werden konnte. Weit problematischer aber war, daß mit der Auflösung des DRA auch der ihm untergeordnete Deutsche Olympische Ausschuss (DOA) nicht mehr existent war. Ohne ein solches Gremium war aber keine Teilnahme an Olympischen Spielen nach der IOC-Satzung möglich. Deshalb wurde rasch ein „Reichsführerring“ für Leibesübungen gegründet, sowie ein neuer Deutscher Olympischer Ausschuss, der dem Reglement des IOC entsprach.

Dem IOC blieb solche turbulente Entwicklung nicht verborgen. In Wien (Sitzung vom 7. bis 9. Juni 1933) bestand noch die Möglichkeit, die Olympischen Spiele an eine andere Stadt zu vergeben, da nach dem Reglement der Austragungsort bis spätestens drei Jahre vor dem Beginn der Olympischen Spiele endgültig festgelegt werden mußte. In mehreren Schreiben Anfang Mai drückte der IOC-Präsident den drei deutschen IOC-Mitgliedern sein Mißtrauen gegenüber der Politik der deutschen Regierung sowie der neuen Sportführung aus und drängte auf eine Klärung bis zur IOC-Sitzung in Wien¹⁹⁾.

Lewald und Diem konnten mit ihren Erklärungen das IOC zunächst nicht zufriedenstellen, so daß auf Betreiben des amerikanischen IOC-Mitgliedes Sherrill eine schriftliche Garantieerklärung für folgende Punkte von der deutschen Reichsregierung verlangt wurde:

¹⁷⁾ A. Krüger (Anm. 4), S. 1036.

¹⁸⁾ Carl Diem, Weltgeschichte des Sports und der Leibeserziehung, Bd. 2, Stuttgart 1971, S. 999.

¹⁹⁾ A. Krüger (Anm. 7), S. 51 f.

¹³⁾ Karl Adolf Scherer, 75 Olympische Jahre, München 1971, S. 81 f.

¹⁴⁾ Lewald an Lammers (Reichskanzlei), 16. 3. 1933, Bundesarchiv Koblenz, R 43 II/729, Bd. 1, zit. nach A. Krüger (Anm. 7), S. 42.

¹⁵⁾ Ebenda.

¹⁶⁾ Hajo Bernett, Sportpolitik im Dritten Reich. Beiträge zur Lehre und Forschung der Leibeserziehung, Bd. 39, Schorndorf 1971, S. 43.

1. Lewald, v. Halt, der Herzog v. Mecklenburg und Diem behalten im NOK die Verantwortung für die Organisation der Olympischen Winter- und Sommerspiele.

2. Die olympischen Regeln werden eingehalten.

3. Die Teilnahme deutscher Juden innerhalb der deutschen Mannschaft wird zugesichert²⁰⁾.

Die ersten beiden Garantien wurden sofort gegeben, für die dritte wurde mehrfach Kontakt mit der Reichskanzlei in Berlin aufgenommen, bis Reichsinnenminister Dr. Frick auch hier eine Zusage gab. Damit waren alle IOC-Mitglieder zufrieden; die Amerikaner nahmen ihre Boykottandrohung vorerst zurück²¹⁾ und die Ausrichtung der Spiele wurde Deutschland belassen. Nachdem die Ausrichtung gesichert war, unternahm die NSDAP verstärkt den Versuch, die Ämter im DOA und OK mit regimetreuen Personen zu besetzen. Der 5. Oktober 1933 sollte dann die entscheidende Wende für die Vorbereitung der Olympischen Spiele bringen. An diesem Tag besuchte Hitler in Begleitung von Lewald, Diem, Frick, v. Tschammer und dem Architekten March die für die Austragung der Olympischen Sommerspiele vorgesehenen Sportstätten. Auf den Hinweis Lewalds, welche Möglichkeiten ein Sportstadion für Veranstaltungen politischer und anderer Art biete, entschied Hitler spontan, das Stadion müsse vom Reich gebaut werden. „Wenn man die ganze Welt zu Gast geladen hätte, müßte etwas Großartiges und Schönes entstehen . . . wenn man vier Millionen Arbeitslose habe, müsse man für Arbeit sorgen, da spielten einige Millionen gar keine Rolle . . . die Arbeiten müßten sofort beginnen.“²²⁾

Die Haushaltsmittel für die Olympischen Spiele wurden von 5,5 Mio. RM auf über 100 Mio. RM (!) aufgestockt. In der Reichskanzlei fand dann fünf Tage später die nächste Besprechung statt. Hitler wollte die Olympischen Spiele 1936 zu einer Musterolympiade umgestalten, um das Ausland zu bewegen, das nationalsozialistische Deutschland anzuerkennen, damit die schwierige und ungünstige außenpolitische Lage Deutschlands verbessert werde. Auch für die Olympischen Winterspiele wurde jetzt großzügiger geplant²³⁾. Durch die Finanzgarantie verlor jedoch das OK seine finanzielle Unabhängigkeit.

Indes ging die Judendiskriminierung weiter. Juden waren aus deutschen Vereinen verbannt worden, einige jüdische Vereine („Deutscher Makabi-Kreis“ und Sportbund „Schild“) wurden

zwar geduldet, durften aber nur „eigene“ Sportanlagen benutzen. Jüdische Vereine waren nicht Mitglieder des im Januar 1934 gegründeten Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen (DRL).

Auch auf diese Entwicklung reagierte das IOC und setzte auf die Tagesordnung für die 32. IOC-Sitzung (15. bis 19. Mai 1934) in Athen das Thema „Gleichberechtigung aller Teilnehmer“. Der IOC-Präsident und andere IOC-Mitglieder (z. B. der Engländer Aberdare und der Amerikaner Garland) forderten eine Erneuerung der in Wien gemachten Zusagen. Die Vertreter Deutschlands, Dr. Lewald und Karl Ritter von Halt, erklärten daraufhin, „daß jüdische Sportler bei den Berliner Spielen ebenso gern gesehene Gäste sein werden wie alle anderen. Auch ins deutsche olympische Team würden jüdische Athleten, falls sie die erforderlichen Limite erreichten, eingereiht werden“²⁴⁾. Ferner sagten sie zu, daß während der Spiele keine antisemitischen Demonstrationen stattfinden würden. Damit gab sich das IOC erneut zufrieden.

Um den Eindruck der Gleichbehandlung der Juden zu verstärken, gab v. Tschammer am 18. Juli 1934 „Richtlinien für den Sportbetrieb von Juden und sonstigen Nichtariern“ heraus und ließ sie vereinzelt auch an Vorbereitungslehrgängen teilnehmen, auf denen sich dann ihre fehlende Qualifikation „herausstellte“. Die gleiche Taktik verfolgte auch die offizielle Einladung des OK an Palästina, die erwartungsgemäß von dort abgelehnt wurde²⁵⁾. Denn in Wirklichkeit steigerte sich die Hetze gegen Juden so weit, daß v. Halt einschreiten mußte, um die Spiele nicht zu gefährden. In einem Schreiben vom 14. Mai 1935 berichtete er dem Reichsminister des Innern, die Situation in Garmisch-Partenkirchen sei so gespannt, daß die Gefahr bestehe, daß die Bevölkerung wahllos jeden jüdisch Aussehenden attackiere. Daraufhin wurden entlang der Zufahrtsstraßen und im Ort selbst „Hetzschilder“ wie „Juden sind hier unerwünscht“ oder „Juden betreten diesen Ort auf eigene Gefahr“ beseitigt²⁶⁾.

Daß die Zusagen von Wien und Athen nur Lippenbekenntnisse waren, wird deutlich in der Unterredung des amerikanischen IOC-Mitglieds General Sherrill mit Hitler am 24. August 1935 in München. Sherrill hatte die Absicht, die öffentliche Meinung in den USA zu beschwichtigen, sobald er eine Zusage von Hitler erhielt, daß wenigstens ein(e) Jude/Jüdin in die deutsche Olympiamannschaft aufgenommen werde. Schon vor-

²⁰⁾ A. Krüger (Anm. 4), S. 1036.

²¹⁾ A. Krüger (Anm. 7), S. 54.

²²⁾ Ebenda, S. 63.

²³⁾ A. Krüger, ebenda, S. 77.

²⁴⁾ Hajo Bernett, Der jüdische Sport im nationalsozialistischen Deutschland 1933—1938, Schorndorf 1971, S. 105.

²⁵⁾ F. Bohlen (Anm. 6), S. 88.

²⁶⁾ A. Krüger (Anm. 7), S. 88 f.

her war die Reichskanzlei von der Deutschen Botschaft in Washington unterrichtet worden, daß Sherrill „den jüdischen Versuchen, die Teilnahme an den Olympischen Spielen zu sabotieren, auf das Nachdrücklichste entgegengetreten ist“²⁷⁾. Um so mehr war er überrascht, als Hitler erklärte, Juden könnten nicht für Deutschland starten, da sie aus deutschen Sportvereinen ausgeschlossen seien; sie hätten aber das Recht, sich selbst sportlich zu organisieren. In den Aufzeichnungen aus der Reichskanzlei heißt es weiter: „Er werde Tschammer und Lewald anweisen, versicherte Hitler, die nötigen Erklärungen abzugeben, falls das Problem im IOC zur Sprache komme.“²⁸⁾ Als dann Sherrill auf die Möglichkeit anspielte, die Olympischen Spiele wieder von Deutschland abziehen, erwiderte Hitler laut Notiz des Dolmetschers, „daß er von seinem Standpunkt nicht abgehen könne, und erklärte, daß Deutschland bei einer von Amerika ausgehenden Boykottierung der Olympischen Spiele auch seinerseits nicht mehr bei internationalen Veranstaltungen auftreten werde. Sollten im übrigen die Olympischen Spiele vom Olympiaausschuß aus Deutschland verlegt werden, so würde dies nichts an seiner Haltung ändern, man würde dann eben rein deutsche Olympische Spiele veranstalten.“²⁹⁾ Erst als Sherrill an eine von Reichsinnenminister Frick unterschriebene Erklärung erinnerte und diese ebenso wie eine Stellungnahme v. Tschammers eingeholt wurde, lenkte Hitler scheinbar ein. Hatte ihm doch der Reichssportführer versichert, daß man solche Stellungnahmen zwar damals abgeben habe und davon auch nicht abweichen sollte, aber schließlich stelle er, v. Tschammer, die Mannschaft auf, und da werde kein Jude dabei sein. Hitler ließ daraufhin Sherrill wissen, man habe ihm die Erklärung gezeigt. Demnach beachte (sic!) Deutschland die olympischen Bestimmungen. Nicht nur Sherrill, auch IOC-Präsident de Baillet-Latour gaben sich mit dieser Version zufrieden³⁰⁾.

Dann aber erreichte der Antisemitismus seinen ersten Höhepunkt mit der Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze“ am 15. September 1935. Nun sah sich auch de Baillet-Latour gezwungen, ein persönliches Gespräch mit Hitler zu führen. Nach diesem Gespräch am 5. November 1935 schien sich das Klima zu verbessern. Am 18. De-

zember 1935 wurden die Fechterin Helene Mayer und der Eishockeyspieler Rudi Ball, beide Halbjuden, für die deutsche Olympiamannschaft nominiert. Dies war um so leichter, als nach den Ausführungsbestimmungen zum Reichsparteitag Halbjuden weiterhin das volle Reichsbürgerrecht besaßen. Nur die „Volljüdin“ Gretel Bergmann, obwohl sie sich im Hochsprung für die deutsche Olympiamannschaft qualifiziert hatte, wurde kurzfristig — als die amerikanische Mannschaft schon unterwegs war — ausgeschlossen³¹⁾.

In dieser Zeit wurde bereits vom Goebbelschen „Olympia-Propagandausschuß“ eine intensive Werbung für die Spiele betrieben. Während die Inlandspropaganda eine allgemeine olympische Schulung der deutschen Bevölkerung zum Ziel hatte — jeder Deutsche sollte sich mit den Olympischen Spielen identifizieren —, war Sinn und Zweck der Auslandspropaganda, für die sportliche Großveranstaltung zu werben und möglichst viele Ausländer zum Besuch der Spiele zu veranlassen, ferner die „Friedensliebe“ und die Respektierung olympischer Grundsätze zu demonstrieren, um so vor allem den amerikanischen Boykottbestrebungen entgegenzutreten³²⁾. Ein wirkungsvolles inländisches Propagandamittel war die Olympia-Wanderausstellung, die in nahezu allen größeren Städten des Reiches zu sehen war. Sie bestand aus Kraftfahrzeugen, die zu einer „Wagenburg“ zusammengestellt wurden und deren Mittelraum in ein großes Zelt verwandelt werden konnte. Hier wurden Filme und Diareihen vorgeführt. Zu den wirksamsten, auf das Ausland gerichteten Propagandaaktionen gehörten die Reisen des Reichssportführers v. Tschammer und Osten und des Generalsekretärs des OK, Dr. Carl Diem, die sich allerdings auf den europäischen Raum beschränkten. Sie hielten in Stockholm, Oslo, Kopenhagen, Athen, Belgrad, Agram, Paris und London Vorträge, wobei sie sich mit den „Sendboten von Elis“ im alten Olympia verglichen und so den Friedensgedanken der Reichsregierung hervorzuheben versuchten³³⁾. Vielfach waren die Werbemaßnahmen vom Propagandaministerium manipuliert, d. h. mit nationalsozialistischem Gedankengut durchsetzt worden. Über die Wirkung der Olympiapropaganda gehen die

²⁷⁾ H. Bernett, Sportpolitik, Akten d. Reichskanzlei im Bundesarchiv Koblenz, R II/729.

²⁸⁾ Ebenda.

²⁹⁾ Arnd Krüger, Sport und Politik. Vom Turnvater Jahn zum Staatsamateur, Hannover 1975, S. 104f.

³⁰⁾ Arnd Krüger, The 1936 Olympic Games —, Berlin, in: Peter Graham/Horst Ueberhorst (Eds.), The Modern Olympics, Cornwall, N. Y., o. J., S. 175.

³¹⁾ A. Krüger (Anm. 4), S. 1039, und Hans Joachim Teichler, 1936 — ein olympisches Trauma, in: Manfred Blödmern (Hrsg.), Sport und Olympische Spiele, Hamburg 1984, S. 59 ff.

³²⁾ Vgl. OK für die Olympiade Berlin 1936 (Hrsg.), Amtlicher Bericht, Bd. 1, S. 352.

³³⁾ Carl Diem, Sendboten von Elis, in: Berliner Zeitung (BZ) am Mittag, Nr. 259 vom 29. 10. 1935; Aus den Akten des Carl-Diem-Instituts, Köln.

Meinungen auseinander. Während Bohlen in ihnen die Basis für den politischen Erfolg der Olympischen Spiele und der weiteren Außenpolitik

Hitlers sieht, bezeichnet Krüger, sich auf einen Geheimen Bericht des Propagandaministeriums stützend, sie als Mißerfolg³⁴).

Die Protestbewegung gegen die Olympischen Spiele 1936

Die Verabschiedung der Nürnberger Rassengesetze löste in den USA eine Protestwelle aus und führte zu Boykottbestrebungen, die insbesondere von starken Gruppen innerhalb der amerikanischen Sportverbände (AAU) getragen wurden. Der amerikanische AAU-Präsident Mahoney und das deutsch-amerikanische IOC-Mitglied Jahncke rieten Lewald, als OK-Präsident zurückzutreten. In Europa waren es Linksintellektuelle und Angehörige der Arbeitersportbewegung, die zum Boykott der Berliner Olympiade aufriefen. Prominente amerikanische, französische, dänische, tschechische, holländische und spanische Sportler und Sportfunktionäre erklärten für sich oder ihren Sportverband, nicht an den Spielen teilzunehmen. In einem Ende 1935 in Paris und Prag veröffentlichten Aufruf „Um die Olympiade“, von namhaften Künstlern und Gelehrten unterzeichnet, wird in Übereinstimmung mit der Protestbewegung in Amerika gegen die Abhaltung der Olympischen Spiele in Berlin Stellung genommen und ausdrücklich betont, der Kampf gelte dem herrschenden Regime, nicht an den deutschen Volke: „Der Grund dafür ist die Unterdrückung aller oppositionellen Strömungen in Deutschland und vor allem der antisemitische Rassenkampf der NSDAP. Die Hitlerregierung wird überall im Ausland für diesen Rassenkampf verantwortlich gemacht. Nur gegen sie ist der Kampf um die Olympiade ausgebrochen. Ohne die Hitlerregierung würde die Olympiade unbestritten in Berlin durchgeführt werden. Der Kampf um die Olympiade ist also kein Kampf gegen Deutschland, sondern ein Kampf gegen das Hitler-System.“³⁵)

Den Organisatoren der Spiele und der NS-Propaganda gelang es indes, mit Friedensbeteuerungen die Boykottbewegung zu unterlaufen, wobei das IOC und Avery Brundage in den USA wichtige Hilfe leisteten. Um den Olympiaboykott zu verhindern, hatte Dr. Theodor Lewald, der wiederholt in den USA weilte, die beiden bereits genannten amerikanischen Sportfunktionäre, den New Yorker Rechtsanwalt und AAU-Präsidenten Jeremiah Mahoney und das IOC-Mitglied Ernest Lee Jahncke auch schriftlich umzustimmen versucht

— vergebens, wie das Antwortschreiben Mahoneys vom 20. Oktober 1935 zeigt. Es soll seiner Bedeutung wegen hier ungekürzt im ersten Teil wiedergegeben werden:

„Sehr geehrter Herr Lewald! Ihre unglückliche Position als nomineller Vorsitzender des Deutschen Olympischen Komitees zwingt mich, Ihre kürzlichen entschuldigenden Auslassungen über den Sport in Deutschland und die Teilnahme Amerikas an den Olympischen Spielen unter die Lupe zu nehmen. Ich tue das mit um so größerem Bedauern, als ich Sie einst als einen Sportsmann angesehen habe, der sich den besten Überlieferungen und den höchsten Idealen des Sports widmete, und weil ich weiß, wie schwierig Ihre Lage als Mitglied der großen Gruppe nicht-arischer Christen ist, die Ihre Regierung in barbarischer Weise und zusammen mit den Juden zu dem Stand von Parias in ihrem Heimatland herabgedrückt hat.

Ich erinnere mich, daß man Ihnen die Beibehaltung Ihrer Stellung als nomineller Leiter des Deutschen Olympischen Komitees unter dem Druck der öffentlichen Meinung im Ausland gestattet hat, und ich befürchte, daß Sie, da Ihnen jede wirkliche Macht mangelt, als ein Schleicher verwendet werden, um die offensibaren Verstöße Ihrer Regierung gegen das olympische Ideal als Fair Play für alle, auch die Schwächsten, zu verdecken.

Falls Sie nicht eine Geisel Ihrer Regierung sind, rate ich Ihnen, mein verehrter Herr Lewald, Ihr Amt in dem olympischen Komitee aus Achtung vor den Idealen des Sportgeistes, denen Ihr ganzes bisheriges Leben gewidmet war, formell und öffentlich niederzulegen.

Gestatten Sie mir zu bemerken, daß Ihr Land unter seiner gegenwärtigen Führung die Grundsätze der Demokratie und der Gleichheit, auf denen sich die Olympischen Spiele aufbauen, nicht nur mißachtete, sondern sie überhaupt nicht beachten kann. Das olympische Prinzip, das im Reich des Sports die vollkommene Gleichheit aller Rassen und Bekenntnisse anerkennt, steht im direkten Gegensatz zu der Nazi-Ideologie, deren Eckstein das Dogma von der Rassenungleichheit ist. Ehe das Nazi-Regime nicht zu Ende gegangen ist, wird das amerikanische Volk keinen Grund zu der An-

³⁴) F. Bohlen (Anm. 6), S. 85, und A. Krüger (Anm. 7), S. 260.

³⁵) Bilder und Dokumente aus der deutschen Turn- und Sportgeschichte, Berlin (Ost) 1956, S. 258.

nahme haben, daß der wahre Sportgeist, dem die Olympischen Spiele gewidmet sind, seinen Ausdruck in Deutschland finden kann.“³⁶⁾

Lewald beantwortete gekränkt nur den Brief von Jahncke, in dem er diesem versicherte, Coubertin freue sich darüber, daß die Olympischen Spiele in Deutschland ausgetragen würden. Im übrigen habe er, Jahncke, der während seiner achtjährigen IOC-Mitgliedschaft niemals an den Sitzungen teilgenommen habe, nicht das Recht, sich ein solches Urteil über den Olympischen Geist zu erlauben und Deutschland und seinen Kanzler zu beleidigen. Und er schließt: „Ich kann Ihnen nur noch einmal wiederholen, was ich bereits nach Amerika geschrieben habe: Wenn ich mein Wort nicht hätte halten können, wäre ich keinen Tag länger Präsident des Organisationskomitees geblieben.“³⁷⁾

Je näher die Spiele heranrückten, um so mehr häuften sich die Proteste. Zu einem „Boycott der Berliner Olympiade“ riefen von Prag aus gemeinsam die Rote Sportinternationale und die Sozialistische Arbeiter-Sportinternationale auf, obwohl sie, bisher zerstritten, sich nicht zu einer Aktionsgemeinschaft zusammenschließen konnten. Die heutigen Machthaber Deutschlands, heißt es dort, benutzen die Olympiade zu einem Propagandawerk für den Faschismus. Es seien dieselben, die die Arbeiter ihres Landes unterjocht, dem Volke die Freiheit genommen und die Kriegsgefahr aufs höchste gesteigert hätten³⁸⁾.

Heinrich Mann nannte die olympischen Sportler „Gladiatoren Hitlers“³⁹⁾, und der ebenfalls im Exil lebende John Heartfield verfremdete in einer Fotomontage sarkastisch die Olympischen Disziplinen und Wettkämpfe zu Terroraktionen im Dritten Reich. Das Olympische Feuer müßte seiner wahren Bedeutung nach ein Freiheitsfeuer sein. „Das Feuer dieses deutschen Freiheitskampfes ist die Flamme, die wir in Millionen Herzen zu den XI. Olympischen Spielen entzünden wollen“, lesen wir in einer illegalen Zeitschrift^{39a)}. „Der

Kriegstreiber als Olympia-Schirmherr“, heißt die Überschrift einer Zeichnung, in der Hitler als Tod, mit Stahlhelm, Schaftstiefeln und SA-Rock bekleidet, die an einem Galgen befestigte Olympiaglocke läutet, auf der zu lesen steht: „Ich rufe die Jugend der Welt“. Diese Sportjugend, mit den Emblemen ihrer Nationen auf der Brust, marschiert in Viererreihe stolz erhobenen Hauptes und gläubig dem Glockenruf folgend, auf einen Abgrund zu, ein Massengrab, in dem noch Gebeine und Materialtrümmer des letzten Krieges liegen.

Auf Ersuchen des IOC-Präsidenten wurde dieser am 5. November 1935 von Hitler im Beisein von Frick, v. Tschammer und Lewald „zu einer längeren Unterredung“ empfangen. Am nächsten Tag gab de Baillet-Latour seinen Kollegen folgende sehr optimistische Interpretation der Gesprächsergebnisse: „Ich habe die Ehre, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß die Unterredung mit dem deutschen Reichskanzler und die Nachforschungen, die ich vorgenommen habe, mich überzeugt haben, daß der Durchführung der XI. Olympischen Spiele in Berlin und Garmisch-Partenkirchen nichts entgegensteht. Die durch die olympische Charta geforderten Bedingungen sind vom Deutschen Olympischen Komitee respektiert worden.“ Die Boykott-Bewegung „wird von keinem unserer Kollegen unterstützt. Sie ist eine politische, beruhend auf grundlosen Beschuldigungen, deren Irrigkeit ich leicht entlarven könnte.“⁴⁰⁾ Bernett kommt zu dem Schluß, daß diese Aussage ohne Zweifel dazu beigetragen habe, jüdische Sportler in Deutschland vorübergehend vor der Diskriminierung zu schützen⁴¹⁾. Doch hat der Zweckoptimismus des IOC-Präsidenten auch die amerikanische Entscheidung mit beeinflußt und damit den Olympiaboykott weitgehend unwirksam gemacht. Es bleibt eine offene Frage, ob dies Gutgläubigkeit, Illusion oder Zweckrationalität zur Sicherung und Weiterführung der Olympischen Spiele war.

Im Dezember 1935 kam es schließlich zu einer Entscheidung in der AAU über die Olympiateilnahme. Als Brundage, der die Sitzung leitete, merkte, daß er nicht die erforderliche Mehrheit zusammenbekam, vertagte er diese auf den nächsten Tag. In der Nacht wurden weitere Delegierte herangeholt, so daß schließlich mit der äußerst knappen Mehrheit von zwei Stimmen die Teilnahme gesichert wurde. Kurz darauf wurde auch Avery Brundage als Nachfolger Jahnckes in das IOC berufen.

³⁶⁾ Abgedruckt als offener Brief in der New Yorker Staatszeitung und Herold vom 22. 10. 1935, S. 4 A und 8 A, auszugsweise Wiedergabe bei Arnd Krüger, Theodor Lewald, Sportführer ins Dritte Reich, in: Horst Ueberhorst (Hrsg.), Turn- und Sportführer im Dritten Reich, Berlin 1950, S. 115 f.

³⁷⁾ Ebenda, S. 138.

³⁸⁾ Bilder und Dokumente (Anm. 35), S. 253.

³⁹⁾ Wörtlich heißt es: „Diejenigen der internationalen Sportler, die nach Berlin gehen, werden dort nichts anderes sein als Gladiatoren, Gefangene und Spaßmacher eines Diktators, der sich bereits als Herrscher dieser Welt fühlt“; zit. nach Walter Gloede, Sport die unbekannte Größe im politischen Spiel, München 1980, S. 363.

^{39a)} „Olympiade unterm Hakenkreuz“, in: Die junge Garde, April 1936.

⁴⁰⁾ Otto Mayer, A travers les anneaux olympiques, Genf 1960, S. 148.

⁴¹⁾ H. Bernett (Anm. 16), S. 48 f.

Die Haltung Coubertins zu den Olympischen Spielen in Deutschland ist nicht eindeutig zu bestimmen. Einerseits warb er, beeindruckt von der Zielstrebigkeit und dem Elan der Vorbereitung, 1935 in einer global ausgestrahlten Rundfunksendung für die Olympischen Spiele in Deutschland, andererseits war er verunsichert und fuhr trotz drängender deutscher Einladung nicht nach Berlin. Die ambivalente Haltung zeigt sich in folgendem Interview, das er einer französischen Sportzeitung gab: „Was 1936 anbelangt... ich traue mich nicht zu entscheiden. Die Anstrengung, die da gemacht wird, ist bewundernswert. Diese Sorgfalt, die dieses große Volk der Gesundheit seiner ganzen Rasse widmet, müßte eine Garantie für die Ehrlichkeit darstellen, mit der seine Regierung die Spiele vorbereitet. Niemals ist so viel Geld ausgegeben worden, niemals sind Vorbereitungen so sorgfältig getroffen worden. Und da sagt man, dieses Land sei arm! Immerhin, die Haltung der USA ist verwirrend. Sie stört und beunruhigt mich sehr! Zweifellos gehen sie hin, was nicht viel sagen will. Zwei Stimmen mehr auf der anderen Seite und diese jungen Burschen einer neuen Rasse, diese großartigen Kerle, für die der Sport nicht eine Religion, nicht eine Kunst, sondern eine normale, einfache, ständige Funktion darstellt, wären nicht dabei gewesen: Die Amerikaner, die Neutralen, die nach Siegen im Stadion dürsten, diese Rekordsüchtigen, diese Hysteriker der Superlative hätten auf alle diese Genugtuungen verzich-

tet, die sie mit aller Sicherheit erwarten konnten, einzig und allein darum, weil Deutschland ihrer Meinung nach aus den Spielen von 1936 ein Mittel politischer Propaganda machen wollte...“⁴²⁾.

Aufgrund der Boykottdrohungen verhaftete die politische Polizei am Vorabend der Spiele mehr als 90 ehemalige Arbeitersportler im Raum Berlin und traf erhöhte Sicherheitsvorkehrungen^{42a)}. Boykott-Aufrufe und Flugblatt-Aktionen blieben ohne Erfolg. Die Täuschung der Weltöffentlichkeit gelang. Während der Spiele kam es jedoch trotz strengster Sicherheitsmaßnahmen zur Verteilung von antifaschistischen Flugblättern und Flugschriften^{42b)}. Ein Aufruf von „Berlins Antifaschisten an die Olympia-Teilnehmer und -gäste“ erinnerte an die Rechtlosigkeit und Not vieler Arbeiter: „Als Auftakt zur Olympiade beginnen in allen Teilen des Reiches erneut Prozesse gegen sozialdemokratische, kommunistische und katholische Arbeiter und Gewerkschaftler! Hohe Zuchthausstrafen und KZ für werktätige Deutsche, die es wagen, für freiheitliche Rechte und Verbesserung ihrer Lebenslage zu kämpfen. Hitler-Deutschland ist ein Zuchthaus für alle freiheitlich denkenden Menschen!“^{42c)}

Das Ausland, von der deutschen Organisationsleitung stark beeindruckt, hatte, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die olympische Protestwelle bald vergessen.

Die Olympischen Spiele 1936 — ihr Verlauf und ihre politischen Implikationen

Mit der knappen Entscheidung in den USA, Olympiamannschaften nach Garmisch-Partenkirchen und Berlin zu schicken, war die Durchführung der Spiele gesichert und der Boykott abgewandt. Dennoch schien bis zur Eröffnung der Spiele äußerste Zurückhaltung geboten. So erließ am 27. Januar 1936 Reichspropagandaminister Dr. Goebbels folgende Anweisungen an die Presse: „Mit Rücksicht auf die Winter-Olympiade wird es strengstens untersagt, in Zukunft über Zusammenstöße mit Ausländern und tatsächlichen Auseinandersetzungen mit Juden zu berichten. Bis in die lokalen Teile hinein sollen derartige Dinge

unter allen Umständen vermieden werden, um nicht noch in letzter Minute der Ausländerpropaganda Material gegen die Winterolympiade in die Hand zu geben.“⁴³⁾ Das antijüdische Hetzblatt „Der Stürmer“ durfte während der Spiele nicht verkauft werden.

Auch die organisatorischen Vorbereitungen für die Olympischen Winterspiele wurden mit großer Intensität und Präzision getroffen. Die frühzeitige Fertigstellung der Sportanlagen ermöglichte die Durchführung der gesamten Meisterschaften des Deutschen Wintersports vom 17. Januar bis 3. Februar 1935 auf den Olympiaanlagen. Sie sollten sowohl für die Sportstätten als auch für den sport- und verkehrstechnischen Apparat des OK als Generalprobe dienen. Deshalb versuchte man durch zusätzliche Teilnahme von Soldaten der Wehrmacht, von SA- und SS-Angehörigen sowie von

⁴²⁾ A. Krüger (Anm. 7), S. 177.

^{42a)} Horst Ueberhorst, Frisch, Frei, Stark und Treu. Die Arbeitersportbewegung in Deutschland 1893—1933, Düsseldorf 1973, S. 272.

^{42b)} Vgl. Karl-Heinz Jahnke, Gegen den Mißbrauch der olympischen Idee 1936. Sportler im antifaschistischen Widerstand, Frankfurt 1972, S. 63 f.

^{42c)} Ebenda, S. 104.

⁴³⁾ A. Krüger (Anm. 7), S. 199.

Studenten die Zahl der Olympiateilnehmer zu simulieren⁴⁴). So konnten Mängel, die festgestellt wurden, im Laufe des Jahres beseitigt werden.

Sportlich und organisatorisch gestalteten sich die Olympischen Winterspiele als gelungener Auftakt für Berlin. Allerdings wurde in der ausländischen Presse die starke Präsenz von Militär und uniformiertem Personal moniert, doch war es offenbar nur so möglich, in Anbetracht der hohen Teilnehmerzahl die Spiele organisatorisch reibungslos abzuwickeln. Denn mit 650 000 Besuchern übertrafen die Olympischen Winterspiele von Garmisch-Partenkirchen die vorherigen von Lake Placid (14 000) bei weitem. Auch sportlich gesehen boten sie große Leistungen; die Norweger waren die erfolgreichsten Teilnehmer: Birger Ruud wiederholte seinen Sieg im Spezialsprunglauf, Ivar Balangrud wurde dreifacher Olympiasieger im Eisschnellauf, Sonja („Häseken“) Henie, die zum drittenmal den Eiskunstlauf gewann, wurde zum Liebling des Publikums. Bejubelt wurden die deutschen Goldmedaillen von Herber/Baier im Eiskunstlauf der Paare und in der Zweierkombination (Abfahrt/Slalom) von Franz Pfnür (Herren) und Christel Cranz (Damen). Sie war eine Ausnahme-Athletin der dreißiger Jahre und errang von 1934 bis 1939 zehn alpine Weltmeistertitel.

Der Erfolg der Olympischen Winterspiele, die eine Demonstration des friedliebenden und die olympischen Regeln beachtenden nationalsozialistischen Deutschlands sein sollten, schien jäh gefährdet, als drei Wochen später, am 7. März 1936, deutsche Truppen unter Bruch des Locarno-Vertrages in die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes einmarschierten. Doch Hitler kalkulierte richtig: Die Friedensbereitschaft der Westmächte war größer als der Wille zu einem militärischen Risiko. Nach heftigen Protesten trat bald wieder eine Beruhigung ein.

Hitler beeinflusste die Vorbereitung der Sommerspiele in Berlin insofern persönlich, als er die Ausschmückung des Reichssportfeldes mit Werken der bildenden Kunst aus jedem Gau der NSDAP anordnete⁴⁵). Sie sollten ebenso wie die Monumentalplastik Josef Thoraks — der „Faustkämpfer“ — zur Repräsentation des „Willens der Nation“ dienen. Des weiteren änderte er die Pläne des Olympia-Architekten Werner March, indem er anordnete, das Stadion mit einem Aufmarschgelände („Maifeld“) zu verbinden, es mit einem Tribünenwall zu umgeben und mit einem 76 m hohen Turm, dem „Führerturm“ (Glockenturm) mit der „Langenmarck-Halle“, zu krönen.

Schließlich wählte er, nachdem 300 000 RM aus seinem Dispositionsfonds bereitgestellt worden waren, den Eröffnungstag der Olympischen Spiele in Berlin, um beim Empfang des IOC in der Reichskanzlei zu erklären: „Ich habe mich nunmehr entschlossen, zur bleibenden Erinnerung an die Feier der XI. Olympiade 1936 zu Berlin die im Jahre 1875 begonnenen Ausgrabungen olympischer Fest- und Sportstätten wieder aufzunehmen und zu Ende zu führen.“⁴⁶) Damit begann die zweite große Grabungsperiode im griechischen Olympia.

Die Olympischen Spiele von Berlin wurden zu einem spektakulären Ereignis. Die Feierlichkeiten begannen mit Festgottesdiensten im Berliner Dom und in der Hedwigskirche sowie mit Kranzniederlegungen am Ehrenmal („Neue Wache“) durch Graf de Baillet-Latour. Mit diesen Veranstaltungen versuchte das IOC, den Spielen einen würdigen und stilvollen Rahmen zu geben, doch kurz darauf marschierten HJ- und BdM-Abordnungen im Lustgarten auf, und das Geschehen erhielt starke politische Akzente durch die Ansprachen, die der Reichsjugendführer (Baldur von Schirach), der Reichssportführer (v. Tschammer), der Reichserziehungsminister (Rust) und der Reichspropagandaminister (Goebbels) hielten, während das olympische Feuer (!) auf einem kleinen Altar vor der Ehrentribüne entzündet wurde.

Nachdem Hitler als Staatsoberhaupt am ersten Tag die Spiele eröffnet hatte, erteilte er seinem Reichssportführer den Auftrag, jeweils die drei Sieger eines Wettbewerbs in die „Führer-Loge“ zu bringen, wo er sie dann zu ihrem Sieg beglückwünschte. IOC-Präsident de Baillet-Latour beobachtete dies mit Mißvergnügen und ging am nächsten Tag vor Beginn der Kämpfe mit v. Halt zu Hitler und bat diesen, von den protokollwidrigen Empfängen abzusehen. Hitler entschuldigte sich und empfing von da an nur noch deutsche Sieger unter Ausschluß der Öffentlichkeit im olympischen Pressezentrum⁴⁷). Schon vor Beginn der Olympischen Winterspiele hatte es der IOC-Präsident, besorgt über mögliche politische Implikationen, als notwendig erachtet, Hitler über das olympische Reglement zu belehren. In Gegenwart v. Halts sagte er ihm: „Ich bitte Sie, sich bewußt zu sein, daß Sie bei den Spielen Gast sind und nicht Veranstalter. Mit besonderer Gewissenhaftigkeit wird das IOC darauf achten, daß die Spiele zu keinerlei politischer Propaganda mißbraucht werden. Ferner bitte ich Sie, zu beachten, daß Sie bei der Eröffnung lediglich einen Satz zu sprechen haben.“ Damit überreichte der Graf seinem

⁴⁴) Ebenda, S. 87.

⁴⁵) H. Bennett (Anm. 16), S. 53.

⁴⁶) OK Amtl. Bericht, 1. Bd., S. 544.

⁴⁷) O. Mayer, A travers (Anm. 40), S. 150.

Gegenüber einen Zettel mit dem bei der Eröffnung zu sprechenden Satz. Hitler erwiderte ironisch: „Herr Graf, ich werde mich bemühen, den Satz auswendig zu lernen.“⁴⁸⁾

In seiner bewegten, von Humanismus, Griechenlandbegeisterung und Vaterlandsliebe erfüllten Eröffnungsrede würdigte Theodor Lewald besonders die Symbolkraft des erstmals in der Altis von Olympia entzündeten Feuers: „In wenigen Minuten wird der Fackelträger erscheinen, der das olympische Feuer zu dem Dreifuß hinaufträgt, aus dem die olympische Flamme für die Wochen des Festes in den Himmel aufschlagen wird. Er ist der letzte von mehr als 3 000 jungen Männern aus sieben Völkern, die über Tausende von Meilen den größten Staffellauf, den die Welt je gesehen von dem Altar des Zeustempels in Olympia durch ganz Hellas, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn, Österreich, die Tschechoslowakei und Deutschland über Berge und Schluchten, auf harten und oft staubigen, auf regnerischen und dunklen Straßen, in Sonnenhitze und in nächtlicher Kälte zurücklegten, um so ein wirkliches und geistiges Feuerband zwischen dem griechischen Heiligtum, das vor nahezu vier Jahrtausenden von nordischen Einwanderern gegründet wurde, und unserem deutschen Vaterlande zu knüpfen. Ich danke bewegten Herzens den Olympischen Komitees der sieben Länder, die diesen Lauf mit Liebe und Begeisterung in herrlichen Festveranstaltungen durchgeführt und dadurch Millionen ihrer Landsleute den olympischen Gedanken vor Augen und Seele geführt haben.“ Er schloß: „Nunmehr richte ich an Sie, mein Führer, die ehrerbietige Bitte, die Eröffnung der Olympischen Spiele von Berlin zur Feier der XI. Olympiade verkünden zu wollen.“⁴⁹⁾

Nach Hitlers Eröffnungsworten stieg unter dem Geläut der Olympiaglocke die olympische Fahne am Mast empor und es erklang die von Richard Strauß komponierte olympische Hymne, als die Schale über dem Marathontor mit dem Feuer Olympias entzündet wurde. Der Marathonsieger von 1896, Spiridon Louis, überreichte Hitler einen Ölzweig aus dem Hain von Olympia. Dann bildeten die Fahnenräger der 49 teilnehmenden Nationen einen Halbkreis und Rudolf Ismayer, der deutsche Olympiasieger von 1932, sprach für alle den olympischen Eid. Unter den Klängen von Händels „Hallelujah“ fanden die Eröffnungsfeierlichkeiten ein Ende.

In den leicht- und schwerathletischen Disziplinen, im Turnen, Rudern und im Reiten, aber auch im

Kajak, Radrennen, Pistolenschießen und modernen Fünfkampf, im Fechten und Schwimmen gab es eine große Zahl deutscher Siege, so daß in der inoffiziellen Nationenwertung Deutschland (101 Medaillen, davon 38 Goldene) klar vor den USA (57 Medaillen, 24 Goldene) führte. Die Spiele stellten in organisatorisch-technischer Hinsicht auch nach ausländischem Urteil eine Meisterleistung dar. Selbst solche ausländischen Besucher, die mit großen Vorbehalten nach Berlin gekommen waren, hatte der Ablauf der Spiele und die deutschen Erfolge sehr beeindruckt. Zudem hatte Carl Diem, der Generalsekretär des Organisationskomitees, durch zahlreiche Ehrungen, Empfänge, Ausstellungen und festliche Veranstaltungen eine euphorische Stimmung erzeugt.

Die Erwartungen der deutschen Bevölkerung waren bereits längere Zeit vor Eröffnung der Spiele nach einer Rundfunkansprache Diems hochgespannt, denn darin hatte er nicht nur den sportlichen Organisationsplan eindrucksvoll umrissen, sondern auch ausführlich das Kulturprogramm erläutert, mit dem neue Zeichen gesetzt werden sollten. Dabei konnte er sich auf Coubertin berufen, nach dessen Vorstellungen Kunst und Sport gemeinsam und gleichrangig an den Olympischen Spielen beteiligt werden sollten, d. h. neben die sportlichen Wettkämpfe sollten auch künstlerische Wettbewerbe treten. Erstmals gab es in Berlin ein Jugend- und Studentenlager und drei Fachkongresse, Vorläufer des olympischen Kongresses. Betrachten wir dazu die ausführliche Begründung Diems:

„Abgesehen vom olympischen Dorf findet der Gedanke, daß im Zeichen der Spiele die Jugend der Völker einander näher kommen soll, weiteren Ausdruck in einem großen Jugendtreffen, das mit den Spielen verbunden sein wird. Alle an den Spielen teilnehmenden Länder sind eingeladen, zu diesem Treffen eine Gruppe von 30 Knaben nach Berlin zu entsenden, die sich von der Landesgrenze ab als Deutschlands Gäste betrachten sollen. Getreu einem Wort des Grafen Baillet-Latour, des Präsidenten des IOC, wonach die Olympischen Spiele mehr sein sollen als eine bloße Gelegenheit für hochgezüchtete Cracks, werden wir versuchen, neben der kämpferischen Seite des Sports auch die erzieherische zur Geltung zu bringen. Es sind deswegen schon Vorbereitungen getroffen, um 30 Studenten der Körpererziehung von jeder Nation, die Deutschlands Gäste sein werden, anlässlich der Spiele zu einem sportpädagogischen Kongreß zu versammeln, ferner einen sportmedizinischen Kongreß abzuhalten und einen Kongreß für Freizeitgestaltung . . ., der dem Recreation-Kongreß von Los Angeles 1932 ent-

⁴⁸⁾ Ebenda.

⁴⁹⁾ A. Krüger, Theodor Lewald (Anm. 36), S. 144, Dok. Nr. 19.

sprechen wird.“⁵⁰) Dann wandte er sich den künstlerischen Wettbewerben zu: „So wie im alten Hellas die Musik der Gymnastik verschwistert war, so wollte der Begründer der modernen Spiele, Baron de Coubertin, dem Sport die Musen verbinden und setzte darum neben die sportlichen die künstlerischen Wettbewerbe, die Bildhauerei, Malerei, Dichtkunst, Musik und Architektur. Auch hierfür sind die Ausschreibungen ausgearbeitet, und wir hoffen, daß 1936 die Ergebnisse dieser Wettbewerbe sich würdig den sportlichen Ergebnissen anreihen werden. Größter Wert wird auf die künstlerische Ausgestaltung und Umrahmung des Programms der Spiele gelegt. Durch einen künstlerischen Wettbewerb haben wir eine neue olympische Hymne, die kein geringerer als Richard Strauss vertonte.“ Schließlich schlug er in einem Anflug von Begeisterung die Brücke zu den alten Griechen: „Wenn aber das geistige und künstlerische Leben zur Zeit und am Ort der Spiele ebenso stark pulst wie das sportliche, wenn sich die nur sportliche Veranstaltung ausweitet zu einem feierlichen und freudigen internationalen geselligen Ereignis, zu einem Fest, in dem alle die schönen Kräfte menschlicher Gesittung zum Ausdruck kommen, so geziemt es sich, derer zu gedenken, die uns das Vorbild eines solchen heiteren und edlen Festes gegeben haben, der alten Griechen.“⁵¹) Zum Symbol der geistigen Verbindung der modernen Olympischen Spiele mit der Sportkultur im alten Hellas wurde der Fackelstaffellauf. Diem schrieb auch das Festspiel „Olympische Jugend“ zur Aufführung im Olympia-Stadion am Eröffnungstag der XI. Olympischen Spiele am 1. August 1936 in Berlin.

Diesem Festspiel wie auch dem gesamten, mit kulturellen Elementen stark angereicherten Zeremoniell gab er eine pseudoreligiöse Deutung: „Über dem modernen Geschehen der Olympischen Spiele liegt der Zauberkreis des Geschichtlich-Alten und des Göttlich-Frommen ... Was die Feier einleitet: Glockenklang — Fanfaren — Eid — Fahnen — Tauben — Lichtsymbol, alles bedeutet Weihung, einem kirchlichen Feste gleichgeordnet, ohne im nachgebildet zu sein, über allem liegt tiefe Ergriffenheit, einer religiösen Feierstunde vergleichbar.“⁵²) Das Festspiel, an dem Zehntausend aktiv teilnahmen, erhielt in seiner Zentrierung auf Heldenkampf und Totenklage darüber hinaus noch eine politische Dimension, die den Charakter der Spiele offenbarte. Denn während dies von den bedeutendsten deutschen Tänzern

(Harald Kreutzberg, Mary Wigmann, Dorothee Günther, Gret Palucca) inszenierte und von Carl Orff und Werner Egk vertonte Weihespiel mit kindlichem Spiel, Laufreigen und rhythmisch-tänzerischen Darbietungen begann, endete es im kriegerischen Zweikampf, wurden die gefallenen Helden in feierlichem Zug aus der Kampfbahn getragen, stimmten die Frauen die „Totenklage“ an. Der Sprecher hatte vorher zu höchstem Ernst aufgerufen und mit folgenden Worten die symbolische Bedeutung des letzten Bildes herausgestellt:

„Allen Spiels
heil'ger Sinn:
Vaterlandes
Hochgewinn.
Vaterlandes höchst Gebot
in der Not:
Opfertod!“⁵³)

Zwar bildete den Ausklang ein „Gruß an das Leben“ mit dem letzten Satz der 9. Sinfonie Beethovens und Schillers Lied an die Freude und den sich zu einem riesigen Lichtdom über der Kampfbahn vereinigenden Strahlen der (Flak-)Scheinwerfer, doch in Diems Festspiel waren, ganz im Sinne der NS-Ideologie, die im sportlichen Wettkampf und im Krieg wirkenden Kräfte gleichgesetzt worden. Der im Tod endende Dienst am Vaterland hatte schon mit dem Bau und der Namensgebung der Langemarckhalle einen monumentalen Sinnbezug erhalten. Das Opfer der jungen Soldaten, die 1914 bei Langemarck singend in den Tod gezogen waren, wurde als Mahnung und Verpflichtung verstanden. Auch die Olympialocke im Glockenturm über der Langemarckhalle weckte diese Assoziation. Die Verpflichtung der deutschen Jugend gegenüber dem nationalsozialistischen Staat hat der Reichssportführer von Tschammer und Osten daraus abgeleitet: „Sie (die Glocke) wird zum ewigen Mahner an den Opfertod unserer Helden und an die Verpflichtung all derer, die durch das Opfer der Gefallenen überleben ... Wir wollen im Klang unserer Glocke hören das feierliche Taufgeläut unserer ewig jungen, Stahl gewordenen Volkskraft.“⁵⁴)

Da aber der Krieg als Möglichkeit in die theatralische olympische Feier miteinbezogen und der Sportler gleichsam zum politischen Soldaten wurde, erhielt auch die von der „Friedensidee“ getragene Berliner Olympiade einen andern Sinnbezug: Der sportliche Wettkampf der Nationen wurde zur Vorform des kriegerischen Kampfes,

⁵⁰) Rede Diems 1936, Deutsches Rundfunkarchiv DRA Nr. C 965, Band Nr. 965.

⁵¹) Ebenda.

⁵²) Zit. nach Hans Lenk, Werte, Ziele Wirklichkeit der modernen Olympischen Spiele, Schorndorf 1964, S. 19f.

⁵³) Henning Eichberg (u. Mitarb.), Massenspiele: NS-Thingspiel, Arbeiterweihespiel und olympisches Zeremoniell, Stuttgart — Bad Cannstatt 1977, S. 145.

⁵⁴) Hans v. Tschammer und Osten, in: Märkische Turn- und Sportzeitung, 62 (1936) 3, S. 58.

d. h. der „Friedensgedanke“ im Festspiel von Diem wurde so ad absurdum geführt. Mit dem olympischen Zeremoniell im Sinne einer Friedensmission identifizierte sich auch Theodor Lewald, der nach den Spielen als Einleitung zu dem offiziellen Olympiabuch schrieb: „Die Feier der XI. Olympiade hat die Ideale des Begründers der Spiele erfüllt. Tiefgefühlter Dank gilt unserem Führer, dem deutschen Volk und den 53 Nationen, die freudig und begeistert teilnahmen, sowie dem deutschen Sport, der unter der täglichen anfeuernden Teilnahme des Führers unvergängliche Höchstleistungen zeigte.“⁵⁵⁾

Hatte er, der Halbjude, die Rassendiskriminierung vor den Spielen nicht wahrgenommen, so hätte ihn doch der Selbstmord von Hauptmann Fierstner nach den Spielen treffen müssen. Denn dieser mit dem EK I ausgezeichnete Offizier, der sich als Vorsitzender des Gaues Berlin-Brandenburg des Deutschen Leichtathletik-Verbandes und als Organisator und stellvertretender Kommandant des Olympischen Dorfes hohe Verdienste um den deutschen Sport erworben hatte, setzte, als am Ende der Spiele seine jüdische Abkunft bekannt wurde, seinem Leben ein Ende⁵⁶⁾

Einiges von dem, was in enger Zusammenarbeit mit dem Propagandaministerium gestaltet worden war, wurde zum festen Ritual der künftigen Olympischen Spiele — so die Olympische Hymne, die Olympiaglocke, der Fackellauf, das Jugend- und Studentenlager, der Olympische Kongreß. Es kann kaum bezweifelt werden, daß der große Erfolg der Olympischen Spiele von Garmisch-Partenkirchen und Berlin auch systemstabilisierend wirkte. Während das deutsche Volk seitdem eine nahezu uneingeschränkte Bereitschaft zeigte, die Staatsführung Hitlers anzuerkennen, wertete dieser die sportliche Überlegenheit Deutschlands als „Beweis“ seiner Herrenrassentheorie. Da er nur zwei Wochen nach dem feierlichen Abschluß des olympischen „Friedensfestes“ sich in einer Denkschrift zum Vierjahresplan klar zur politischen und militärischen Kriegsvorbereitung bekannte, indem er folgende Aufgabe stellte: „1. Die deutsche Armee muß in vier Jahren einsatzfähig sein. 2. Die deutsche Wirtschaft muß in vier Jahren kriegsfähig sein“⁵⁷⁾, gilt es abschließend, den Standort der Olympischen Spiele von 1936 in der von aggressiven Akten und Friedensbeteuerungen bestimmten Politik Hitlers näher zu bestimmen.

Die Bedeutung der Olympischen Spiele von 1936 vor dem Hintergrund der Verflechtung von Sport und Politik im Dritten Reich

Bereits im Frühjahr 1933 begann eine rigorose und konsequente Einbindung des Sports in das politisch-ideologische Konzept der neuen Machthaber. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß schon einige den Prozeß der inneren Auflösung der alten Sportorganisation (DRA) betrieben, bevor der neue Sportkommissar Hans v. Tschammer und Osten die Gleichschaltung und Neuordnung einleitete. Jedenfalls konnte v. Tschammer bei der Umgestaltung der Verbands- und Organisationsstruktur des Sports, die auf eine zentralistische Führung abzielte, mit weitgehender Unterstützung durch deren Repräsentanten rechnen, zumal die Organisationen der ca. 1,3 Millionen Mitglieder zählenden Arbeitersportbewegung zerschlagen bzw. aufgelöst worden waren. Da die konfessionellen Sportorganisationen, die katholische Deutsche Jugendkraft (DJK) und das evangelische „Eichenkreuz“ offenbar keine

akute Gefahr für die NS-Führung darstellten, wurde deren Arbeit zunächst nur erschwert, bis ihnen am 23. Juli 1935 jede sportliche Tätigkeit verboten und sie in die Hitlerjugend eingegliedert wurden. Bis zum Jahre 1933 war die Mehrzahl der jüdischen Sportler in den allgemeinen Turn- und Sportvereinen integriert gewesen. Sie wurden dann durch rigorose Maßnahmen einzelner Verbände — allen voran die Deutsche Turnerschaft mit der Einführung des „Arierparagraphen“ — dazu genötigt, in jüdische Vereine überzutreten. Mit dem 1. April 1933 begann auch eine Kampagne kommunaler Behörden, jüdische Bürger von öffentlichen Sportstätten auszuschließen. Mit der Eliminierung des jüdischen Sports wartete man mit Rücksicht auf das Ausland bis nach den Olympischen Spielen von Berlin 1936. Ja, unter dem Druck von Boykottandrohungen wurden sogar Vorbereitungskurse für jüdische Leichtathleten durchgeführt, die aber aufgrund der Diskriminierung und der psychischen Belastung, der sie ausgesetzt waren, bei den Ausscheidungskämpfen scheiterten.

In der ersten Phase der Neuorganisation des deutschen Sports im NS-Staat wurde unter dem Vorsitz v. Tschammers der Reichsführerring konstituiert (24. Mai 1933), dem die 16 Vertreter der Fach-

⁵⁵⁾ Die Olympischen Spiele 1936, Bd. 2, Altona-Bahrenfeld 1936, S. 4.

⁵⁶⁾ A. Krüger (Anm. 7), S. 218. In Pressemitteilungen versuchte die NSDAP, Fierstners Tod mit einem „Autounfall“ zu erklären. Es gelang jedoch nicht, die Wahrheit zu vertuschen.

⁵⁷⁾ Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, (1955) 2, S. 184 ff.

verbände angehörten. Alle Verbände hatten ihre Geschäftsstellen nach Berlin zu verlegen. Gleichzeitig erfolgte, entsprechend der neuen politischen Gliederung des Reiches, die Einteilung in 16 Gaue, die sich wiederum in Bezirke und Kreise unterteilten. Am 30. Januar 1934 gründete v. Tschammer den Deutschen Reichsbund für Leibesübungen (DRL), eine Organisation von 25 Fachämtern, die im wesentlichen den alten Fachverbänden entsprachen. Neue Macht- und Organisationszentrale wurde das Reichssportamt in Berlin. In der zweiten Phase versuchte v. Tschammer nach den Olympischen Spielen von Berlin — hier schien aus psychologischen Gründen ein Abwarten geboten —, den Sport stärker an die Partei zu binden.

Die Gleichschaltung und Instrumentalisierung des auf die Prinzipien von Rasse, Führertum und Wehrhaftigkeit ausgerichteten und am Leitbild des „politischen Soldaten“ orientierten deutschen Sports vollzog sich auf dem Hintergrund eines konsequenten Abbaus demokratischer Strukturen im Reich und eines Ausbaus zum totalitären Führerstaat bereits in den ersten Jahren von Hitlers Herrschaft, d. h. der Prozeß war bereits vor den Olympischen Spielen abgeschlossen. Die Olympischen Spiele, bei denen Hitler als Schirmherr selbst viele beeindruckte, die das NS-Regime ablehnten, wurden zu einem überragenden Erfolg, auch wenn es nicht gelang, die „Weltmeinung“ für das „neue“ Deutschland einzunehmen. Der die sportlichen und kulturellen Ereignisse dokumentierende Riefenstahl-Film erhielt später höchste Auszeichnungen. Das Ziel, eine immer noch vorhandene außenpolitische Isolierung zu durchbrechen, wurde zweifellos erreicht, zugleich steigerte sich aber auch mit deutschem Überlegenheitsgefühl das Aggressionspotential. Die neue Machtallianz mit Italien („Achse Berlin-Rom“ vom 25. Oktober 1936) und Japan (Antikominternpakt vom 25. November 1936) sollte Hitler neue Bundesgenossen schaffen. Mit der Erhöhung der Wehrpflicht von einem Jahr auf zwei Jahre und dem bereits erwähnten Auftrag an die Wehrmacht, in vier Jahren kriegsbereit zu sein, wurde unter weiterer Täuschung der Weltöffentlichkeit im Kern die von der Mehrheit des deutschen Volkes mitgetragene Revisionspolitik bereits zur Aggressionspolitik, auch wenn diese sich, für alle Welt sichtbar, erst mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Böhmen und Mähren (15. März 1939) vollzog.

Von Zeitzeugen, Zuschauern und Aktiven der Olympischen Spiele 1936 wird immer wieder die große Faszination, der hohe Erlebniswert der Spiele, ihr Festcharakter hervorgehoben. Von politischer Manipulation habe man nichts gespürt. Diese Einschätzung mag subjektiv durchaus rich-

tig sein, doch die objektiven Gegebenheiten, die Einbindung der Spiele in das Machtkalkül Hitlers, sind ebensowenig zu bestreiten. Sie aber waren es, die letztlich die Politik bestimmten. Zudem dürfte den Sportlern, die in Olympialehrgänge berufen worden waren, die weltanschauliche Schulung kaum entgangen sein, wurden sie doch aufgerufen, sich „den Kämpfer im braunen Ehrenkleid zum Vorbild (zu) nehmen“, denn „Kampfgeist, ungebrochener Siegeswille und rücksichtsloser Einsatz der eigenen Person (seien) drei der wertvollsten Faktoren der Kämpfer für die Idee unseres Führers Adolf Hitler“⁵⁸). In ähnlichem Tenor war auch der „Verpflichtungsschein der deutschen Olympiaanwärter“ gehalten⁵⁹).

Vollends aber wird die Zweckfunktion der Spiele für die nationalsozialistischen Machthaber deutlich in den „Lehren“, die daraus gezogen wurden. So hieß es ein Jahr nach den Olympischen Spielen: „Das einzige sportlich zu bewertende Großvolk ist Deutschland, und die sämtlich als mehrfach positiv zu bewertenden Kleinvölker bilden eine Gruppe engster wirtschaftlicher und kultureller Abhängigkeit von Deutschland . . . Die sportlich positiv zu bewertenden Völker sind also nichts anderes als der deutsche Kulturkreis . . .“⁶⁰).

Schließlich bot nach dem großen Erfolg der „Lingjade“ im Juli 1939 in Stockholm v. Tschammer dem Reichsaußenminister an, die „außenpolitischen Aufgaben des Großdeutschen Reiches“ durch weitere Expeditionen zu unterstützen, um so auch eine sportliche Hegemonie in Europa anzustreben⁶¹). Daß v. Tschammer als Reichssportführer seine Aufgabe darin sah, die Sportler auf den „Ernstfall“ vorzubereiten, hat er unmißverständlich ausgesprochen: „Die höchste körperliche Fertigkeit ist ja gerade für den Einsatz im Ernstfall verwirklicht worden.“ Und: „Der Sport dient wie im Frieden, so ganz besonders im Kriege, dem Volk und seinen Soldaten.“⁶²

Gedanken und Aktionen, wie sie hier festgehalten wurden, lassen erkennen, daß der Sport im nationalsozialistischen Deutschland ein Politikum war und den Olympischen Spielen 1936 dabei eine Schlüsselfunktion zufiel.

⁵⁸) Hajo Bernett, Nationalsozialistische Leibeserziehung. Eine Dokumentation ihrer Theorie und Organisation, Schorndorf 1965, Dokument 272.

⁵⁹) Ebenda, Dokument 273.

⁶⁰) Max Kleinschmidt, in: Politische Leibeserziehung, (1937) 1, S. 11.

⁶¹) v. Tschammer u. Osten an Reichsaußenminister Ribbentrop v. 8. 8. 1939, zit. nach H. J. Teichler, Die internationalen Sportbeziehungen des Deutschen Reiches von 1933—1939 im Spannungsfeld von Krieg und Frieden, in: S. Gildenpfennig/H. Meyer, Sportler für den Frieden, Köln 1983, S. 169.

⁶²) Hans v. Tschammer, Sport im Kriege?, in: NS-Sport, (1942) 31, S. 1.

Die deutschen Minderheiten in Polen und in der Tschechoslowakei in den dreißiger Jahren

I. Methodische Überlegungen zum Minderheitsbegriff

Der deutsche Begriff „Minderheit“ ist ebenso wie das polnische „mniejszość“ ein substantivierter Komparativ. Seine politische Bedeutung erschöpft sich allerdings nicht im quantitativen Vergleich, sondern weist auch auf Ansprüche einer Mehrheit hin. Gegenüber dem hergebrachten Minderheitenbegriff drängte seit Ende der zwanziger Jahre die Selbstbezeichnung der deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa jedoch immer entschiedener zum Begriff „Volksgruppe“. Durch ihn wurde der quantitative Vergleich neu gewichtet. Indem er darauf hinwies, daß deutsche Minderheiten als Gruppen des vom Reich repräsentierten Gesamtvolkes zu betrachten seien, gewann er politische Schärfe gegenüber dem jeweiligen Staatsvolk. Seine Verwendung stellte die Ansprüche zweier — wie Lepsius sagen würde — „Volksnationen“ einander gegenüber und machte sie prinzipiell unversöhnlich¹⁾.

Der Staatenbildungsprozeß nach dem Ersten Weltkrieg, der sich aus deutscher Sicht als Zerfallsprozeß darstellte, schuf einen günstigen Nährboden für wechselseitig adversative Mentalitäten. Alte Denkmuster wie Herders Bild von der „arglistigen grausamen Knechtsträgheit“ der Slawen (aus dem 16. Buch seiner „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“) bereicherten den Komplex aggressiver Vorurteile, Ressentiments und Überlegenheitsgefühle. Die Niederlage verlieh diesen Gedanken besondere Schärfe. Ihnen stand von seiten der neuen Staaten ein Bewußtsein des Sieges und der nun endlich möglich gewordenen nationalstaatlichen „Sendung“ gegenüber.

Die Pariser Vorortverträge schufen allerdings nur „unechte“ (Peter Burian) Nationalstaaten, die durch massive Minderheitsprobleme belastet waren²⁾. Dabei wurden in der Regel die ethnischen Unterschiede von den Minderheiten als Identitätschance, von den Mehrheitsvölkern als Loyalitätsmangel begriffen. Besonders im Miteinanderleben von Polen und Deutschen prägte sich aus,

was Werner Conze treffend „Nationalbildung durch Trennung“ genannt hat. Ostmitteleuropa wurde charakteristisch für jene Nationalstaatsidee, die sich primär an der Volkszugehörigkeit, nicht am politischen Bekenntnis orientierte, und die daher im national so unentwirrbar gemischten Osteuropa Nationalitätenprobleme unlösbar machen mußte.

Auch die völkerrechtlichen Regelungen bieten ein Bild von Zerrissenheit. Zweifellos hatte der Völkerbund das Verdienst, den Minderheitenschutz erstmals justitiabel gemacht zu haben³⁾. Aber dennoch lag auch ein markanter Konstruktionsfehler vor. Denn Minderheiten wurden nicht als Korporationen mit Rechtseigenschaften aufgefaßt; Rechtssubjekte waren vielmehr die Staaten. Daraus folgte der hemmende indirekte Charakter des Beschwerderechts: Petitionen mußten erst von Ratsmitgliedern aufgegriffen werden, ehe sie überhaupt in Verfahrensnähe gelangen konnten. Doch war der Minderheitenschutz zweifellos nicht ineffektiv und sinnlos. Der polnische Einwand, es habe der Minderheitenschutz staatliche Souveränität beschränkt und die Minderheiten zur Bildung von sogenannten Fünften Kolonnen aufgestachelt, ist eine Schutzbehauptung und wäre schon in sich unverständlich, wenn sich eine aggressive polnische Nationalpolitik nicht am Minderheitenschutz gerieben hätte⁴⁾. Auch das

¹⁾ Vgl. Rainer Lepsius, Nation und Nationalismus in Deutschland, in: Nationalismus in der Welt von heute, Geschichte und Gesellschaft, (1982) Sonderheft 8, S. 12—27.

²⁾ Daß dies nur ein Merkmal unter anderen ist, verdeutlicht Burian selbst, indem er die Innenansicht der CSR international vergleichend darstellt; vgl. Peter Burian, Demokratie und Parlamentarismus in der ersten tschechoslowakischen Republik, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Die Krise des Parlamentarismus in Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen, Marburg/Lahn 1967, S. 85—102 (bes. 97 f.).

³⁾ Vgl. Otto Kimminich, Neuere Entwicklungen des Minderheiten- und Nationalitätenrechts, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/85, S. 14—26.

⁴⁾ Einen vorzüglichen Überblick über das polnische Unbehagen angesichts der oktroyierten Verpflichtung zum Minderheitenschutz gibt Paweł Korzec, Polen und der Minderheitenschutzvertrag (1919—1934), in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas, NF Bd. 22 (1974), S. 515—555.

Professor Dr. Werner Jochmann aus langer Verbundenheit anläßlich seines 65. Geburtstages am 5. August 1986 zugeeignet.

Dritte Reich lehnte die Bindungswirkung des Minderheitenschutzes nicht als solche ab, sondern deshalb, weil sie kollektiven Ursprungs und organisatorisch mit dem Völkerbund verknüpft war. Denn als die Genfer Konvention für Oberschlesien Mitte 1937 erlosch, legte die deutsche Politik großen Wert auf Ersatz, der nach dem neuen Maßstab zweiseitiger Außenpolitik als bilaterale Erklärung am 5. November 1937 erfolgte.

Andere Schattierungen hingegen entdecken wir auf der normativen Seite. In einer 1923 halboffiziös veröffentlichten Schrift forderte der Völkerbund definitorisch, daß Minderheiten, wenn sie mehr als nur ethnisch merkwürdige Gruppen sein wollten, eigene ethnische Traditionen mit kräftigem Existenzwillen vertreten müßten⁵⁾. Darüber hinaus unterschied die Völkerrechtslehre der Zwischenkriegszeit „echte“ Minderheiten inmitten einer ihnen fremden Mehrheitsbevölkerung von „unechten“ Minderheiten an den Grenzsäumen von Staaten. Hans Eibl führte diesen Gedanken konsequent weiter mit der Feststellung, Grenzlandminderheiten seien überhaupt keine Minderheiten, sondern ein Indiz für eine falsche Grenzziehung⁶⁾. — Hierin vermag der Historiker dem Völkerrechtler freilich nicht mehr zu folgen. Die Kategorien des Historikers sind nicht normativer, sondern deskriptiver Natur; sie suchen Sachver-

halte zu beschreiben, die der Völkerrechtler — vielleicht — normativ auflösen kann.

Will man die unhistorischen Elemente des völkerrechtlichen Minderheitsbegriffs ebenso vermeiden wie die alle historische, soziale und regionale Differenzierung verwischende Kampfvokabel „Volksgruppe“, so darf man die Minderheiten nicht durch isolierten Blick zu erfassen hoffen. Erst aus dem Vergleich von Minderheiten in ihrer staatlichen, politischen und sozialen Zusammenhänge läßt sich ein Ansatz finden, der die einseitige Fremdwahrnehmung von Minderheiten durch nationale Mehrheiten ebenso vermeidet wie die nicht minder irrtumsanfällige Enge, mit der Minderheiten sich und ihre Geschichte selbst wahrnehmen.

Komparatistische Studien würden vielleicht auch den Weg dafür öffnen, daß wir über die gegenwärtig ständig wachsende Unbestimmtheit in der Verwendung des Begriffs „Minderheit“ hinausgeführt werden und daß wir Handlungsoptionen und politische Entscheidungsmuster vor allem im ostmitteleuropäischen Raum wahrnehmen können, wo sie so problematisch waren. Daß wir dabei nun die nationalen Affekte zügeln könnten, ist ein Gewinn, für den wir mit der realgeschichtlichen Zerstörung des alten Ostmitteleuropa freilich einen zu hohen Preis gezahlt haben.

II. Voraussetzungen aus den zwanziger Jahren

Prägend für die neuen deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei wie in Polen war die Verkehrung der Machtgewichte. Der nationale Machtwechsel traf den Großteil der Sudetendeutschen, wie sie seit Mitte der zwanziger Jahre genannt werden sollten, unvorbereitet. Es schokkierte sie zu Recht, daß sie nun von offizieller Seite unverblümt als „Kolonisten“, d. h. Landesfremde, bezeichnet wurden⁷⁾. Der Zustand nationaler Depression, in dem sich viele nach zeitgenössischen Berichten befanden, war ausgeprägt. Ähnliches ließ sich bei den deutschen Bewohnern des neuen polnischen Staates beobachten. Dort

waren solche Reaktionen vielleicht noch verständlicher. Denn gerade im Osten waren militärische Niederlage und politischer Umbruch nicht zeitig erkennbar gewesen. Vielmehr hatte noch der Vertrag von Brest-Litowsk (3. März 1918) die Vorstellungen eines deutschen Siegfriedens im Osten genährt. Zudem erfolgten die Territorialentscheidungen nicht (wie in der ČSR) auf einmal, sondern zogen sich bis 1924 hin, enttäuschten deutsche Hoffnungen und Wünsche mehrfach⁸⁾.

Sowohl in den sogenannten historischen Ländern Böhmen und Mähren wie auch auf den neuen polnischen Territorien hatten Deutsche seit Jahrhunderten gesiedelt. Die konkrete Siedlungsstruktur der deutschen Minderheit in beiden Ländern

⁵⁾ Der Völkerbund und der Schutz der Minderheiten, Genf 1923.

⁶⁾ Hans Eibl, Vom Sinn der Gegenwart, Wien-Leipzig 1933, vor allem S. 337 f.

⁷⁾ Vgl. Thomas G. Masaryk in seiner ersten Botschaft als Staatspräsident am 22. Dezember 1918: „Die von den Deutschen bewohnten Gebiete sind unser Gebiet und werden unser bleiben . . . Wir haben diesen Staat erstritten, und die staatsrechtliche Stellung unserer Deutschen, die einst als Auswanderer und Kolonisten hierher gekommen sind, ist damit festgelegt.“

⁸⁾ Vgl. Jörg K. Hoensch, Deutschland, Polen und die Großmächte 1919—1932, in: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919—1932, XVII. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker, Braunschweig (Georg-Eckert-Institut) 1985, S. 19—34.

war jedoch unvergleichbar⁹⁾. Da sich die drei ehemaligen Teilungsgebiete des neuen Polen in den 130 Jahren Teilungszeit stark auseinanderentwickelt hatten, bestand auch die deutsche Minderheit — anders als in der ČSR — aus Gruppen unterschiedlichster Herkunft, einer über mehr als drei Jahrhunderte streuenden Einwanderungszeit und stark voneinander abweichendem konkreten Schicksal. Wenn die deutsche Minderheit in der ČSR als geschlossenes Siedlungsgebiet in Gestalt eines halbkreisförmigen Kranzes in Erscheinung trat, das nach Osten im tschechischen, dann slowakischen Kernland nur noch degressive Sprachinseln aufwies, so war die deutsche Minderheit in Polen als ein massiver ethnischer Riegel ausgebildet, der von der Ostsee bis zum Teschener Gebiet reichte. Allein Posen, der Netzedistrikt, Pommerellen und Ostoberschlesien umfaßten 53 % der Deutschen in Polen; nimmt man das seit 1823 entwickelte Lodzer Industriegebiet hinzu, so steigt der Anteil sogar auf 73 %.

In allen anderen Wojewodschaften lagen die deutschen Anteile weit unter dem Landesdurchschnitt. Die östlichen Landesteile — Polesien, Wolhynien, Galizien — hatten von der geringen Zahl der Deutschen bis hin zu ihrer vorherrschend agrarischen Verfassung (94 % in Wolhynien) den Zustand der Josephinischen „Peuplierungen“ des späten 18. Jahrhunderts bewahrt. Diese bäuerlichen Inseln standen dem Reich fern. Nicht politische Beziehungen bestanden, sondern sprachliche (auf alten Lautständen verharrende und dialektdurchsetzte) und religiöse (seit langem in protestantische Sekten zersplitterte) Bindungen der Kulturation. Stark war indessen der Zwang zum Zusammenleben mit den anderethnischen Mehrheiten ringum. Und als in den dreißiger Jahren von Weißrussen und Ukrainern zunehmend irredentistische Bestrebungen ausgingen, denen von polnischer Seite mit der Münze militärischer Strafexpeditionen heimgezahlt wurde, galten die deutschen Siedlungen als Inseln der Ruhe. Jedenfalls war eindeutig — auch ablesbar an der Häufigkeit förmlicher Beschwerden an den Völkerbund —, daß die eigentliche deutsch-polnische Frontstellung im Posenschen und Pommerellen lag.

⁹⁾ Dies betont vor allem die ältere deutsche Literatur: Richard Breyer, *Das Deutsche Reich und Polen 1932—1937. Außenpolitik und Volksgruppenfragen*, Würzburg 1955; Walter Kuhn, *Das Deutschtum in Polen und sein Schicksal in Kriegs- und Nachkriegszeit*, in: Werner Markert (Hrsg.), *Osteuropa-Handbuch Polen*, Köln—Graz 1959; ders., *Das Deutschtum in Polen und Litauen*, in: Viktor Aschenbrenner u. a. (Hrsg.), *Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn. Ein Handbuch*, Frankfurt/Main 1967, S. 253—266. Für die ČSR vgl. Viktor Aschenbrenner, *Die Sudetendeutschen*, in: ebenda, S. 224—245.

Hier hatten sich bis zum Ende der zwanziger Jahre die stärksten Veränderungen der deutschen Minderheiten in ganz Ostmitteleuropa ergeben, nämlich Abwanderungen in singulärer Höhe: von 1,1 Millionen auf 350 000, so daß Hermann Rauschnig 1930 von einem „Prozeß der Entdeutschung“ dieser Gebiete sprach¹⁰⁾. Die deutsche Minderheit hatte eine reiche und weitverzweigte kulturelle Organisation besessen, die freilich bis 1919 größtenteils in Händen des Staates gelegen hatte und damit dem polnischen Zugriff gute Ansatzpunkte bot. Es ist erklärlich, daß die polnische Seite in der Schwächung dieser konzentrierten deutschen Gruppe eine entscheidende Voraussetzung für die politische Behauptung der Westgebiete erblickte. So wurzelte der Konflikt auf beiden Seiten. Wenn der nationaldemokratische Politiker Stanisław Grabski (Volksbildungsminister vom 2. Kabinett Witos bis zum Staatsstreich 1926) in Posen 1919 öffentlich erklärte: „Das fremde Element wird sich umsehen müssen, ob es nicht anderswo besser aufgehoben ist“¹¹⁾, so stand dem entgegen, daß die Deutschen ihre Zuweisung an Polen als ein schweres Unrecht und eine revisionsbedürftige Entscheidung ansahen. Darin unterstützte sie die Weimarer Republik moralisch und materiell, um den außenpolitischen Revisionsanspruch aufrechtzuerhalten.

Unter diesen Voraussetzungen hatte sich der sogenannte Volkstumskampf in Polen schon früh zu einem abstrakten Gegnerprinzip verselbständigt, das wohl nationale Identität, aber nicht Sachverhalte klärte. Man muß ihn nicht leugnen, um sagen zu können, daß die Fixierung auf historische Unrechtserfahrungen die deutschen Bewertungsmaßstäbe verzerrte, übrigens auch in der westdeutschen wissenschaftlichen Literatur der fünfziger Jahre, die ausnahmslos von Erlebnisträgern dieser Minderheitserfahrung erarbeitet wurde. Es ist wichtig, wenigstens an einem Beispiel zu zeigen, daß diese deutsche Erlebnisperspektive nicht ausreicht. Breyer führt in seiner Untersuchung aus: „In Posen/Pommerellen war die Entdeutschung ein Kampf vor allem um den Bodenbesitz. Weder Berufungen bei der polnischen Regierung noch beim Völkerbund oder dem Haager Gerichtshof konnten die konstante Abnahme deutschen Bodenbesitzes aufhalten.“¹²⁾

¹⁰⁾ Hermann Rauschnig, *Die Entdeutschung Westpreußens und Posens. 10 Jahre polnische Politik*, Berlin 1930. Richard Breyer (Anm. 9) verwendet diesen zeitgenössischen Kampfbegriff ohne Reserve: vgl. S. 52 und anderswo.

¹¹⁾ Auf einer öffentlichen Versammlung vom Oktober 1919. Der Wortlaut ist von Rauschnig (Anm. 10) überliefert und bei Richard Breyer (Anm. 9, S. 52) zitiert.

¹²⁾ Richard Breyer, *Das Deutsche Reich und Polen* (Anm. 9), S. 53 f. Im gleichen Tenor: Theodor Bierchen, *Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934—1939*, Göttingen 1955.

Dieses Bild einer rechtlos gemachten Minderheit ist einseitig. Unzweifelhaft ist, daß polnische Behörden die Entschädigungsbestimmungen des Versailler Vertrags für eine Politik der Polonisierung nutzten. Grundbesitz war Deutschen wie Polen allerdings nicht Eigentum schlechthin, sondern galt ihnen als Indikator geheimer Herrschaft und nationalen Besitzstandes. Gut 70% der Deutschen in Posen und Pommerellen lebten von der Landwirtschaft, nur 30% in den Städten. Unterstellt man eine gezielte polnische Pressionspolitik, so hätte die enorme deutsche Abwanderung in den zwanziger Jahren vor allem auf dem Lande erfolgen müssen; tatsächlich aber kamen die Abwanderungen zu 85% aus den Städten¹³⁾. In Städten wie Kulm, Thorn oder Rawitsch, die seit ihrer Gründung deutsch geführt waren, schmolz die Zahl der Deutschen zu einer unbedeutenden Größe zusammen. Es wanderten nicht nur ganze Familien ab, sondern auch spezifische gesellschaftliche Gruppen. Zum Beispiel wurden 1919/20 jüngere Männer in hellen Scharen militärflüchtig, weil sie am polnisch-sowjetischen Kriege nicht teilnehmen wollten. Gewiß spielten wirtschaftliche Gründe eine leitende Rolle. Aber sie waren von anderer Natur, als sie uns in den Lebenszeugnissen deutscher Minderheitsangehöriger und der ihnen vertrauenden wissenschaftlichen Literatur vorgestellt werden.

Die wirtschaftlichen Strukturen der drei polnischen Teilungsgebiete waren auf die Teilungsmächte ausgerichtet gewesen¹⁴⁾. Ihre Zusammenführung im neuen polnischen Staat gab gerade den entwickelteren Industrien schwere Probleme auf. Das besondere Merkmal der kleinen, vielfältig eingeschnürten Wirtschaftsräume der Nachkriegszeit forderte erhebliche Umstellungen und Einschränkungen. Und erst daran knüpften sich nationale Motive: Weshalb sich für die Wirtschaft eines Staates engagieren, dessen Existenz man aus

tiefer Überzeugung ablehnte? Technisches Know-how ließ sich bei der Abwanderung mitführen, Grundbesitz dagegen nicht. Die von Krekeler¹⁵⁾ untersuchte massive finanzielle Stützungs politik der Weimarer Republik wurde zudem in die Landwirtschaft und nicht in die mittelständische Industrie kanalisiert. Es wanderte also eine technisch-administrative Führungsschicht ab.

Ähnlich wie in Polen gab es auch in der ČSR Versuche, den Einfluß der deutschen Minderheit durch Reduktion ihres Besitzstandes zu dämpfen. Läßt man die zeitgenössische aufgeregte Agitation beiseite, es seien die deutschen Verhältnisse mit dem Instrument der Bodenreform tschechisiert worden, so ergibt sich ein ganz anderer Bild. Am 1. Dezember 1938 gutachtete Dr. Guido Klieber im Auftrage des Reichskommissars und Gauleiters Henlein über die Möglichkeit von Wiedergutmachungsforderungen wegen Schädigung des Deutschtums in der ČSR, daß solche Forderungen keinen Ansatz besäßen, weil ein rechtswidriges Vorgehen nicht erkennbar sei. Er sprach sich auch gegen den Gedanken aus, innerhalb der jeweiligen nationalen Siedlungsgebiete durch erzwungene Bodenverkäufe — also eine nationalsozialistische Bodenreform — Kongruenz herzustellen: Da sich auf deutschem Siedlungsgebiet nur 33 000 ha großbetrieblich genutzten Bodens in tschechischer Hand befänden, auf tschechischem Gebiet jedoch 250 000 ha in deutscher Hand, müßte sich dieser Plan für die deutschen Interessen als nachteilig erweisen¹⁶⁾. — Rechnet man alle Enteignungs- und Umwidmungsflächen zusammen, dann gingen letztlich nur 7 200 ha Acker aus deutschem Besitz an tschechische Kolonisten. Nach den Begriffen des Nationalitätenkampfes war es gewiß ein Verlust. Aber wenn man bedenkt, daß das deutsche Siedlungsgebiet in der ČSR etwa die Fläche Belgiens umfaßte, bot dieser Verlust keinen Anlaß, den Vorgang zu überschätzen.

III. Die dreißiger Jahre

Äußerlich hatte sich Anfang der dreißiger Jahre der Minderheitenkampf ein wenig beruhigt, ohne daß freilich die nationalbewußte Rigidität der polnischen oder tschechoslowakischen Staatsführung geschwunden wäre. Aber sie suchte nicht

mehr die große Aktion, sondern entfaltete sich im Alltag von Verwaltung, war kleinformig und kleinlich. Vor allem in der ČSR bot der aus der Doppelmonarchie überkommene hohe Anteil von Deutschen in den staatlichen und kommunalen

¹³⁾ Vgl. Richard Breyer, *Das Deutsche Reich und Polen* (Anm. 9), S. 52 f.

¹⁴⁾ Vgl. Antony Polonsky, *Politics in Independent Poland. The Crisis of Constitutional Government*, Oxford 1972, S. 8 ff.

¹⁵⁾ Vgl. Norbert Krekeler, *Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen 1919—*

1933, Stuttgart 1973; ebenso ders., *Die deutsche Minderheit in Polen und die Revisionspolitik des Deutschen Reiches 1919—1933*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*, Frankfurt/Main (Fischer TB) 1985.

¹⁶⁾ Vgl. Johann Wolfgang Brügel, *Deutsche und Tschechen 1918—1938*, München 1967, S. 538 f.

Verwaltungen Gelegenheit zu administrativer Diskriminierung, besonders im empfindlich wahrgenommenen Bereich des Beförderungswesens. Auch die generelle Degradierung deutscher Kriegsteilnehmer, wenn sie zu tschechischen Waffenübungen herangezogen wurden, schürte Emotionen.

Stabilisiert hatten sich auch die Minderheitenzahlen. In Polen konnte die nach dem Kriterium der Muttersprache wertende Volkszählung von 1931 das Ergebnis von rd. 740 000 (oder 2,3%) Deutschen erheben, das freilich selbst von polnischer Seite angezweifelt wurde. Deutsche Versuche, die eigene Stärke mit bis zu 1,14 Millionen zu bestimmen, stellten ähnlich unvollkommene Schätzwerte dar¹⁷⁾. Wesentlicher Grund für diese bis heute nicht ausgeräumte Ungewißheit waren nicht nur die jeweiligen politischen Absichten, sondern auch die ethnische Sonderstellung Oberschlesiens, wo eine Gruppe von 336 000 Personen sich der Zuordnung von Sprache und nationalem Bekenntnis entzog. Selbst wenn man dieses sogenannte schwebende Volkstum großzügig zur deutschen Minderheit rechnet und ihren Bevölkerungsanteil bei über 3% annimmt, so bildeten die Deutschen doch nur die viertgrößte Minderheit. Gegenüber den Ukrainern (15%), Juden (10%) und Weißrussen (5%) war ihre Zahl eher unbedeutend. Daher konnte die „Strażnica Zachodnia“, die „Westwarte“ des nationalistischen Westmarkenvereins, 1933 schreiben, das deutsche Problem sei „nur noch als Restproblem vor allem wirtschaftlicher Art“ zu betrachten; von allen Minderheitenproblemen Polens sei es „das einfachste und leichteste“, dessen Bedeutung sich „von Jahr zu Jahr verringert“¹⁸⁾. Hierin deutete sich an, daß die polnische Staatsführung sich in den östlichen Wojewodschaften vor ungleich größeren Minderheitenproblemen sah und daß sie vor allem keinen Grund hatte, gegen die deutsche Minderheit den Verdacht politischer Illoyalität zu hegen.

Die deutsche Minderheit in der ČSR unterschied sich von der in Polen nach Quantität und Status beträchtlich. Während Tschechen und Slowaken mit rund 8,8 Millionen Personen 66% der Bevöl-

kerung stellten, kam die deutsche Minderheit mit rund 3,5 Millionen auf 23,5%, war also relativ zehnmal so stark wie in Polen. Es war daher nicht nur Diplomatie oder innenpolitische Klugheit, die den tschechischen Gesandten Krofta in Berlin von den Deutschen als dem „zweiten Staatsvolk“ sprechen ließ. Nicht weniger als 4 000 Gemeinden besaßen eine absolute deutsche Mehrheit bei weitgehender Verwaltungsautonomie. Die Deutschen verfügten über ein eigenes Schulwesen mit allein drei Hochschulen, stellten mit 86 000 Beamten 55% aller Staatsbediensteten. Ein reiches, weit verzweigtes deutsches Organisations- und Vereinswesen besaß deutsche Tageszeitungen und Zeitschriften, Gemeindebüchereien, Theater usw.

Für die ČSR war bei der nationalstaatlichen Verwirklichung des Nationalitätenstaates eine zwingend entnationalisierende Politik gegenüber den Sudetendeutschen undenkbar. Dazu waren diese nach Zahl, sozialer Position und Wirtschaftskraft zu gefestigt. Zum Teil übertraf deren Leistungsstand sogar das Reich. Etwa im Bereich des Bildungswesens, das ein empfindlicher Indikator für Minderheitenfragen ist, stellten drei Hochschulen für 3,5 Millionen Sudetendeutsche eine bessere Ausstattung dar als im Reich. Das Lehrer-Schüler-Verhältnis betrug im Reich 1:42,5; in tschechischen Schulen 1:37; an den sudetendeutschen Schulen 1:34,2. Die Sudetendeutschen besaßen also relativ mehr Volksschulen als die Reichsdeutschen oder die Tschechen, von denen sie angeblich brutal unterdrückt wurden¹⁹⁾. Das signalisiert gewiß keine übernationale Idylle, wohl aber eine auskömmliche Lage und einen erheblichen Vorsprung gegenüber der Situation in Polen. Denn dort war allein die Zahl der staatlichen Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache von 299 im Jahr 1929 auf nur noch 65 im Jahr 1937 gesunken. Die Steigerung von 80 privaten deutschen Volksschulen auf 105 reichte nicht aus, diese Polonisierungserfolge wettzumachen²⁰⁾.

Alle diese Bedingungen wandelten sich jedoch in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre von Grund auf. Verantwortlich für diesen Umbruch waren vier Vorgänge, die zum Teil interdependent waren: Es handelte sich um die Folgen der Weltwirtschaftskrise, die in der ČSR besonders einschneidend waren, um die Krise demokratisch-parlamentarisch legitimer Regierungssysteme in Ostmitteleuropa, vor allem in Polen, um eine bei

¹⁷⁾ Zum Zahlenproblem vgl. Otto Heike, Die deutsche Minderheit in Polen bis 1939. Ihr Leben und Wirken kulturell, gesellschaftlich, politisch. Eine historisch-dokumentarische Analyse, Leverkusen 1985, v. a. S. 164. Gründlicher: Przemysław Hauser, Die deutsche Minderheit in Polen 1918—1933, in: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919—1932, XVII. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz (Anm. 8), S. 67—87, v. a. S. 87 (Tabelle).

¹⁸⁾ Sonderheft „Problem niemiecki na ziemiach zachodnich“ (Das deutsche Problem in den Westgebieten), Posen 1933, S. 14. Zitiert bei Richard Breyer, Das Deutsche Reich und Polen (Anm. 9), S. 266.

¹⁹⁾ Vgl. dazu Ferdinand Seibt, Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas, München 1974, S. 251—273 („Deutsche und Tschechen im neuen Staat“).

²⁰⁾ Eine gut informierte Darstellung der Schulverhältnisse findet sich in Otto Heike, Die deutsche Minderheit in Polen (Anm. 17), S. 310—330.

allen deutschen Minderheiten in Europa zu beobachtende Ablösung der in der Führung befindlichen Generation, und endlich um die Ausstrahlung der nationalsozialistischen Machtergreifung. Jeder einzelne dieser Vorgänge allein hätte schon große Probleme aufgeworfen. In ihrem zeitlichen Zusammenfall verwandelten sie jedoch nahezu alle bisher bekannten und eingespielten Voraussetzungen.

1. Folgen der Weltwirtschaftskrise

Zwar umfaßte die ČSR nur ein Fünftel der Landfläche und ein Viertel der Bevölkerung der ehemaligen Habsburg-Monarchie. Aber es hatten sich auf ihrem Boden Dreiviertel der Industrie entwickelt. Die Weltwirtschaftskrise traf vor allem die Ausfuhr, den empfindlichsten Punkt in der Wirtschaft der ČSR. Der dadurch bedingte Produktionsverfall war größer als irgendwo anders; die Industrieproduktion sank tief unter den Vorkriegsstand. Die Arbeitslosigkeit war nicht gleichmäßig verteilt, sondern traf das deutsche Siedlungsgebiet doppelt. Während in den tschechischen Gebieten auf 1 000 Bewohner 40 Arbeitslose entfielen, waren es in den deutschen Gebieten 90. Das hatte seinen Grund einmal im hohen Industrialisierungsgrad der sudetendeutschen Gebiete, zum anderen im Strukturmerkmal einer rasch veraltenden Leichtindustrie. Zusätzlich zur allgemeinen Exportabhängigkeit rächten sich auch die sudetendeutschen Modernisierungsrückstände²¹⁾.

Nicht nur der numerische Umfang, sondern auch die Dauer der Arbeitslosigkeit führte bei der deutschen Minderheit zu ausgeprägter Staatsverdrossenheit. Denn als anderswo, besonders im Reich, die Wirtschaftskrise bereits wieder abgeflaut war, gab es 1936 noch immer gut 500 000 Arbeitslose unter den Deutschen — mehr als z. B. die Arbeitslosenquote der Französischen Republik. Zudem gingen nun staatliche Investitionen bevorzugt an die Schwerindustrie — aus Gründen der Staatsräson und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit — und berührten damit die typisch deutschen Industriegebiete nicht, so daß der deutschen Minderheit die anhaltende Arbeitslosigkeit als böswillige Diskriminierung erschien. Tatsächlich aber krankte das sudetendeutsche Sozialgefüge an uneingestandener Veralterung, nicht am „tschechischen Würgegriff“, wie die erwachende völkische Demagogie vermeinte, die nach außerhalb

²¹⁾ Vgl. Rudolf Jaworski, Vorposten oder Minderheit? Der sudetendeutsche Volkstumskampf in den Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der ČSR, Stuttgart 1977, S. 43. Auch Ferdinand Seibt, Deutschland und die Tschechen (Anm. 19), S. 196 f., 251, 259.

blicke: „Auch du wirst wieder rauchen“, lautete die Aufschrift auf einem Fabrikschlot im Sudetenland, „wenn dich wird Hitler brauchen“²²⁾.

Im Gegensatz zur ČSR fühlte sich in Polen die deutsche Minderheit nicht als Opfer der Wirtschaftskrise. Zudem artikuliert sich die Wirtschaftskrise in Polen auf einem ganz anderen, mit der ČSR nicht vergleichbaren Wirtschaftsstand. Während die ČSR erstmals Ende der zwanziger Jahre in eine wirtschaftliche Krise geraten war, wurde in Polen lediglich eine schon seit der Staatsgründung nicht behobene Krise verstärkt. Für die Tatsache, daß Polen das wirtschaftlich am schlechtesten entwickelte Land Europas war, waren im wesentlichen drei Gründe maßgeblich: die innere Strukturschwäche einer überwiegend agrarischen Volkswirtschaft, an der die Deutschen, die zu 72% von der Landwirtschaft lebten, vollauf teilhatten; die deflationäre Geldpolitik der polnischen Regierung bis in die Mitte der dreißiger Jahre hinein²³⁾; ferner die erhebliche Außenhandelschwäche der Republik. Aus geographischen wie aus politischen Gründen war der polnische Außenhandel auf Deutschland verwiesen. Diese Beziehungen waren also nicht volkswirtschaftlich autonom entwickelt, sondern außenpolitisch bestimmt. Sie ruhten, wie der deutsch-polnische Wirtschaftskrieg 1925—1934 zeigte, auf einem Junktum zwischen politischen Forderungen und wirtschaftlicher Kooperationsbereitschaft. Erst auf dieser Ebene war die deutsche Minderheit von Wirtschaftsfragen besonders berührt.

2. Die Krise der Demokratie in Ostmitteleuropa

Für die Regierungsform der parlamentarischen Demokratie ist in Osteuropa seit der Mitte der zwanziger Jahre eine krisenhafte Situation evident. Demokratie ist hier nicht politischer Maßstab, denn die Frage, ob das westeuropäische Staats- und Gesellschaftsmodell überhaupt auf Osteuropa anwendbar war, ist durchaus strittig. Die Krise muß vielmehr als Indikator für tiefreichende Veränderungen gelten, zumal Regierungsformen den Rahmen für Minderheitspolitiken abstecken. Schon die Ermordung des ersten, vor allem mit den Stimmen der Minderheiten gewählten polnischen Staatspräsidenten Gabriel Narutowicz am 16. Dezember 1922 durch einen nationalistischen Fanatiker hatte die Minderheiten schockiert. Und der seit Piłsudskis Staatsstreich vom

²²⁾ Zitat bei: Rudolf Jaworski, Die Sudetendeutschen als Minderheit in der Tschechoslowakei 1918—1938, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten (Anm. 15), S. 35.

²³⁾ Vgl. Antony Polonsky, Politics in Independent Poland (Anm. 14), S. 448—458.

Mai 1926 beschleunigt zurückgelegte Weg zu einem autoritär regierten Staatswesen öffnete neue Perspektiven. Denn der Zerfall demokratischer Herrschaftslegitimation machte weniger fühlbar, daß ethnische Minderheiten zugleich parlamentarisch-demokratische Minderheiten sind. Entsprechend nahmen die Deutschen Ende der zwanziger Jahre von den bisherigen Versuchen Abstand, ihre Interessen durch wahlstrategische Blockbildung mit anderen Minderheiten gemeinsam zu vertreten. Solche Absprachen waren, solange sie bestanden, ein bemerkenswerter Zug im Minderheitenleben in Polen gewesen; in der ČSR dagegen hatten sich solche Gedanken allein schon wegen der numerischen Größe der deutschen Minderheit nicht nahegelegt.

Der Übergang zur sogenannten moralischen Diktatur Piłsudskis in Polen machte den Weg frei zur völkischen Radikalisierung der Minderheiten, die vor allem in Ostpolen bürgerkriegsähnliche Zustände heraufbeschwor. Angesichts des Versagens des Parlamentarismus wuchs auch der deutschen Minderheit eine vermeintliche Berechtigung dafür zu, daß sie Interessen zu vertreten begann, die tendenziell mit dem Zusammenleben im polnischen Staatsverband nicht vereinbar waren. Wie Hans Wiese 1963 in seiner Schrift unter dem viel-sagenden Titel „Auslandsdeutsche Erneuerung“ formulierte, traten nunmehr „die sittlichen Kräfte des Grenzkampfes und des Volkstumsschutzes“ in den Vordergrund.

Allein in der ČSR, die mit ihrer entwickelten industriellen Gesellschaft, eingespielten Administration und rechtsstaatlichen Überlieferung den Typus westlicher nationalstaatlicher Demokratie verkörperte, hielt sich die parlamentarisch-demokratische Verfassung bis zur deutschen Besetzung. Seit 1934 war ihre Stabilität unter anderem der Grund dafür, daß sie das klassische Exilland etwa der deutschen Sozialdemokratie vor nationalsozialistischer Verfolgung wurde: „Rettungsinsel der deutschen Demokratie“, wie Brügel erklärte²⁴). Bei der Abtretung der Sudetengebiete an das Reich im Herbst 1938 flüchteten annähernd

30 000 politisch gefährdete Deutsche ins Landesinnere, davon waren etwa 20 000 politische Emigranten.

3. Der Generationenwechsel in der Führung der Minderheiten

Die Aufladung der deutschen Minderheiten mit innergesellschaftlichen Konfliktstoffen ist nicht ohne den Generationswechsel zu verstehen, der Ende der zwanziger Jahre einsetzte und nicht nur auf Polen beschränkt war, wo er in der „Jungdeutschen Partei“ Gestalt annahm, oder auf die ČSR, wo die spätere „Sudetendeutsche Partei“ aus der jungen Turnerschaft hervorging. Vielmehr finden wir auch im Elsaß den Zusammenschluß der jungen Generation in der „Jungmannschaft“²⁵).

Die Angehörigen dieser Generation glaubten, keinen oder nur einen schlechten Platz im Gesellschaftsgefüge zu haben. Daher stellten sie die Gesellschaft radikal in Frage. Sie suchten, wie Hans Mommsen unlängst erläutert hat²⁶), nach stimulierenden Handlungsbedingungen und besaßen dabei einen meist visionären geschichtlichen Horizont für das eigene Tun. Auch ökonomische Motive gehörten zu den Antrieben. Mindestens in der ČSR stand die junge Generation vor der Drohung eines sozialen Abstiegs infolge verschlechterter Ausbildungs- und Berufschancen. Der Wandel in den Wertorientierungen dieser Generation konnte sich daher auf ökonomische Interessen berufen und war zugleich politisch angestachelt. Wichtig war die damit verbundene qualitative Veränderung. Der neue Führungsanspruch erfolgte über die Ablösung des herkömmlichen Honoratioren-Charakters der Parteien. Er legte damit die Insuffizienz einer Parteienwelt bloß, die den Weg zur modernen Funktionspartei noch nicht beschritten hatte²⁷). Aber mit dem Eintausch autoritärer Denkmuster und Organisationsprinzipien wurde auch die europäische Gemeinsamkeit eines liberalen Bürgertums mit ähnlichen Wertgefühlen und Verhaltensweisen über die Nationengrenzen hinweg aufgegeben, die bisher alle Honoratiorenparteien geprägt hatte.

Beispielhaft hierfür ist Konrad Henleins Sudetendeutsche Partei, die aus der völkisch-bündischen

²⁴) Johann Wolfgang Brügel, Tschechen und Deutsche 1918—1938, München 1967. Allerdings war die ČSR keine politikferne Oase für deutsche Emigranten. Der aus Prag gebürtige international anerkannte Völkerrechtler Hans Kelsen konnte nach dem Verlust seines Kölner Lehrstuhls im Frühjahr 1933 und dem Auslaufen der Genfer Zeitprofessur 1935 für 1936 einen Ruf an die Prager deutsche Universität annehmen; seine Antrittsvorlesung wurde allerdings schon von nationalsozialistischen Studenten zu antisemitischen Exzessen benützt. Oder: Der Philosoph Theodor Lessing, der noch im März 1933 nach Nordböhmen geflohen war, wurde schon am 30. August 1933 ein Opfer gedungener Nazi-Mörder.

²⁵) Vgl. Lothar Kettenacker, Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsaß, Stuttgart 1973, S. 13—24.

²⁶) Hans Mommsen, Endphase Weimar (= Zusammenfassung des Referats auf dem Berliner Historikertag 1984), in: Bericht über die 35. Versammlung deutscher Historiker, Stuttgart 1985, S. 218 f.

²⁷) Vgl. dazu den glänzend beobachtenden Aufsatz von Martin Broszat, Der Nationalsozialismus und Ostmitteleuropa, in: Viktor Aschenbrenner u. a. (Hrsg.), Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn (Anm. 9), S. 528—561.

Welt der jungen Turnerschaft kam und ein Sammelbecken für Volkstumsgruppen war, die sich jedoch auf der anderen Seite mit der Massenbasis moderner Parteien ausstatten konnte, mit Mitteln der Massensuggestion arbeitete, weltanschauliche Ziele vertrat und sich an den Zwecken offener und verdeckter Machtpolitik orientierte. Dadurch erhielt die ohnehin suggestive völkische Bewegung zusätzliche Schubkraft²⁸⁾.

4. Die nationalsozialistische Machtergreifung

Zweifellos gingen die größten Impulse auf die Minderheiten von der Machtergreifung der Nationalsozialisten aus. Der Nationalsozialismus als eine säkularisierte Erlösungsideologie wurde von beiden Minderheiten spontan aufgegriffen. Breyer berichtet von einer Gemütsverfassung der Deutschen in Polen, „die an Ergriffenheit und Verzückung“ heranreichte²⁹⁾. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Keibl äußerte im März 1933 vor dem Prager Parlament, niemand werde die „nationale Wiedergeburt“ aufhalten: „Die Deutschen grüßen sie als ersten Sonnenblick einer besseren Zukunft.“³⁰⁾

Während sich solche völkischen Sehnsüchte in der ČSR vor einem politisch stabilen Hintergrund artikulierten, führte in Polen der schon für die Wirtschaftsverhältnisse erkannte Grundzug der Mediatisierung durch außenpolitische Faktoren dazu, daß die Deutschen innerhalb kürzester Zeit klare innere Bindungen zum Nationalsozialismus entwickelten. Schon zwei Tage nach den März-Wahlen 1933 begrüßte der Hauptschriftleiter der „Kattowitzer Zeitung“ das Erstarken des nationalen Gedankens im Reich, da „die Rettung auch des Deutschtums in Polen nicht von irgendwelchen auswärtigen Mächten kommen könne“³¹⁾. Der Nationalsozialismus galt also als eine „innere“ Macht. Er profitierte zweifellos von der verklärenden Perspektive, mit der die im Ausland lebenden Deutschen „das Reich“ schon seit dem 19. Jahrhundert umgeben hatten. Jedenfalls verkündete das „Posener Tageblatt“ am 9. Juli 1933: „Wir Deutsche in Polen sind alle Nationalsozialisten“.

²⁸⁾ Vgl. Ronald Smelser, *Das Sudetenproblem und das Dritte Reich 1933—1938*, München 1980; ebenso ders., *Reich National Socialist and Sudeten German Party Elites*, in: *Zeitschrift für Ostforschung*, 23 (1974), S. 641 ff. (mit Vorbemerkungen von Eugen Lemberg).

²⁹⁾ Richard Breyer, *Das Deutsche Reich und Polen* (Anm. 9), S. 227. Breyer referiert auch negative Äußerungen; aber diese fielen nach dem „Tag von Potsdam“ nicht mehr ins Gewicht.

³⁰⁾ Rede vom 16. März 1933; zitiert von Johann Wolfgang Brügel, *Deutsche und Tschechen* (Anm. 16), S. 231.

³¹⁾ Zitiert bei Richard Breyer, *Das Deutsche Reich und Polen* (Anm. 9), S. 266.

Diese allgemeine Zustimmung zum Nationalsozialismus unter den Deutschen in Polen begründete auch den Widersinn, daß dort — anders als in der ČSR — die Jungdeutsche Partei, bereits 1921 von Rudolf Wiesner unter dem Namen „Deutscher Nationalsozialistischer Verein für Polen“ gegründet, die angestrebte Dominanz nicht erreichte. Die Jungdeutsche Partei war von der Konkurrenz der anderen Parteien zu stark bedrängt, und zwar gerade auf dem Felde der völkischen Radikalität. Wiesners Versuche, Kontrolle über die alten nationalen Organisationen zu erlangen — den „Deutschen Volksbund“, die „Deutsche Vereinigung“ oder den „Deutschen Volksverband“ —, scheiterten daran, daß sich auch diese Gruppen dem Nationalsozialismus zuwandten³²⁾.

Daß die Machtergreifung von den Vertretern völkischer Normen in der ČSR erfolgreicher exploitiert werden konnte als in Polen, lag u. a. auch daran, daß in den zwanziger Jahren aus den Siedlungsschwerpunkten des Deutschtums in Polen gerade die junge Generation abgewandert war. In der ČSR dagegen stand sie als Träger der neuen völkischen Dynamik uneingeschränkt zur Verfügung. Hier war das Potential für völkische Radikalisierung relativ und absolut ungleich größer als in Polen. Konrad Henleins Partei konnte schon bei den Wahlen am 19. Mai 1935 mit über 1,2 Millionen Stimmen knapp 36 % aller wahlberechtigten Deutschen auf sich vereinen³³⁾. Die von Henlein errungenen 44 Mandate waren ein politischer Erdbeerschlag für die anderen deutschen Parteien, bei denen die Sozialdemokratie nur noch elf gegenüber 21 Mandaten aus dem Jahr 1929, die Agrarier nur noch fünf gegenüber 16 und die Christsozialen nur noch sechs gegenüber 14 gewinnen konnten. Unter dem Druck äußerer Krisenerscheinungen war das sudetendeutsche Parteiensystem zusammengebrochen. Die Verbindung von parlamentarischer Demokratie und national getrennten Parteiorganisationen hatte sich als wenig belastbar erwiesen. Intakt geblieben waren dagegen die Volkstumsorganisationen, unter deren Nutzung Henlein eine Wählerkonzentration auf seine Partei lenken konnte, die in Polen bis 1939 unbekannt blieb.

Wenngleich Henlein (nach den Worten von Wenzel Jaksch) „im Zaubergewand des nationalen Befreiers“ auftrat und trotz des spektakulären Parteiwachstums auf 600 000 Mitglieder 1937 — ein sudetendeutscher „Hitler“ war Henlein nicht. Er war ein trockener, undemagogischer Redner, ohne Charisma, gewiß ein tüchtiger Organisator,

³²⁾ Vgl. ebenda, S. 252.

³³⁾ Vgl. die Bewertung bei Johann Wolfgang Brügel, *Deutsche und Tschechen* (Anm. 16), S. 266.

aber nach zeitgenössischem Urteil lediglich ein „Prototyp des rechtschaffenen Subalternbeamten“. Schon Ronald Smelser hat darauf hingewiesen, daß man daher zwischen dem Parteiführer Henlein und seiner symbolischen Geltung unterscheiden müsse³⁴⁾; Mitglieder und Wähler der Sudetendeutschen Partei sahen in ihr, wie sie sich selbst sehen wollten: wirtschaftlich geschädigt, politisch unfrei und völkisch bedroht.

Die Sudetendeutschen haben von den klaren Startvorteilen der ČSR in sozialer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht profitiert, ohne es zu merken; und sie haben sich, als die große Krise diesen Vorsprung aufgezehrt hatte, moderner radikalisiert. Die Deutschen in Polen besaßen solche Vorteile nicht, entwickelten als

überwiegend agrarische Minderheit auch nur geringere Verlust-Ängste. Sie blieben gegenüber den Sudetendeutschen vor-modern, auch in der politischen Praxis, wo ein Zusammengehen mit anderen Minderheiten oder zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der polnischen PPS über lange Jahre zur Normalität gehört hatte. Bezeichnend für den nicht aggressiven Zustand der deutschen Parteienwelt in Polen war der Vorwurf der Jungdeutschen Partei, die anderen Parteien hätten bislang „nicht viel mehr getan, als Subventionen zu verwirtschaften“³⁵⁾. Die Loyalität zum polnischen Staat wurde von der deutschen Minderheit jedenfalls nicht in Frage gestellt. Im September 1939 haben mehr als 5 000 Deutsche ihr Leben in polnischer Uniform verloren.

IV. Schlußbemerkungen

Der Blick auf die mentalen Veränderungen unter den deutschen Minderheiten Polens und der ČSR wäre nicht ganz vollständig ohne Berücksichtigung der nationalsozialistischen Impulse. Der Einfluß des Nationalsozialismus wirkte allerdings nur indirekt und nicht im geraden Verlauf volksdeutscher Wünsche. Zwar gab die neue „Bewegung“ die vermeintlich klarsten Antworten auf die schwierigen Minderheitenfragen, zwar kam von ihr das angemessenste Echo volksdeutscher Sehnsüchte, und sie erschien als „Garant“ für radikalste Lösungen. Aber in Hitlers tatsächlicher Politik waren den volkstumpolitischen Belangen die macht- und territorialpolitischen Ziele klar vorgeordnet. Schon allein deshalb war die Volksdeutsche Mittelstelle als die Agentur, die für die Kanalisierung volksdeutscher Probleme in die Macht- und Entscheidungszentren des Dritten Reiches zuständig war, eine eher ephemere Einrichtung ohne Entscheidungsmonopol von Gewicht.

Es ist wohl richtig, daß sich der Nationalsozialismus, wenn es nützlich war, als eine Bewegung ausgab, die nicht an Staatsgrenzen gebunden sei und die Aufgabe habe, eine nationalpolitische Bewußtseinsgemeinschaft der Deutschen schlechthin herzustellen. Aber dabei bestand kein wirkliches Interesse an den nationalkulturellen Grundgedanken der Volkstumspflege, sondern ausschließlich ein Interesse an der machtpolitischen Instrumentierung der deutschen Minderheiten.

Beide Minderheiten hingen der Vorstellung einer „Politik über die Grenze“ an. Eine solche Politik wurde indessen nicht von ihnen betrieben, sondern sie wurden in diese Politik eingespannt, wurden von einer Bewegung benützt, die sie nie verstanden hatten, weil deren Endziele außerhalb ihres Gesichtskreises lagen. Daher wäre die Frage nach dem Einfluß der Minderheiten auf die Außenpolitik des Dritten Reiches falsch gestellt. Hitler nutzte vielmehr Minderheitenfragen als bloße Versatzstücke seiner zynischen Expansionspolitik³⁶⁾. Die Minderheiten wurden nach machtpolitischer Zweckmäßigkeit mobilisiert (wie durch Hitlers Auftrag an Henlein, gegenüber Prag unerfüllbare Forderungen zu erheben), enttäuscht (wie durch die deutsch-polnische Verständigung vom 26. Januar 1934), fallengelassen (wie Südtirol) oder umgesiedelt wie die Deutschen aus dem Baltikum, der Bukowina, Bessarabiens, Rumäniens usw.

Sie waren nicht Subjekte, sondern Objekte von Politik, macht- und territorialpolitischen Zielen klar untergeordnet: Lieferanten für Vorwände in der Außenpolitik von 1937 bis 1939, Siedlungsmaterial im Kriege für die rassenbiologische Germanisierungspolitik im Osten, Adressaten für persönlichen Zorn und nationales Racheverlangen der befreiten Völker 1944/45, und als Vertriebene ein zunächst nur lästiges Massenproblem für die westlichen Besatzungsmächte.

³⁴⁾ Vgl. das differenzierte Portrait Henleins bei Ronald Smelser, Das Sudetenproblem (Anm. 28), S. 64 ff.

³⁵⁾ Zitiert bei Richard Breyer, Das Deutsche Reich und Polen (Anm. 9), S. 243.

³⁶⁾ Noch immer am gründlichsten: Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933—1938, Frankfurt/Main 1968.

Die „Deutschland-Berichte“ der Sopade

I. Alltagsgeschichte als methodisches Problem

Die historische Forschung in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den letzten Jahren stärker der „Geschichte von unten“ zugewendet. Diese sozialgeschichtliche Dimension wurde auch als Bereicherung für eine komplexere Analyse des deutschen Faschismus verstanden. Einige Thesen der Vertreter dieses Ansatzes seien kurz genannt: Die Nationalsozialismusforschung habe sich bisher fast durchweg eine Quelle von erheblicher Bedeutung entgehen lassen, meinte Peter Maser in einer Gedenkschrift für Erich Rinner, dem Herausgeber der „Deutschland-Berichte“ (= „Grüne Berichte“, Abk. DB) der Sopade (der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands)¹⁾. Lange Zeit habe sich die Quellenforschung auf Akten der Gestapo, der Gerichte sowie der Staats- und Parteilisten gestützt, jedoch die parteiliche Opposition gegen das Regime, wie sie in den „Deutschland-Berichten“ ausführlich dokumentiert wird, nicht oder nur mit großen Vorbehalten zur Kenntnis genommen²⁾. Erst allmählich — mit der schrittweisen Erweiterung eines Widerstandskonzeptes — finde auch der sozialdemokratische Widerstand die Beachtung, die er verdiene³⁾.

Zweierlei möchte ich dazu ausführen.

Erstens: Im Rahmen eines Konzepts der „Geschichte von unten“ richtet sich seit den siebziger Jahren das Augenmerk der Forschung über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus auf die zahlreichen unorganisierten, oft spontanen

Erscheinungsformen von nicht angepaßtem Verhalten, Protest und Opposition im Alltagsleben der Bevölkerung. Diese sozialgeschichtlich orientierte Gesellschaftsgeschichte führte zu neuen wertvollen Erkenntnissen und eröffnete anregende Perspektiven. Nicht nur die Richtung der Widerstandsforschung wurde von diesem Ansatz stark beeinflusst, sondern natürlich auch die Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung. Vor allem von jüngeren Historikern wurde versucht, die Geschichte der Arbeiterbewegung „von unten“ zu schreiben, unterhalb der Strukturen der Parteien, Gewerkschaften und staatlicher Politik. Aber die Orientierung aus der historischen Perspektive ins ‚Milieu‘ bzw. zu den sozialgeschichtlichen Quellen barg eine Gefahr: Ohne die Erarbeitung eines forschungsrelevanten Gesellschaftsbegriffs drohen die innovatorischen Vorstöße der vergangenen Jahre zu versanden. Der Zugewinn jener Arbeiten, die sich durch eine neue Sensibilität für sozialgeschichtliche Quellen und für die Möglichkeiten ihrer Ausweitung auszeichnen, darf nicht erkauft werden durch einen Theorie- und Politikverlust. Die Darlegung der unmittelbaren Lebenslage und der Alltagserfahrungen muß zugleich Moment einer gesamtgesellschaftlichen Analyse sein, die zur theoretischen Klärung drängt. Mit dem Ausbleiben einer tragfähigen Gesellschaftskonzeption wird nämlich zugleich die praktische Relevanz, die Rückwirkung auf die Gesellschaft, in Frage gestellt.

Zweitens: Die Widerstandsforschung hat vor allem unter Berücksichtigung der Geschichte der Arbeiterbewegung am Institut für Politikwissenschaft in Marburg eine besondere Tradition. Es ist das Verdienst Wolfgang Abendroths gewesen, die Forschungen auf diesem Gebiet vorangetrieben zu haben⁴⁾. Eine Vielzahl von Dissertationen und Veröffentlichungen sind zu dieser Problematik erschienen und haben für ihr Thema Zeitschriften, Zeitungen und anderes Quellenmaterial des Exils und der illegalen Arbeit — so auch die „Deutsch-

¹⁾ Die „Grünen Berichte“ der Sopade, Gedenkschrift für Erich Rinner (1902—1982), hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1980; hier: Peter Maser, Die „Deutschland-Berichte“ der Sopade, S. 125 ff.

²⁾ Ebd., S. 127.

³⁾ Vgl. Michael Voges, Politische Opposition als Organisationsprozeß gesellschaftlicher Erfahrung. Zum Widerstandskonzept der Sopade im Dritten Reich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/84. Zur Quellenkritik vgl. ders., Klassenkampf in der ‚Betriebsgemeinschaft‘. Die „Deutschland-Berichte“ der Sopade (1934—1940) als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich, Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 21/1981, S. 332 ff.; Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, hrsg. von Detlev Peukert und Jürgen Reulecke, Wuppertal 1981, hier: Ian Kershaw, Alltägliches und Außeralltägliches: ihre Bedeutung für die Volksmeinung 1933—1939, S. 273 ff.

⁴⁾ Siehe hierzu auch die kleine ‚Widerstandsbibliographie‘ des Instituts für Politikwissenschaft, Marburg.

land-Berichte“ — intensiv ausgewertet⁵⁾. Für diese Arbeiten kann weder Voges' Kritik gelten, *nur* ideen- und organisationsgeschichtlich ausgerichtet gewesen zu sein⁶⁾ — die Ideen- und Organisationsgeschichte wurde vielmehr immer im Zusammenhang mit der Realentwicklung der Partei(en)/Gewerkschaften, der Gesellschaft und des Staates analysiert —, noch die Ansicht Lehnerts, die Interpretation der sozialdemokratischen Neuordnungskonzeptionen stagnierten auf dem Informationsstand und Denkhorizont der fünfziger Jahre⁷⁾. Zuletzt belegte die Marburger Dissertation von Wolfgang Saggau⁸⁾, die sich mit „Faschismustheorien und antifaschistischen Strategien in der SPD“ befaßt, daß die Schwächen des SPD-Parteivorstandes im Kampf gegen den (aufkommenden) Faschismus in unmittelbarem Zusammenhang mit erheblichen Defiziten in der Analyse des Faschismus standen — trotz des umfangreichen Quellenmaterials, das über die Stimmungslage der Bevölkerung Auskunft gab.

Zwischen Darlegung der Stimmungsberichte und Analyse der politischen Situation traten in der Tat erhebliche Widersprüche auf, die im folgenden aufgezeigt werden sollen. Es waren Widersprüche, die die Sopade oft daran hinderten, die reale Lage des Faschismus zu analysieren, was sich konsequenterweise auf ihre antifaschistische Strategie auswirken mußte. Die „Deutschland-Berichte“ stellen insofern einen unschätzbaren Wert dar, als sie die Widersprüchlichkeiten des fachistischen Systems, die stabilisierenden und destabilisierenden Momente sozialer Integration in Politik, Wirtschaft und Ideologie aufzeigen. Diese Präzisierungen sollen belegen, daß die Veröffentlichung der DB (durch den Verlag Zweitausendundeins) zu einer Popularisierung der Geschichte der SPD während des Faschismus beigetragen hat und damit der wissenschaftlichen Analyse eine wichtige Quelle zugänglich gemacht wurde.

Die „politische Berichterstattung“ der Sopade wurde als „originellste und zugleich effektivste Form sozialdemokratischen Widerstands“⁹⁾ betrachtet. Die Sopade hoffte, damit die Massenbasis des Faschismus erschüttern zu können. „Der Welt die Wahrheit zu sagen und der Wahrheit einen Weg nach Deutschland hineinzusprennen“ und „das Regime geistig (zu) erschüttern und die Massen auf den Sturz des Regimes“¹⁰⁾ vorzubereiten, war ihre Hauptaufgabe.

Im folgenden soll der Zusammenhang zwischen politischer Berichterstattung und dem Widerstandskonzept hergestellt werden:

1. Inwieweit spiegelten die Deutschland-Berichte die wirkliche Lage in Deutschland wider, und ist der Versuch gelungen, eine „objektive und zuverlässige Tatsachendarstellung“ zu präsentieren?

2. Wie flossen die Berichte in die Widerstandskonzeption ein?

3. Welcher Charakter zeichnete die Widerstandskonzeption der Sopade aus?

Für Teilgebiete ist schon überprüft worden, ob das Bild, das die DB vom deutschen Faschismus entwarfen, der Realität entsprach, so die Berichterstattung der DB über den Kirchenkampf¹¹⁾ und die DB als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich¹²⁾. Im Zentrum der folgenden Untersuchung soll die Berichterstattung über das Bürgertum und ‚Handel und Gewerbe‘ stehen. Unter dem Begriff ‚Bürgertum‘ faßte der PV (= Parteivorstand — J. K.) ‚höhere Beamte‘, ‚Reichswehroffiziere‘, allgemein ‚die Mittelschichten‘, ‚kleine Unternehmer‘, aber auch Teile der ‚großen Industrie‘ zusammen¹³⁾.

Die Analyse geht davon aus, daß das Bürgertum (das, als politisch-ideologischer Begriff verstanden, das Gesamtinteresse der herrschenden Klasse ausdrückt) seine Vorstellungen über die Krisenlösung und die Abwehr des Sozialismus in den Jahren 1929 bis 1933 keineswegs von Anfang an

⁵⁾ Neben den Werken von Wolfgang Abendroth (siehe die Bibliographie in der IWK/1985): Jutta v. Freyberg, Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit, Köln 1973; Eva Gottschaldt, Antifaschismus und Widerstand. Der Kampf gegen den deutschen Faschismus 1933—1945. Ein Überblick, Heilbronn 1985; Bärbel Hebel-Kunze, SPD und Faschismus. Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1932—1935, Frankfurt 1977; Johannes Klotz, Das ‚kommende Deutschland‘. Vorstellungen und Konzeptionen des sozialdemokratischen Parteivorstands im Exil 1933—1945 zu Staat und Wirtschaft, Köln 1983; Kurt Kliem, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich. Dargestellt an der Gruppe ‚Neu Beginnen‘, Phil. Diss., Marburg 1957; Wolfgang Saggau, Faschismustheorien und antifaschistische Strategien in der SPD. Theoretische Einschätzungen des deutschen Faschismus und Widerstandskonzeptionen in der Endphase der Weimarer Republik und in der Emigration, Köln 1981.

⁶⁾ Michael Voges, Politische Opposition (Anm. 3), S. 15.

⁷⁾ Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, hrsg. von Jürgen Schmädke und Peter Steinbach, Berlin 1985, hier: Detlef Lehnert, Vom Widerstand zur Neuordnung? — Zukunftsperspektiven des demokratischen Sozialismus im Exil als Kontrastprogramm zur NS-Diktatur.

⁸⁾ Vgl. Anm. 5.

⁹⁾ Michael Voges, Politische Opposition (Anm. 3), S. 16.

¹⁰⁾ Peter Maser, Die „Deutschland-Berichte“ der Sopade (Anm. 1), S. 131.

¹¹⁾ Siehe die Gedenkschrift für Erich Rinner (Anm. 1).

¹²⁾ Siehe Anm. 3 (Michael Voges).

¹³⁾ Vgl. Wolfgang Saggau, Faschismustheorien, (Anm. 5), S. 523, FN 44.

einheitlich auf den Faschismus gerichtet hatte und daß die „Machtübernahme der Nationalsozialisten erst das Produkt eines komplizierten Kompromißprozesses zwischen verschiedenen konservativen und reaktionären Kraftlinien war“¹⁴). Letztlich erfolgte erst 1933 die politische Konzentration des Bürgertums auf der Basis des Faschismus. Aber: Ebenso entscheidend wie die „Unter-

nehmerstrategie zur wirtschaftlichen Krisenlösung auf dem Rücken der Arbeiter waren für die Wahl des faschistischen Weges diejenigen Prozesse in den sozialen Zwischenschichten, die breite Teile der Angestellten, Beamten, Gewerbetreibenden und Bauern aus ihren traditionellen politischen Bindungen lösten und der nationalsozialistischen Bewegung zuführten“¹⁵).

II. SPD und Faschismus

Wie wirkte sich der Machtantritt des Faschismus auf die SPD aus? Schon vor ihrem Verbot am 22. Juni 1933 war sie als Organisation praktisch zerfallen. Die faschistische Terrorwelle und die Politik des Abwartens und Stillhaltens durch den Parteivorstand hatten bereits im März und April 1933 zur Auflösung der organisatorischen Strukturen der Partei geführt. Das Parteileben erstarb größtenteils, weil die Mitglieder auf einen organisierten antifaschistischen Widerstand nicht vorbereitet waren. Nur ein kleiner Teil versuchte, den Zusammenhalt der Parteiorganisation durch private Kontakte oder über kulturelle Vereine und Klubs zu halten. Anfang Juni 1933 verlegte der Parteivorstand seinen Sitz von Saarbrücken, wo er schon eine Auslandszentrale eingerichtet hatte, nach Prag. Seine Anpassungspolitik war gescheitert¹⁶).

Bereits im Mai 1933 hatten SPD-Funktionäre aus Sachsen und Thüringen begonnen, von Karlsbad aus den Widerstand zu organisieren, ein System von Kontaktpersonen und Verbindungen aufzubauen. Die Sopade, wie die SPD sich in der Emigration jetzt nannte, bemühte sich um den Aufbau weiterer Grenzsekretariate nach dem Karlsbader Vorbild. Über dieses Netz erhielt sie Nachrichten aus Deutschland („Deutschland-Berichte“) und ließ umgekehrt Materialien der SPD-Führung an die illegalen Gruppen im Reich verteilen. Der Aufbau einer illegalen Funktionärsorganisation gelang allerdings nur in Ansätzen. Aber das „Büro“ (= Parteivorstand und Mitarbeiter) in Prag entfaltete eine rege publizistische Tätigkeit. Der Autoritätsverlust der Sopade-Führung konnte dadurch nicht aufgefangen werden. Vor allem jene sozialdemokratischen Gruppen und Organisationen kritisierten das Zurückweichen

vor der faschistischen Gefahr, die von sich aus begonnen hatten, antifaschistischen Widerstand zu leisten (Roter Stoßtrupp, Neu Beginnen, SAP u. a.). Die Sopade mußte letzten Endes auf die von der sozialdemokratischen Linken vorgebrachten Kritik inhaltlich reagieren. Im Januar 1934 veröffentlichte sie einen Aufruf, das „Prager Manifest“. Es enthielt zwar widersprüchliche und verschieden auslegbare Formulierungen¹⁷), aber auch Weisungen und Erkenntnisse für eine „selbständige, wirklich antifaschistische Arbeiterpolitik“¹⁸).

Die Absage an den Reformismus wurde verbunden mit einer Reihe von Sofortmaßnahmen nach dem Sturz des Faschismus, die den Gegner vollständig und auf Dauer entmachten sollten:

„Im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur gibt es keinen Kompromiß, ist für Reformismus und Legalität keine Stätte. Die sozialdemokratische Taktik ist allein durch das Ziel der Eroberung der Staatsmacht, ihrer Festigung und Behauptung zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft ...“ bestimmt.

„Die Zerschlagung des alten politischen Apparates muß gesichert werden gegen seine bisherigen gesellschaftlichen Träger. Das erfordert: sofortige entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes, Überführung der Forsten in Reichseigentum und Reichsverwaltung, Verwendung des Ackerlandes zur Schaffung lebensfähiger Bauernsiedlungen und genossenschaftlicher Betriebe von Landarbeitern mit ausreichender Förderung durch Staatsmittel. Übernahme der Reichsbank in

¹⁷) Vgl. Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917–1945, Autorenkollektiv unter Leitung von Heinz Niemann, S. 367; zur Problematik der Einschätzung des Prager Manifests vgl. insbesondere: Lienhard Schulz, Hilferdings Revolutionsprogramm: Das Prager Manifest von 1934. Innerparteiliche Bindungen der SPD und Gehalt des Prager Manifest, Diplomarbeit, Berlin 1976; Wolfgang Saggau, Faschismustheorien (Anm. 5), S. 230 ff., und Johannes Klotz, Das ‚kommende Deutschland‘ (Anm. 5), S. 65 ff.

¹⁸) Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, (Anm. 17), S. 367.

¹⁴) Bernd Brauckmüller, Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Bürgertum in der großen Krise (1928–1933), Hannover 1980, S. 8 f.

¹⁵) Detlev Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982, S. 37.

¹⁶) Vgl. Eva Gottschaldt, Antifaschismus und Widerstand (Anm. 5), S. 78 ff.

den Besitz und die Verwaltung des Reiches. Vergesellschaftung und Übernahme der Großbanken durch die vom Reich bestimmten Leitungen.“

Ein besonderer Abschnitt des Prager Manifestes war der „Einheit des revolutionären Sozialismus“ gewidmet:

„Die Differenzen in der Arbeiterbewegung werden vom Gegner selbst ausgelöscht. Die Gründe der Spaltung werden nichtig. Der Kampf zum Sturz der Diktatur kann nicht anders als revolutionär geführt werden. Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, ob Anhänger der zahlreichen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär. Die Führung der deutschen Sozialdemokratie weiß sich deshalb frei von jeder sektenhaften Abschließung und ist sich ihrer Mission bewußt, die Arbeiterklasse in einer politischen Partei des revolutionären Sozialismus zu vereinigen.“

Die Wirkung dieses Aufrufs, der in über 50 000facher Ausfertigung über die Grenze gebracht worden war, war unterschiedlich. Zahlreiche Sozialdemokraten fühlten sich bestätigt, und die illegale Tätigkeit bekam 1934 auf Grund dieses Manifestes erst „den richtigen Schwung“¹⁹⁾. In vielen illegalen sozialdemokratischen Gruppen und in Teilen der Emigration wurde allerdings bezweifelt, ob sich die Sopade vom Reformismus befreit hätte, der von jenen für das Scheitern verantwortlich gemacht wurde. Das „Prager Manifest“ erzielte jedenfalls Wirkungen über taktisch-organisatorische Überlegungen und Begrenzungen durch den Parteivorstand hinaus²⁰⁾. Das grundsätzliche Bekenntnis zur Einheit der Arbeiterklasse und auch die organisatorische Vereinigung der verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung wären die Grundlage für die Ausarbeitung einer gemeinsamen antifaschistischen Strategie und Praxis gewesen.

Die Kontakte zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstandskämpfern in Deutschland verbesserten sich trotz der — nur wenige Monate nach der Veröffentlichung des Manifests und der darin geforderten Aktionseinheit — ablehnenden Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung in Prag. Die Dokumente belegen, daß die Frage der Einheits- und Volksfront zwischen 1934 und 1936 eine bedeutende Rolle im antifaschistischen Kampf spielte, sowohl in der Emigration als auch im faschistischen Deutschland selbst²¹⁾. Die Sopade arbeitete jedoch allen

Versuchen, eine antifaschistische Volksfrontbewegung ins Leben zu rufen, entgegen. Linke Sozialdemokraten machten der politischen Berichterstattung den Vorwurf, gemeinsame Aktivitäten zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Deutschland auszufiltern²²⁾.

In einer Denkschrift der Revolutionären Sozialisten, eines Arbeitskreises von linken Sozialdemokraten innerhalb der Sopade, hatte „eine kritische Überprüfung der ‚Grünen Berichte‘ der Sopade mit den Erfahrungen der eigenen Berichterstattung und denen anderer Emigranten ... zu der Einschätzung geführt, daß einmal die Sopade-Mitarbeiter im Reich selbst zu wenig Kontakt mit der illegalen Bewegung hätten, zum anderen finanziell an die Sopade gebunden wären. Deshalb seien ihre Berichte als Ausdruck des Bemühens zu interpretieren, in Deutschland das zu sehen, was ‚dem Wunschbild des PV entsprach. Der PV hatte diese Tendenz kräftig unterstützt, indem er in seinen Publikationen die kritischen Berichte fast restlos ausmerzte und nur die ihm günstig gestimmten Berichte brachte ...‘. Dort aber, wo durch die Vorbereitungen auf die Illegalität ein gut funktionierendes Nachrichtensystem aufgebaut worden sei, wie z. B. durch das Karlsbader Grenzsekretariat, dort, wo ‚ungeschminkte Darstellungen über die wirkliche Situation in Deutschland gegeben‘ würden, seien die ‚Prager Illusionen‘ am härtesten mit der Wirklichkeit zusammengestoßen. Um ungestört ihre Illusionspolitik weiter betreiben zu können, habe schließlich die Sopade auch das Karlsbader Grenzsekretariat zu liquidieren versucht, bzw. seinen Leiter durch einen ihr ergebenen Funktionär ersetzt.“²³⁾

Die politisch-ideologischen Traditionen und Bindungen an die sozialdemokratische Parteiführung erwiesen sich im Zusammenwirken mit der Entfernung vieler illegaler Widerstandskader stärker als das Wirken jener sozialdemokratischen Gruppierungen, welche die Autorität des Parteivorstandes bezweifelten, den politischen Kampf gegen den deutschen Faschismus anführen zu können. Deshalb konnten auch Versuche der Sopade erfolgreich sein, im weiteren Verlauf der Entwicklung des Widerstandskampfes getroffene Abkommen oder die Zusammenarbeit zwischen Sozialde-

¹⁹⁾ Ebd.

²⁰⁾ Vgl. Eva Gottschaldt, Antifaschismus und Widerstand (Anm. 5), S. 94.

²¹⁾ Vgl. Wolfgang Saggau, Faschismustheorien (Anm. 5), S. 325 ff.

²²⁾ Vgl. Erich Matthias, Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, ergänzt durch andere Überlieferungen, bearbeitet von Werner Link, Düsseldorf 1968, Dok. 18, S. 259, und Dok 19, S. 264.

²³⁾ Jutta v. Freyberg, Sozialdemokraten und Kommunisten (Anm. 5), S. 94 f.; alle Zitate entstammen der „Denkschrift der Parteivorstandsminderheit über die dauernde Verletzung der Parteidemokratie durch das Büro der Sopade-Prag“.

mokraten und Kommunisten wieder aufzukündigen. Die Kritik an der risikoreichen und opferbereiten illegalen Tätigkeit der Kommunisten tat ein übriges. Die politisch-ideologischen Bewußtseinsstrukturen in der SPD/Sopade wirkten insofern retardierend, wie die Bewegung die Vorlage eines politischen Widerstandskonzeptes durch ihre Führung erwartete, ohne selbst die Möglichkeit zu haben bzw. zu erringen, darauf Einfluß zu nehmen. Hier wird die große Verantwortung sichtbar, die eine politische Führung übernimmt, wenn sie vom Ausland aus den politischen Kampf anleiten muß.

Wesentlich bestimmt wurden Form und Inhalt des von der Sopade-Führung organisierten antifaschistischen Kampfes durch die rege publizistische Tätigkeit über ein System von Kontaktpersonen und Verbindungen, aber auch durch die antikommunistische Grundeinstellung, mit welcher der politisch-ideologische Kampf geführt wurde. Dieser wurde determiniert durch die Einschätzung des Charakters des faschistischen Regimes, seiner weiteren Entwicklung und den Möglichkeiten, es zu stürzen, nachdem alle anfänglichen Hoffnungen auf einen baldigen Zusammenbruch obsolet geworden waren. Das Material hierfür lieferten vor allem die „Deutschland-Berichte“.

Bezüglich der Einschätzung des Faschismus in Deutschland dominierte zwischen 1934 und 1939 die Auffassung, es handle sich um einen ‚totalen Staat‘, „in dem die Ausweitung der Macht der Staatsorgane zum Selbstzweck geworden sei und die Politik das Schicksal der Wirtschaft bestimme. Der Faschismus war demnach keine Form der kapitalistischen Herrschaft, und die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des faschistischen Staates standen im Widerspruch zu den eigentlichen Entwicklungsgesetzen der Ökonomie.“²⁴⁾ Diese schon von der SPD in der Weimarer Republik mehrheitlich angenommene Trennung von Politik und Ökonomie widerspiegelte sich natürlich auch im Bewußtsein der Arbeiterklasse und wirkte sich auf Form und Inhalt des antifaschistischen Kampfes aus. Die „neue“ Form des Klassenkampfes in der ‚Betriebsgemeinschaft‘, so Voges, sei geprägt durch die „verbreitete Kombination von Widerstand im Betrieb und politischer Indifferenz oder gar nationalsozialistischer Einstellung“²⁵⁾.

Umgekehrt richtete sich die antifaschistische Propaganda der Sopade vorwiegend gegen die Träger der staatlichen Machtpolitik, wobei die ökonomische Basis des Faschismus ausgeblendet blieb.

²⁴⁾ Eva Gottschaldt, Antifaschismus und Widerstand (Anm. 5), S. 98.

²⁵⁾ Michael Voges, Klassenkampf in der ‚Betriebsgemeinschaft‘ (Anm. 3), S. 330.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der faschistischen Führung konnten deshalb auch nicht in den Zusammenhang von Machtkämpfen zwischen politischen Repräsentanten verschiedener Kapitalfraktionen gebracht werden, die ihre jeweiligen besonderen Interessen durch die staatliche Wirtschaftspolitik gewahrt wissen wollten. Auseinandersetzungen im faschistischen Staatsapparat wie in der Partei — zwischen Reichswehr und SA und der blutigen Liquidierung der Führer letzterer im Juni 1934 — interpretierte die Sopade noch als Zeichen des baldigen Zusammenbruchs. Der Ausgang des Konflikts zwischen Reichswehr und SA ließ den sozialdemokratischen Parteivorstand auf einen Umsturz durch die Reichswehr hoffen²⁶⁾. Spätestens mit der Vereidigung der Reichswehr auf Adolf Hitler am 2. August 1934 erwiesen sich die Hoffnungen auf die Reichswehr jedoch als Trugbild. Jetzt versuchte die Sopade mehr und mehr, für die bürgerliche Opposition bündnisfähig zu werden, was mit schärferen Abgrenzungen des Emigrationsvorstandes gegenüber den opponierenden sozialdemokratischen Gruppen und vor allem gegenüber den Kommunisten korrespondierte, wenn auch 1935 noch einmal Verhandlungen mit den Kommunisten geführt wurden, bei denen jedoch schon vorher das Scheitern feststand²⁷⁾. Die Hoffnungen auf das Bürgertum pflegte die Sopade auch noch in der Folgezeit, als sie ihren Sitz von Prag nach Paris verlegen mußte (1938), weil Hitler nach dem Münchner Abkommen die Tschechoslowakei okkupierte. Die weitgehende Ausschaltung sozialdemokratischer und kommunistischer Widerstandsgruppen Mitte der dreißiger Jahre entband den Emigrationsvorstand davon, „sich durch verbale Bekenntnisse zur Einheit der Arbeiterbewegung oder durch Rückgriffe auf die marxistische Theorie . . . zu legitimieren“²⁸⁾. Die politische Berichterstattung des Parteivorstandes war in ein politisch-ideologisches Gesamtkonzept eingeordnet, das die angeblich wachsende Opposition bestimmter Kreise des Bürgertums im faschistischen Deutschland für das Ziel einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie nach dem Sturz der Hitlerdiktatur gewinnen wollte. Zur Klarstellung dieser Position brachte der Sopade-PV im Neuen Vorwärts am 30. Januar 1936 — also zwei Jahre nach der Veröffentlichung des Prager Manifestes — den Aufruf „Für Deutschland — gegen Hitler!“

Die im Frühjahr 1939 in Paris veröffentlichte Schrift Curt Geyers „Die Partei der Freiheit“ war im Auftrag des sozialdemokratischen Parteivor-

²⁶⁾ Vgl. Eva Gottschaldt, Antifaschismus und Widerstand (Anm. 5), S. 98 f.

²⁷⁾ Ebd., S. 59.

²⁸⁾ Ebd., S. 100.

standes verfaßt worden. Mit ihr wurden wichtige Grundlagen zur Schaffung einer neuen weltanschaulichen Begründung des Sozialismus, der des demokratischen Sozialismus, der Öffentlichkeit vorgelegt. Darin enthalten war die konzeptionelle Entwicklung einer umfassenden Struktur des ‚kommenden Deutschlands‘ nach dem Sturz des Faschismus. Es wurde der Anspruch formuliert, daß die deutsche Sozialdemokratie unter Führung einer bestimmten Fraktion erneuert werden müsse. Nicht mehr der Klassenkampf, sondern die Idee der Freiheit sei die Triebfeder der gesellschaftlichen Entwicklung. Eine wesent-

liche Bedingung zur Konkretisierung der Vorstellungen über die politische Strategie des Übergangs zum Sozialismus fehlte noch: die organisatorische Einheit der Sozialdemokratie. Sie wäre Ausdruck einer ideologischen Annäherung. Dieser politisch-ideologische und organisatorische Entwicklungsprozeß begann 1942 mit der Gründung der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“, in der sich SPD, SAP (= Sozialistische Arbeiterpartei), ISK (= Internationaler Sozialistischer Kampfbund) und Neu Beginnen zusammenschlossen.

III. Die Stimmungslage des Kleinbürgertums und Bürgertums, dokumentiert in den „Deutschland-Berichten“

Welche Belege für die geschilderten Entwicklungslinien der Sopade finden wir in den „Deutschland-Berichten“? Wie wird die allgemeine Stimmungslage charakterisiert und welche Schlüsse werden daraus gezogen? Wie entwickelten sich Motive, Intentionen und Interessen der faschistischen Bewegung, dargestellt an ‚Handel und Gewerbe‘, und wie diejenigen des Bürgertums an den Brennpunkten der sozialen, politischen und ökonomischen Auseinandersetzungen? Welchen Realitätsgehalt weisen diese Berichte auf? Und welche politischen Interpretationen und Schlüsse zieht die Sopade daraus?

Die Berichterstatter der DB berichten Anfang 1934 von einem allgemeinen Stimmungsumschwung, vom „Abbröckeln“ der Massengrundlage des NS-Regimes. Gleichzeitig aber wird gemahnt, „jenseits von Optimismus und Pessimismus festzustellen, welche wesentliche Schwächung das Regime erfahren hat und auf welche Kräfte es sich noch stützen kann“²⁹⁾. Darin drückt sich der Versuch aus, verschiedene herrschaftsstabilisierende und -destabilisierende Faktoren gegeneinanderzustellen und politisch-interpretierend zu gewichten³⁰⁾. Konzentrieren wir uns zunächst auf die Ereignisse des 30. Juni 1934, deren politische Bewertung und sozialpsychologische Hintergründe.

Die Gesamteinschätzung der Lage des faschistischen Systems geht davon aus, „daß die Nazis nicht in der Lage sind, die *wirklichen* Machtpositionen zu besetzen und den Staat auf die Dauer wirklich zu beherrschen“³¹⁾. Als wirkliche Macht

wird die Gesamtheit von äußerer Macht, die noch in den Händen der Nazis liege, und innerer Macht, die immer mehr auf die alten Kräfte der Bürokratie, der Wirtschaft, des Feudalismus übergehe, verstanden³²⁾. Konsequenterweise sieht man das Kleinbürgertum nicht nur als sozialen Träger der „nationalsozialistischen Revolte“, sondern ordnet ihm darüber hinaus die politische Funktion zu, „die große Bourgeoisie“ eine Zeitlang zurückgedrängt zu haben³³⁾. Es wird im technizistischen Sinne einfach der „Unfähigkeit der braunen Repräsentanten dieses Kleinbürgertums“ zugeschrieben, daß die Wirtschaft nicht floriere³⁴⁾. Was aber hält dennoch die faschistische Herrschaft aufrecht? Neben dem Propagandaapparat und einer großen faschistischen Klientel wird die Schwäche des Gegners (also der Arbeiterbewegung) als Stärke des Regimes genannt³⁵⁾. Die ideologische Schwäche der Gegner rühre daher, daß die Unzufriedenheit der großen Masse aus engen persönlichen und wirtschaftlichen Interessen entspringe. Insbesondere gelte das für den Mittelstand und das Bauerntum. Das faschistische System versuchte aber nicht nur durch Propagandaschlachten (wie z. B. „Arbeitsschlachten“, „Kraft durch Freude“ usw.) die notwendige Akklamation zu erhalten, um die nicht befriedigten elementaren Bedürfnisse zu überdecken, sondern auch, indem es sich innenpolitisch als Ordnungsfaktor präsentierte und dem Ruf nach Ordnung in ‚eindrucksvoller‘ Weise nachkam.

Der Führermythos spielte in der Bewertung der Ereignisse des 30. Juni 1934 eine bedeutende Rolle. Die „Deutschland-Berichte“ dokumentie-

²⁹⁾ DB, Mai/Juni 1934, S. 165.

³⁰⁾ Vgl. Wolfgang Saggau, Faschismustheorien, (Anm. 5), S. 301.

³¹⁾ Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) (fortan zitiert als DB) 1934—1940, Frankfurt 1982⁶.

³²⁾ Vgl. ebd.

³³⁾ Ebd., S. 168.

³⁴⁾ Vgl. ebd.

³⁵⁾ DB, Mai/Juni 1934, S. 171.

ren und interpretieren diese Vorgänge: „Nach der Mehrzahl der Meldungen scheint festzustehen, daß die Popularität Hitlers bei der großen Masse unter den Ereignissen kaum gelitten hat, sondern in manchen Kreisen vielleicht noch gestiegen ist... Auf den ersten Blick mußte es weiter so aussehen, als ob durch die reihenweise Umlegung politischer Gegner ohne jedes richterliche Verfahren das Rechtsempfinden des Volkes aufs tiefste getroffen sein mußte. Auch das ist einstweilen nicht eingetreten... Daß diese Führer diese brutale Offenheit wagen können, erscheint nicht so verwunderlich, wenn man bedenkt, daß das Rechtsempfinden des Volkes durch die Ereignisse der letzten Jahre systematisch untergraben worden ist und daß auch schon vorher das Volk immer starke Sympathien für möglichst „kurzen Prozeß“ und harte Strafen gehabt hat.“³⁶⁾

Die politische Interpretation wertet den 30. Juni 1934 als weitere Machtverschiebung, indem die Reichswehr sich innerhalb des Staatsapparates durchgesetzt habe. Die Machtverschiebungen resultierten aus divergierenden Interessen der rivalisierenden Machtgruppen. Diese Annahme von Machtverschiebungen innerhalb des faschistischen Herrschaftssystems durchzieht das Faschismusbild der Sopade während der gesamten Dauer der NS-Diktatur und legt die Interpretation nahe, daß es sich in keiner Phase um ein stabiles System gehandelt habe. Die instrumentelle Sichtweise der Sopade wird dabei deutlich: Die herrschenden Kräfte ringen um die Besetzung von Machtpositionen im Staat, der weder ein Gesamtinteresse zu wahren hat noch irgendeinen sozialen Charakter besitzt.

In der Tendenz vollziehe sich „die Umwandlung der faschistischen Diktatur der NSDAP, der ‚despotischen‘ Staatsgewalt, hin zu einer Diktatur des ‚Großkapitals‘ und/oder des Militärs, eine Interpretation also, die die Annahme einer sukzessiv voranschreitenden bzw. völligen Isolierung und Ausschaltung der faschistischen Machthaber aus dem Staatsapparat beinhaltet“³⁷⁾. In gleicher Weise werden die Verabschiedung bestimmter Gesetze und personelle Veränderungen im Staatsapparat gewertet. Für die antifaschistische Orientierung hatte dies fatale Folgen: „Die Entwicklung ist für das geistige Wiedererstarken des Sozialismus in Deutschland nicht ungünstig... Der Kampf gegen diese (faschistische — J. K.) Macht-Ideologie wird die Sozialisten in Deutschland vor ihre entscheidende Aufgabe stellen. Es ist der Kampf um die Umgestaltung des deutschen National-Charakters, der der eigentliche Inhalt der

sozialistischen Revolution ist. Und die Entwicklung wird noch in anderer Beziehung für uns arbeiten... Die kämpferische Haltung geht (von der nationalsozialistischen Bewegung — J. K.) über auf die Opposition, auf die erneuerte sozialistische Bewegung und verschafft ihr damit eine unermeßliche Anziehungskraft auf alle, die den Kampf um die Bewegung wollen.“³⁸⁾ Aber in den DB wird auch davon ausgegangen, daß der Sturz des faschistischen Systems den alten Machtträgern (Wirtschaft, Reichswehr, Bürokratie) solange nicht opportun scheint, wie es eine Massenbasis habe.

Die Forschung hat anschaulich die Prozesse in der Spätphase der Weimarer Republik analysiert, die breite Teile der Angestellten, Beamten, Gewerbetreibenden und Bauern aus ihren traditionellen Bindungen lösten und zwischen 1930 und 1933 zur breiten Massenbasis der NSDAP werden ließen³⁹⁾. Diese Massenbewegung war der Favorisierung der NSDAP durch eine größere Anzahl von Unternehmern und zuletzt fast der gesamten sozialen Oberschicht vorausgegangen. Der Entwicklung der sozialen Basis des deutschen Faschismus gilt somit ein Hauptaugenmerk.

In den DB wird davon berichtet, daß neben den Bauern vor allem die Kleinhändler und Kleingewerbetreibenden diejenigen Schichten waren, die nach 1933 „am stärksten mit Mißstimmung gegen das Regime“⁴⁰⁾ reagierten. Es heißt dort weiter: „Die Nationalsozialisten haben keines der Versprechen gehalten, mit denen sie die Gunst der Kleingewerbetreibenden geködert hatten: Warenhäuser und Konsumvereine werden mit staatlichen Krediten weitergeführt, die Steuern werden schärfer denn je eingetrieben und die Belastung wird durch die Spendenwirtschaft noch außerordentlich verschärft. Aber darüber hinaus hat die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik den Kleinhändler geradezu als Prellbock benutzt: Die nationalsozialistische Agrarpolitik, die Arbeitsschlacht und die Kartell-Hochflut bewirkten ein Steigen der Preise. Der Kleinhandel aber wurde gezwungen, seine Handelsspanne in vielen Fällen zu verkleinern. Als trotzdem auch die Preise im Kleinhandel stiegen, wurden die Kleinhändler zu Sündenböcken gemacht, ihre Geschäfte polizeilich geschlossen und Strafexpeditionen der ‚empörten Volksgenossen‘ inszeniert... Eine besondere Ursache der Mißstimmung sind schließ-

³⁶⁾ DB, Juni/Juli 1934, S. 249.

³⁷⁾ Wolfgang Saggau, Faschismustheorien (Anm. 5), S. 305 f.

³⁸⁾ DB, Juli/August 1934, S. 365.

³⁹⁾ Zur Kennzeichnung der Forschungslage vgl. u. a.: Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975¹, und ders., Faschismustheorien. Texte zur Faschismuskritik 2, Hamburg 1979.

⁴⁰⁾ DB, Nov./Dez. 1934, S. 744

lich noch die Zwangsinnungen, die hohe Beiträge erheben und nichts für die Mitglieder herausholen, die Strafen für Nichtbesuch von Versammlungen eingeführt haben usw.“⁴¹⁾

Diese Mißstimmung und Enttäuschung unter den Kleingewerbetreibenden hatte jedoch keine *politischen* Gründe gehabt, sondern sie war ein Reflex materieller Sorgen und Nöte, der dann ökonomisch und sozial, aber insbesondere sozialpsychologisch vom faschistischen System ausgeglichen wurde. Denn zwischen 1933 und 1935 wurden wichtige ökonomische und soziale Forderungen des Handwerks erfüllt⁴²⁾, auch wenn sie „zwar nicht die erhofften Reservatrechte zugesprochen erhielten, die sie als ganzen Stand gegen die Entwicklungsprozesse der modernen Industriegesellschaft abgegrenzt hätten, daß aber doch wichtige Einzelforderungen erfüllt wurden, und daß sie am rüstungsinduzierten Wirtschaftsaufschwung zumindest teilweise mitprofitierten“⁴³⁾. Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich im Handel, wenn auch die versprochene Auflösung der Konsumgenossenschaften und Warenhäuser zugunsten des Einzelhandels nicht erfolgt war⁴⁴⁾. Neben einer partiellen Erfüllungspolitik des faschistischen Regimes zog die Wirtschaftspolitik materielle Belastungen für den Handel und das Gewerbe nach sich: Durch die Einführung des „Neuen Plans“ im September 1934 verschärfte sich die wirtschaftliche Lage gegen Ende 1935 (Mißernte 1935) vor allem auf dem Ernährungssektor, weil versucht wurde, den Rohstoff- und Devisenmangel durch Einschränkung der Lebensmittelexporte zu kompensieren⁴⁵⁾.

Die Aufrüstungs- und Wirtschaftspolitik hatte eine erhebliche Anspannung der sozialen Zwischenschichten und der Arbeiterklasse zur Folge. Innerhalb der herrschenden Klasse brachen heftige Kontroversen aus — sowohl über den Weg, der die Kriegsrüstung vorantreiben sollte, als auch darüber, wie eine Verschlechterung der Versorgungssituation verhindert oder aufgefangen werden konnte. Denn diese hätte auf Dauer zu Unruhen und Widerständen in weiten Teilen der Bevölkerung geführt. Wie konnten diese Widersprüche ausgeglichen und/oder in Zustimmung verwandelt werden? Die Zustimmung der Bevölkerung war auch abhängig davon, inwieweit „das Regime in immer neuen tatsächlichen oder vorgezeichneten Erfolgen seine Fähigkeit suggerieren

konnte, elementare alltägliche Bedürfnisse nach Sicherheit, Aufstieg und sinnvoller Lebensperspektive“ zu erfüllen. „Sein Anfangskapital bestand darin, daß die Weimarer Republik zwischen Weltkriegsniederlage, Inflation und Weltwirtschaftskrise eine tiefgreifende Verunsicherung geschaffen hatte, die viele Deutsche auch nach Scheinlösungen dankbar greifen ließ. Nur durch eine immer hektischere Jagd nach immer neuen realen oder scheinbaren Erfolgen ließ sich der charismatische Führermythos gegen die Desillusionierung durch alltägliche Erfahrungen behaupten.“⁴⁶⁾

Die Zustimmung konnte aber nur aufgrund der konkreten psychischen und ideologischen Dispositionen dieser sozialen Zwischenschichten überhaupt erst greifen, denn für sie waren es ja keine Scheinlösungen, sondern für sie bedeutete der Schein die wirkliche Lösung. Um so widersprüchlicher und wenig realistisch sind die DB, wenn sie fortwährend von einem Zerbröckeln der faschistischen Massenbasis berichten⁴⁷⁾, ja gerade dies zum Kern antifaschistischer Propaganda und den anderen Publikationsorganen der Sopade wurde⁴⁸⁾. Systemstabilisierende Erfolge der faschistischen Diktatur wie die Saarabstimmung werden zwar aufgeführt, aber geringer eingeschätzt als die Bewegung in der Opposition, die „sich durch solche Aufwallungen der Volksstimmung nicht mehr beirren“ ließe⁴⁹⁾. Und diese „Opposition“ werde durch all jene bestimmt, die „unzufrieden“ seien. Der *organisierten* Opposition sei es lediglich noch nicht gelungen, „dem Volke Vorstellungen darüber zu vermitteln, was nach Hitler kommen, welche Neuordnung der Dinge das Regime ablösen könnte“⁵⁰⁾. Ein Schwerpunkt der politischen Arbeit der Sopade war es deshalb, diese Neuordnungsdiskussion verstärkt zu führen, denn von den Zielen her (z. B. Ausschaltung der Kommunisten) wurde ganz wesentlich der praktisch-politische Kampf gegen den Faschismus mitbestimmt⁵¹⁾. Daß diese Vorstellungen, was nach Hitler komme, nicht vorhanden seien, stelle die „eigentliche, negative Massengrundlage des Regimes“ dar⁵²⁾.

Nachdem sich erwiesen hatte, daß mit einem baldigen Zusammenbruch der Diktatur nicht mehr zu rechnen sei — die Massenbasis hatte sich trotz aller Irritationen als relativ stabil erwiesen —, er-

41) Ebd., S. 745.

42) Vgl. Detlev Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde (Anm. 15), S. 105 ff.

43) Ebd., S. 107.

44) Ebd., S. 108; DB, April 1935, S. 453.

45) Vgl. Wolfgang Saggau, Faschismustheorien (Anm. 5), S. 313 f.

46) Detlev Peukert, Volksgenossen (Anm. 5), S. 88.

47) Vgl. DB, Januar 1935, S. 135.

48) Vgl. Wolfgang Saggau, Faschismustheorien (Anm. 5), S. 301 ff.

49) DB, Januar 1935, S. 136.

50) Ebd., S. 139.

51) Vgl. Johannes Klotz, Das ‚kommende Deutschland‘ (Anm. 5), S. 128 ff.

52) DB, Januar 1935, S. 139.

wartete man nun die etappenweise Umformung des politischen Systems und setzte auf das breite Band der organisierten Opposition⁵³). Hier liegt offensichtlich eine erhebliche Diskrepanz vor zwischen der Schilderung der realen Lage der sozialen Zwischenschichten wie der gesamten Bevölkerung und ihrer politisch-prognostischen Bewertung in den „Berichten“.

Bevor die Sopade es wagen konnte, in der öffentlichen Diskussion auf die Möglichkeit einer Kooperation mit den „oppositionellen alten Kräften“ im Kampf gegen Hitler zu setzen, deuteten schon vorher private Schriftwechsel Hoffnungen auf diese Form des antifaschistischen Bündnisses an⁵⁴): „Bereits im Mai 1934 verhandelten Delegierte des Prager PV mit Vertretern Schleichers, Klauseners und Gregor Strassers in Kopenhagen über die Unterstützung einer Militärdiktatur in Deutschland. Im Februar 1935 folgten in London Verhandlungen mit Brüning und Treviranus „über ein konservativ-militärisches Übergangsregime“. Ferner lassen sich intensive Kontakte zwischen Sopade-Delegierten — insbesondere Sollmann — und der Organisation Otto Strassers („Schwarze Front“) ab 1935 nachweisen.“⁵⁵)

In weiten Teilen der Emigration und z. T. auch im Widerstand wurde die reale Lage dagegen völlig anders eingeschätzt und vor den bündnispolitischen Konsequenzen im Kampf gegen den Faschismus gewarnt⁵⁶). Die Überbewertung von Machtverschiebungen innerhalb des faschistischen Systems und die Vernachlässigung systemstabilisierender Faktoren — obwohl gerade jene auch in den „Berichten“ beeindruckend dokumentiert sind — durch die Sopade hat Wolfgang Saggau für die forcierte Aufrüstungsphase 1936—1939 nachgezeichnet⁵⁷).

Vor dem Hintergrund, daß die Sopade bereits erste Oppositionsbewegungen selbst bei jenen ausmachte, die 1933 Hitler unterstützt hatten, stellt sich die Frage, wie sich die Haltung des Bürgertums in der Darstellung der „Deutschland-Berichte“ entwickelte. Ein „Querschnitt durch das Bürgertum“ wird erstmals im Juni 1935 von einem soziologisch dazu gehörenden Berichterstatter gegeben: „Beim Bürgertum ist festzustellen, daß die bis Mitte 1934 vorherrschende Faszinierung durch die Hitlerbegeisterung vorüber ist ... Am ehesten sind noch größere Unternehmer zufrieden, weil ihnen die Rüstungskonjunktur erhebliche Gewinne abwirft und weil sie im Betriebe ihre Ruhe

vor den Gewerkschaften haben und die Arbeiterschaft alles hinnehmen muß. Denn an den größeren Betrieb traut sich die Arbeitsfront nicht heran. Anders ist es schon im Mittelbetrieb und bei den Kleineren. Auf ihnen lastet die ganze Unsicherheit der Wirtschafts- und Finanzgesetzgebung, sie werden mit Beiträgen aller Art überhäuft. Der Kleinhandel, das Handwerk und das Kleingewerbe, einst die hoffnungsvollste Gefolgschaft und die Wegbereiter Hitlers, sind heute wohl die am tiefsten Enttäuschten, weil alle ihnen gegebenen Versprechen nicht gehalten wurden. Bei dem höheren Beamtentum und großen Teilen des intellektuellen Bürgertums kommt noch hinzu, daß sie durch die nationalsozialistische Beamtenpolitik abgestoßen werden.“⁵⁸) Auch hier wird nicht nach den Faktoren, Dispositionen und Traditionen gefragt, die die angebliche oder wirkliche Gegnerschaft daran hinderte, politisch aktiv zu werden oder Gleichgültigkeit hervorrief, auch wird nicht die These des Berichterstatters hinterfragt, wonach vom Bürgertum „ebensowenig wie 1918 ein ernstlicher Widerstand gegen einen neuen Umsturz zu erwarten“ sei⁵⁹). Zwei Monate später, im August 1935, heißt es sogar: Weite Schichten des Bürgertums stünden in Opposition zum Regime und darüber hinaus an der Seite der Arbeiterschaft (!)⁶⁰).

Wenngleich von den Möglichkeiten des NS-Regimes berichtet wird, z. B. durch außenpolitische Entlastungsoffensiven eine Wendung der Volkstimmung zugunsten des Systems zu erzielen, oder auch die Technik der Massenbeherrschung hervorgehoben wird, womit selbst die kleinste gesellschaftliche Regelung erfaßt und darauf reagiert werden könne, dominiert dennoch die Hoffnung auf einen Umwandlungsprozeß. Diese Widersprüchlichkeiten, die häufig in den „Berichten“ anzutreffen sind, werden in der politischen Arbeit der Sopade jedoch eingeebnet und den politisch-ideologischen Vorstellungen untergeordnet, und zwar unter einem erheblichen Verlust an Realitätssinn: Das Bürgertum wird nunmehr antifaschistisch. Die DB nähren diese Tendenzen: „Es gibt heute in weiten bürgerlichen Kreisen keinen Zweifel mehr darüber, daß Grund und Boden, Kohle und Stahl genau wie die Verkehrsmittel und die Großbanken in die Hände des Staates gehören. Solchen Lösungen würde man sich nicht nur nicht entziehen, man würde sie sogar begrüßen, wenn zugleich gewisse persönliche Freiheiten, die nun einmal das Leben erst lebenswert machen und erträglich, gewährleistet würden. Ein sozialistischer Staat mit demokratischen Freiheiten

⁵³) Vgl. ebd.

⁵⁴) Vgl. Wolfgang Saggau, Faschismustheorien (Anm. 5), S. 308.

⁵⁵) Ebd.

⁵⁶) Vgl. ebd., S. 308 f.

⁵⁷) Vgl. ebd., S. 312 ff.

⁵⁸) DB, Juni 1935, S. 653.

⁵⁹) Ebd.

⁶⁰) DB, August 1935, S. 905.

würde heute, wenn er großzügig propagiert würde, weitesten Anklang und Widerhall finden.“⁶¹⁾

Welche Gründe gab es für die Kritik oder Mißstimmung innerhalb der bourgeois Schichten während der Phase der forcierten Aufrüstung und insbesondere nach der Verabschiedung des „Vierjahresplans“ im Herbst 1936? Von den mittleren und größeren Unternehmern wird die Rüstungskonjunktur, die enorme Profite abwarf, zwar begrüßt, aber es werden auch Bedenken geäußert: „Allgemein wird über den . . . guten, teilweise sehr starken Geschäftsgang in dem Sinne gesprochen: ‚Ja, aber wofür ist das? Wer weiß, wie lange diese unnatürliche Belegung anhält? Und wer weiß, was danach kommt? Man denkt hier natürlich an den Krieg, man nützt die Konjunktur aus, so gut man kann, wobei man allerdings über viel zu geringen Verdienst klagt, ‚so daß es sich bald überhaupt nicht mehr lohnt zu arbeiten.‘“⁶²⁾ Mit Realitätssinn für die konjunkturelle Entwicklung fürchteten diese Kreise den Ausbruch einer schweren Wirtschaftskrise — sofern der Krieg ihr nicht zuvorkäme. So wirkte sich die explosionsartige Steigerung der Gewinne aus der Rüstungsproduktion für bestimmte Schichten des großen Kapitals sehr positiv aus, andererseits hemmte sie diejenigen Bereiche der Wirtschaft, die unter dem Mangel an Rohstoffen litten oder von ihrer Exportorientierung abhängig waren.

Beeindruckend sind hier die „Berichte“ insofern, als sie belegen, daß in dieser Phase die explosionsartigen Gewinne der mit der Kriegs- und Rüstungsindustrie verbundenen Wirtschaftsbereiche auf Kosten der Gewinne anderer Industriebranchen gingen: „Der Generaldirektor eines . . . Werkes machte bei einem Auslandsbesuch seinem Herzen mit folgendem Stoßseufzer Luft: . . . Kaum noch Rohstoffe. Wir arbeiten von einer Tasche in die andere. Den Arbeitern müssen wir faulen Zauber vorflunkern . . . Unser Betrieb ist längst illiquid. Aber es wird weitergewurstelt. Es geht alles in die Brüche, wenn nicht bald Rettung kommt. Das ganze ist eine Bankrottwirtschaft, die kaum noch zu übertreffen ist.“⁶³⁾

Der NS-Staat griff regelnd in die Produktion ein, um sie völlig auf die Vorbereitung des Krieges zu konzentrieren. Einschwörungsformeln und Führermythos wirkten jedoch auch in den Kreisen des „unzufriedenen“ Bürgertums. Zudem galt es, das Gesamtinteresse als Klasse zu wahren, denn eine soziale Revolution wollte man nicht⁶⁴⁾. Goebbels erklärte vor einem größeren Kreis von Angehörigen der Lederbranche: „Der Führer hat in Nürn-

berg den Vierjahresplan des Nationalsozialismus verkündet. An seiner Verwirklichung hat jeder Deutsche an seinem Platz mitzuwirken und alle persönlichen Ansprüche zurückzustellen. So hat auch der Lederwarenfabrikant seine nationalsozialistische Bestimmung zu erfüllen. Wenn es nicht mehr möglich ist, aus gutem Rind- oder Schweineleder Taschen aller Art herzustellen, dann ist es eben die nationalsozialistische Pflicht der Fabrikanten dieser Branche, aus deutschen Werkstoffen und deutschen Rohstoffen für die ‚deutschen Frauen und Damen‘ gefällige Waren zu erzeugen . . . Unsere neue große Armee muß für jeden Fall und für alle Bedürfnisse dreifach eingedeckt sein . . . Heute haben wir erst 75 % dieser Aufgabe erfüllt, 25 % müssen in den nächsten vier Jahren erfüllt werden. Das ist die Aufgabe des Vierjahresplanes und das ist die Aufgabe jedes Deutschen.“⁶⁵⁾

Die faschismustheoretische Interpretation, daß sich „nichtökonomische“ Parteiinteressen im Staatsapparat mehr und mehr durchsetzten, entsprach der theoretischen Trennung von Ökonomie und Politik. Daher konnte die Sopade zwar die Auswirkungen der Rüstungsproduktion auf die Wirtschaft genau analysieren, aber diese Entwicklungen nicht in den Zusammenhang bringen mit den politischen Auseinandersetzungen innerhalb des Staatsapparates. Hieraus resultierten gleichzeitig die falschen Interpretationen bezüglich der „Meckerei“ und Unzufriedenheit von Teilen des Bürgertums. Gestützt auf die Information in den DB begreift die Sopade die Ernennung Hitlers zum Oberbefehlshaber der Wehrmacht am 4. Februar 1938 so: „Jetzt ‚zittert alles vor ihm . . . Die Unternehmer ringen die Hände über den Vierjahresplan, der sie zum Bankrott führt, aber sie gehorchen aus Angst . . . Es rühre sich bereits die Opposition in der Monopolwirtschaft; die Wirtschaftsführer (arbeiten) schon an Hitlers Sturz‘, denn die Verzweiflung ‚über die hoffnungslosen wirtschaftlichen Zukunftspläne des Führers‘ treibe sie dazu . . . Für den PV war es in diesem Zusammenhang auch ‚eine oft festgestellte Tatsache‘, daß das Regime im Bürgertum auf mehr Ablehnung stößt als bei den Arbeitern.“⁶⁶⁾ Damit wird negiert, daß Eingriffe des Staates in den gesellschaftlichen Produktions- bzw. Reproduktionsprozeß durchaus dem unternehmerischen Einzelinteresse widersprechen können, ohne daß damit zugleich das kollektive Gesamtinteresse der herrschenden Klasse tangiert wird⁶⁷⁾.

⁶⁵⁾ DB, Oktober 1936, S. 1259

⁶⁶⁾ Wolfgang Saggau, Faschismustheorien (Anm. 5), S. 318.

⁶⁷⁾ So sahen es auch die „Revolutionären Sozialisten“, vgl. Jutta v. Freyberg, Sozialdemokraten und Kommunisten (Anm. 5), S. 65 ff.

⁶¹⁾ DB, Oktober 1936, S. 1251.

⁶²⁾ Ebd., S. 1253.

⁶³⁾ DB, September 1937, S. 1233.

⁶⁴⁾ Vgl. DB, April 1937, S. 466.

IV. Alltag, Faschismus und Antifaschismus

Die „Deutschland-Berichte“ stellen eine überaus wertvolle Dokumentensammlung dar, die anschaulich die Widersprüchlichkeiten und die komplexen Integrations- und Desintegrationsmechanismen des faschistischen Systems vermittelt. Vor allem tritt die Bedeutung sozialpsychologischer und ideologischer Mechanismen hervor, denn sie waren in der Lage, Unmutsäußerungen und Enttäuschungen in den Klassen und Schichten zu individualisieren und zu entpolitisieren. Der deutsche Faschismus war durch seine verschiedenen Charaktereigenschaften (für „Ordnung“ nahm man allemal den Terror in Kauf, auch wenn keine materiellen Vorteile dabei herausprangen; zuallererst ansprechbar sind dafür die sozialen Zwischenschichten) wie durch seine ideologischen sowie außen- und innenpolitischen Maßnahmen und Erfolge in der Lage, materielle, ökonomische, soziale und auch politische Mißerfolge zu kompensieren. Dafür sind die „Deutschland-Berichte“ Beleg und ein noch nicht ausgeschöpftes Reservoir.

Nicht untersucht wurde die Methodik und Problematik der eigentlichen Quellenerhebung in den DB⁶⁸). Bei der kategorialen Bestimmung und Einordnung dieser Berichte entstehen jedoch weitere Probleme, so z. B. bei der Frage, ob in den Mittelschichten und im Bürgertum Aktivitäten ausfindig zu machen waren, die zu einer Begrenzung des faschistischen Macht- und Herrschaftsanspruches führten. Für die angeführten Beispiele ist diese Frage eindeutig mit „nein“ zu beantworten, weil die Enttäuschungen und Unmutsäußerungen sich im wesentlichen nicht gegen das politische System richteten. Die Analysen und Bewertungen der oppositionellen sozialdemokratischen Gruppen und Organisationen zeigten dagegen einen größeren Realitätssinn⁶⁹).

Die Interpretation und Einordnung der Stimmungsberichte charakterisiert den politisch-ideologischen Standpunkt. Hier war die Sopade publizistisch-propagandistisch ganz darauf aus, den Mittelstand und das Bürgertum für sich zu gewinnen — eben jenes Bürgertum und jener Mittelstand, die sich 1933 und schon vorher für den Faschismus entschieden hatten. Den unzufriedenen Teilen wollte man sich als bessere Alternative ausgeben. Aber waren jene Versuche des Zurückweichens, indem man sich nicht auf die Einheit der Arbeiterbewegung, sondern auf das Bürgertum politisch konzentrierte, nicht die gleichen Mechanismen, die 1933 den Faschismus nicht ver-

hindert hatten? Aufgrund ihres politisch-ideologischen Standortes mußte die Sopade an die „Unzufriedenheit“ und darüber hinaus an die oppositionelle Haltung von Teilen dieser Klasse und Schichten glauben. Die wesentlich stabileren Strukturen zwischen Bourgeoisie und faschistischem Staat bzw. zwischen NSDAP und faschistischem Massenanhang mußten folglich aus dem Blick geraten. Weil die Sopade nicht annahm, daß sich das Bürgertum politisch für den Faschismus entschieden hatte, mußte die publizistische Propaganda der Sopade in das „Reich“ hinein desorientierend wirken. Sie wirkte desorientierend auf die Arbeiterbewegung, der ja mit dem Prager Manifest noch ein einheitliches Vorgehen seitens der Führung vermittelt worden war, aber auch hinsichtlich des Bürgertums und der Mittelschichten, weil jene sich in der politischen Publizistik der Sopade nicht wiederfinden konnten. Trotz der „Unzufriedenheit“ und „Meckerei“ standen sie prinzipiell zum faschistischen System.

Die politische Interpretation in den DB stand oftmals konträr zum eigenen Anspruch über die politische Berichterstattung. Zu den Aufgaben und Grundsätzen der politischen Berichterstattung führte Erich Rinner, der Herausgeber der „Berichte“, aus: „Zum Wesen der systematischen Arbeit gehört auch ein ständiger Kampf gegen die kurzfristigen politischen Illusionen. Es ist verständlich, daß sich in der Zeit der Unterdrückung drinnen und draußen immer wieder neue Illusionen bilden. Aber sie sind auch immer wieder neue Gefahren. Sie entnerven die Kraft der Opposition und stören immer aufs neue den Prozeß der geistigen Klärung, sie verführen zu kurzfristigen Fehlprognosen und hindern die Erarbeitung weitblickender Konzeptionen, sie säen wieder und wieder unbegründete Hoffnungen und treiben die Leichtgläubigen von Enttäuschung zu Enttäuschung. Gegen diese aufreibenden Erregungen einer Stimmungs- und Illusionspolitik wenigstens den Kern der Bewegung immun zu machen, ist die Aufgabe der nüchtern-skeptischen Betrachtungsweise, die wir zum Grundsatz unserer Berichterstattung gemacht haben.“⁷⁰)

An diesen Grundsätzen ist die politische Interpretation oftmals gescheitert. Dennoch muß diese systematische Berichterstattung durch die Organisationen der Arbeiterbewegung als eine Voraussetzung dafür gelten, die proletarische Lebens- und Arbeitswelt unter den Bedingungen der faschisti-

⁶⁸) Siehe Anm. 3.

⁶⁹) Vgl. Kurt Kliem und Jutta v. Freyberg (Anm. 5).

⁷⁰) Erich Rinner, Über Aufgaben und Grundsätze der politischen Berichterstattung, DB, Mai 1937, S. 744 ff., hier: S. 757.

schen Diktatur zusammenzuhalten, die faschistische Propaganda zu entlarven und den Widerstand gegen das NS-System zu organisieren. Der politische Kampf gegen den Faschismus hätte sich notwendigerweise auf die sozialen, politischen und ideologischen Auseinandersetzungen im Kernbereich der gesellschaftlichen Produktion, der Industriearbeiterschaft, konzentrieren und handlungsanleitend orientieren müssen, weil diese von der Illegalisierung der Arbeiterbewegung durch den Faschismus hauptsächlich tangiert war. Eine gleichzeitige Orientierung auf das Bürgertum und andere „oppositionelle“ Kräfte mußte unglaubwürdig bleiben, wenn man sich noch als politische Vertretung der Arbeiterklasse sah bzw. sie als soziale Basis für eine entsprechende politische Theorie und politische Praxis nahm.

Die Herstellung und Verbreitung antifaschistischen Schriftenmaterials stand im Mittelpunkt der Tätigkeit der Sopade. Aber nur in Verbindung mit anderen Formen illegaler Arbeit, so etwa mit dem Aufbau geschulter Kadergruppen und mit der Sammlung und Organisation antifaschistischer Kräfte auf Betriebsebene⁷¹⁾ konnte ein Sturz des faschistischen Regimes — wenn überhaupt — Erfolg haben. Die „Revolutionären Sozialisten“ bezeichneten als konkrete Aufgabe der Kader: „Gewinnung neuer Mitarbeiter, Selbstschulung und Kaderdisziplin, Berichterstattung über Deutschland, Agitation gegen sozialdemagogische Phrasen des Nationalsozialismus und Entlarvung der Propaganda, Beobachtung spontaner Widerstandshandlungen.“⁷²⁾ Die Sopade hatte sich dagegen weder „als fähig noch willens erwiesen . . ., allgemeine Richtlinien für die illegale Arbeit zu entwickeln. Auf diesen Mangel an Konzeption und seine für die illegalen Kader schädli-

chen — ja lebensgefährlichen — Auswirkungen wurde in den Berichten Langes an die Sopade und in den „Monatsberichten“ der RSD (= Revolutionäre Sozialisten Deutschlands — J. K.) immer wieder hingewiesen; ebenso auf die Konsequenzen der illegalen Kader, nämlich die Arbeit für die Sopade einzustellen.“⁷³⁾ Deshalb ist die Charakterisierung des Widerstandskonzepts der Sopade durch Voges sehr treffend: „Die illegale Tätigkeit der Sopade ging weitgehend auf in der politischen Berichterstattung selbst. Damit wurden zwar notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen für die Entfaltung eines wirksamen kollektiven Widerstandes geschaffen. Die Opposition im Reich war angewiesen auf die politische Organisation ihrer Erfahrungen im Ausland. Die Sopade hat dies nicht verkannt. Ihre eigene Tätigkeit konzentrierte sich jedoch auf den Aufbau eines politischen Nachrichtenwesens, das seinen politischen Zweck, die Organisation des Widerstandes, nur teilweise zu erreichen vermochte. So nützlich die langfristige Perspektive der Beobachtung für die Erkenntnis des sozialen und politischen Herrschaftszusammenhangs des Dritten Reichs war, so hinderlich war das Konzept der ‚übersprungenen Gegenwart‘ für die illegale Arbeit in Deutschland selbst.“⁷⁴⁾

Resümierend ist festzustellen, daß der unschätzbare Wert für die historische und politische Forschung darin liegt, daß mit den „Deutschland-Berichten“ ein außerordentlich umfangreiches Quellenmaterial vorliegt, welches zur Erhellung des gesellschaftlichen Bewußtseins der Klassen und Schichten während der Herrschaft des Nationalsozialismus und damit zur Charakterisierung und Wesensbestimmung des deutschen Faschismus selbst beiträgt, aber natürlich der kritischen Interpretation bedarf.

⁷¹⁾ Vgl. zur Problematik Michael Voges, Klassenkampf in der ‚Betriebsgemeinschaft‘ (Anm. 3).

⁷²⁾ Jutta v. Freyberg, Sozialdemokraten und Kommunisten (Anm. 5), S. 163.

⁷³⁾ Ebd., S. 166.

⁷⁴⁾ Michael Voges, Politische Opposition (Anm. 3), S. 23.

Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich (1933–1938)

Seit dem neunzehnten Jahrhundert waren wirtschaftliche Argumente ein wesentlicher Bestandteil antisemitischer Propaganda. Vom Nationalsozialismus übernommen, erwiesen diese in der Wirtschaftskrise eine erneute und verstärkte Wirksamkeit. Besonders empfänglich waren dabei Gesellschafts- und Berufsgruppen, die mit Juden wirtschaftlich besonders in Kontakt traten, sei es als Konkurrenten, als Käufer oder Verkäufer. Bei der spezifischen Berufsstruktur der Juden, die sich seit dem neunzehnten Jahrhundert in Deutschland nur unwesentlich verändert hatte, waren Juden vor allem in vier Berufskategorien überproportional vertreten: im Bankwesen, im Wareneinzelhandel — insbesondere in den Bekleidungsbranchen —, in den freien Berufen und im Vieh- und Landproduktenhandel¹⁾.

Eine sozio-ökonomische Analyse der Rezeption des Antisemitismus steht noch aus. Bei aller Vorsicht vor monokausalen Fallen kommt man indessen nicht umhin festzustellen, daß sich — wohl kaum zufällig — die aktivsten Formationen der NSDAP und insbesondere der SA aus den unteren Sparten des alten und neuen Mittelstandes rekrutierten. Auch der hohe Anteil von Ärzten und Juristen und deren studentischem Nachwuchs in den Führungseliten der SS ist nachgewiesen²⁾. Alle diese nationalsozialistischen Berufsverbände vertraten vor 1933 die radikalsten Forderungen zur wirtschaftlichen Ausschaltung ihrer jüdischen Konkurrenten. Nach der Machtübernahme waren auch tatsächlich die Juden in den entsprechenden Berufen die ersten Ziele wirtschaftlicher Repressalien. Ihre Betätigung in den freien Berufen wurde bereits im April 1933 im Anschluß an das „Berufsbeamtengesetz“³⁾ gesetzlich eingeschränkt. Der Boykott vom 1. April war der Auftakt eines kontinuierlichen Diskriminierungsprozesses, der die jüdischen Stellungen im Einzelhandel auch ohne Gesetzesmaßnahmen effektiv und gründlich eliminierte. Gegen die jüdischen Viehhändler setzte auf dem Lande eine besonders gewalttätige Verdrängungsaktion ein.

In der wirtschaftlichen Sphäre konsolidierte sich das nationalsozialistische Regime erst Mitte 1934 nach einer Reihe interner Machtkämpfe und Interessenkonflikte⁴⁾. Auch die Notwendigkeit der „Beruhigung der Wirtschaft“, der Überwindung der Arbeitslosigkeit und der Devisenbeschaffung schrieben vorerst eine Rücksichtnahme auf die Reaktion des Auslands vor, und all dieses verursachte eine zeitweilige Eindämmung der offenen antisemitischen Maßnahmen. Bei den Zeitgenossen — und auch bei den Historikern — ergab sich daraus der Eindruck einer mehrere Jahre lang anhaltenden „Schonzeit“ hinsichtlich jüdischer Wirtschaftstätigkeit⁵⁾. Im Lichte der neue-

1) Vgl. Esra Bennathan, Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, in: Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, Tübingen 1965 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts 13), S. 87—131; Jakob Lestschinsky, Das wirtschaftliche Schicksal des deutschen Judentums, Berlin 1932; Alfred Marcus, Die wirtschaftliche Krise der deutschen Juden, Berlin 1931.

2) Vgl. dazu H. A. Winkler, Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus, in: B. Martin und E. Schulz (Hrsg.), Die Juden als Minderheit in der Geschichte, München 1981, bes. S. 283 f., und B. Martin, Judenverfolgung und -vernichtung unter der nationalsozialistischen Diktatur, ebenda, S. 293. Neuerdings Sara Gordon, Hitler, Germans and the Jewish Question, Princeton 1984.

3) Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (RGBl. I, 175—177), vgl. Joseph Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien — Inhalt und Bedeutung, Karlsruhe 1981, Nr. 1/46. Die davon abgeleiteten Berufsverbote: Juristen: I/66; I/79, I/112; I/105; I/115; Hochschuldozenten: I/90; Mediziner: I/71; I/95; I/152; I/130 (Zahnärzte und -techniker) u. a. m.

4) Vgl. Arthur Schweitzer, Die Nazifizierung des Mittelstandes, Stuttgart 1970, bes. S. 28 ff.; Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der historische und ideologische Hintergrund 1933—1936, Köln 1977, S. 87 ff.; 101 f.

5) Helmut Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966, S. 139 f.; Uwe D. Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972, S. 359. Ebenso meinte der frühzeitig verstorbene Historiker Shaul Esh, der Novemberpogrom 1938 sei aus der Enttäuschung der Naziführung über das Versagen ihrer bisherigen Judenpolitik zu erklären: „in the eyes of the Nazi leaders the only failure . . . in their policy. After more than 50 months the number of German Jews had dropped about 100 000 souls, i. e. by some 20%. Their economic position had not been

ren Forschung und neuer Quellenbefragung muß m. E. dieses Bild erheblich revidiert werden. Wenn auch die extremsten Ansprüche der rabiatesten Nazis, wie z. B. diejenigen des schon im August 1933 aufgelösten Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand, einstwilen vertagt wurden⁶⁾, so ging doch die Verdrängung der Juden aus ihren wirtschaftlichen Positionen unabwendbar voran.

Es gab natürlich örtliche und zeitliche Fluktuationen dieses Prozesses. Aber im ganzen nachweisbar ist die fast ununterbrochene Effizienz eines —

shaken fundamentally. On the contrary, the more they concentrated in the big towns . . . the steadier grew their position". Shaul Esh, *Between Discrimination and Extermination. The fateful Year 1938*, in: *Yad Vashem Studies*, vol. 2 (1985), S. 80 u. 85.

Diese noch immer weit verbreitete Ansicht wird oft mit der Legende von der „schützenden Hand“ des Reichswirtschaftsministers und Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht verbunden. Adam erklärt: „Durch den langjährigen Widerstand Schachts gegen die Arierungspläne der Partei war den in der Wirtschaft tätigen Juden eine im wesentlichen ungehinderte Ausübung ihrer Berufe bis zu Beginn des Jahres 1938 garantiert.“ In der Entlassung Schachts im September 1937 sieht er daher „... die entscheidende Wende“ und einen Beweis, „wie die Durchführung der Rassenpolitik von der Existenz einer Person abhängig sein konnte“ (S. 172f.). Noch extremer findet sich die gleiche Anschauung in einer neuerdings erschienenen, auf Selbstaussagen ehemaliger Beamten des Reichswirtschaftsministeriums fußenden Darstellung: „Einen Tag nach der Entlassung Schachts . . . [wurde] der Mühlstein des Antisemitismus in Richtung Wirtschaft, das letzte ‚Reservat‘ jüdischer Betätigung, ins Rollen gebracht.“ Willi A. Boeckle, *Die deutsche Wirtschaft 1930—1945*, Düsseldorf 1983, S. 210.

Inwieweit Schacht tatsächlich die jüdischen Erwerbstätigen allgemein vor wirtschaftlichen Repressalien geschützt hat oder auch nur den Versuch dazu ernstlich unternahm, steht noch für die zukünftige Forschung offen. Er selbst hat dieses in Nürnberg und in seinen nach dem Krieg erschienenen Erinnerungen oft wiederholt, doch ist die Basis für diese Behauptung auffällig schmal. Schacht war eine komplizierte, vielschichtige Persönlichkeit, der man persönlichen Mut nicht absprechen kann. In einzelnen Fällen hat er diesen auch in Fragen der Judenpolitik bewiesen, wie z. B. die oft zitierte Schließung der Reichsbankfiliale in Arnswalde, nachdem deren Vorstand wegen Einkäufen bei Juden im Stürmerkasten angeprangert worden war. (Hjalmar Schacht, *76 Jahre meines Lebens*, Bad Wörishofen 1953, S. 409). Es gibt noch einige Beweise dafür, daß er ihm bekannte oder nahestehende jüdische Menschen zu schützen versuchte. Dagegen waren seine erhalten gebliebenen Eingaben gegen extreme Maßnahmen gegen die Juden immer von dem schädlichen Eindruck diktiert, die diese im Ausland machten, wodurch die Export- und Devisenlage geschädigt würde. Dies mag als damals zweckmäßige Argumentationspolitik zu erklären sein, aber in keinem Fall ist erwiesen, daß Schacht sich bis zum Ende hartnäckig wegen irgendeiner wirtschaftlichen Maßnahme allgemeiner Natur gegen Hitler oder auch geringere Parteigrößen durchgesetzt hat.

⁶⁾ Genschel (Anm. 5), S. 63.

manchmal im Stillen, zumeist aber in der Öffentlichkeit, in Lokalpresse und Straßenkrawallen offen ausgeübt — Druckes, der zuerst auf dem Lande und dann auch in den Städten immer mehr jüdische Geschäftsinhaber dazu zwang, ihre Geschäfte zu liquidieren oder unter ihrem Wert an „Arier“ zu verkaufen. Im Juli 1938 waren nach offiziellen Angaben von den über 50 000 jüdischen Einzelhandelsgeschäften, die Ende 1932 gezählt wurden⁷⁾, nur noch ca. 9 000 in jüdischen Händen⁸⁾. Von rund 8 000 jüdischen Ärzten praktizierten im Juli 1938 nur noch knappe 3 000, die zumeist nur jüdische Patienten behandelten. Von 4 500 jüdischen Juristen übten zur selben Zeit nur noch 1 753 ihren Beruf aus. Seit Sommer 1938 waren nur noch 709 Ärzte und 172 Rechtsanwälte als „Krankenbehandler“ und „Konsulenten“ für jüdische Klienten zugelassen⁹⁾.

Hinsichtlich des Verlaufs der „Arisierungen“ oder der Liquidation jüdischer Wirtschaftsbetriebe beruft sich die Forschung bis heute fast ausschließlich auf die Zahlen, die der für das „Judenreferat“ im Reichswirtschaftsministerium zuständige Alf Krüger — sinnfällig „Judenkrüger“ genannt — 1940 veröffentlichte. Demnach gab es im April 1938 noch knapp 40 000 jüdische „Betriebe“

⁷⁾ Die Zählung wurde von der statistischen Abteilung der Reichsvertretung der deutschen Juden aufgrund einer Erhebung in 69 Großgemeinden vorgenommen. Der Verfasser des Berichts, Herbert Kahn, stand bis 1933 der „Forschungsstelle für den Handel“ in Berlin vor, und die umfangreiche vervielfältigte Schrift mit detaillierten Angaben trägt ihren Titel durchaus mit Recht: Herbert Kahn, *Umfang und Bedeutung der jüdischen Einzelhandelbetriebe innerhalb des gesamten deutschen Einzelhandels. Hauptergebnisse einer wissenschaftlichen Untersuchung*, Februar 1934. Die Angaben über Umfang und Umsatz der Geschäfte beruhen auf den Ergebnissen des Geschäftsjahres 1932. Das Heft ist schwer auffindbar. Ein Exemplar befindet sich in der Bibliothek von Yad Vashem, Jerusalem.

⁸⁾ *Textil-Zeitung*, Berlin, 3. Dezember 1938; *Berliner Morgenpost*, 25. November 1938. Identische Angaben nach offiziellen Quellen, wahrscheinlich auf der Betriebszählung vom Juli 1938 beruhend. Über ein Drittel der Einzelhandelsgeschäfte befand sich in Berlin.

⁹⁾ Die Zahlen für Ende 1932: Bennathan (Anm. 1), S. 111, und Aufstellungen der statistischen Abteilung des „Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau“, Nr. 516 — V — 33 (12. Mai 1933), Archiv LBI, Jerusalem, B—11. Für 1938: Stephan Leibfried, *Stationen der Abwehr. Berufsverbote für jüdische Ärzte im Dritten Reich 1933—1938 und die Zerstörung des sozialen Asyls durch die organisierten Ärzteschaften des Auslandes*, in: *Bulletin des Leo-Baeck-Instituts*, 62 (1982), S. 11: „Keine jüdischen Rechtsanwälte mehr in Deutschland“, Jewish Central Information Office, Amsterdam, 25. Oktober 1938, in: Wiener Library, Tel-Aviv University, PC 3/61. Vgl. auch Herbert Strauss, *Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses* (1), in: *Year Book XXV of the Leo Baeck Institute*, London 1980, S. 340.

im sogenannten „Altreich“¹⁰⁾. Nach der berufsstatistisch üblichen Definition waren darin alle selbständigen Geschäfte eingeschlossen — vom Warenhaus oder der Privatbank über die Praxen selbständiger Ärzte und Rechtsanwälte bis hin zum Wandergewerbe „betrieb“ herumziehender Hausierer. Entsprechend dieser Definition gab es nach meiner Schätzung Ende 1932 in ganz Deutschland etwa 100 000 jüdische „Betriebe“¹¹⁾. Das heißt, daß selbst nach den nicht weiter belegten Daten Krügers im April 1938 bereits über 60% der jüdischen Betriebe nicht mehr bestanden! Wie viele davon liquidiert und wie viele zwischen 1933 und 1937 „arisiert“ worden waren, läßt sich nicht genau feststellen und ist im gegenwärtigen Zusammenhang auch nicht so wichtig. Es erscheint als erwiesen, daß die selbständige jüdische Wirtschaftstätigkeit bereits Ende 1937 in viel größerem Umfang eingestellt war, als die bisherige Forschung annimmt.

Über die Beschäftigungsquote der jüdischen Arbeiter und Angestellten fehlen zwar genaue Angaben, aber da diese zunehmend nur noch bei jüdischen Arbeitgebern Anstellung fanden, bewirkte die fortschreitende Liquidation jüdischer Unternehmen eine stetig wachsende Arbeitslosigkeit. Ende 1937, als in der Wirtschaft bereits Mangel an Arbeitskräften herrschte, mußten sich jüdische Sozialarbeiter um 30 000 nicht einzuordnende Erwerbslose kümmern. Im Frühjahr 1938 waren es bereits 60 000¹²⁾. Die dünne wirtschaftliche Oberschicht, darunter auch die jüdischen Privatbanken — als „jüdische Hochfinanz“ ein hervorragendes Ziel antisemitischer Hetze —, konnte sich länger

behaupten. Dank ihrer Verbindungen im In- und Ausland waren die jüdischen Großunternehmen dem Boykott-Terror der Straße weniger ausgesetzt und konnten sogar zeitweilig vom allgemeinen Wirtschaftsaufschwung profitieren. Später konnten die meisten von ihnen, oft unter Verlust eines großen Teils ihres Vermögens, rechtzeitig entkommen; hatten sie doch auch zum Teil genügend Reserven und Familienbeziehungen im Ausland, die sie vor physischer Not bewahrten¹³⁾. Herbert Strauss' Unterscheidung zweier verschiedener jüdischer Wirtschaftsgruppen¹⁴⁾ findet sich hier bestätigt.

Merkwürdigerweise konnten sich auch die jüdischen Handwerksbetriebe länger halten. Der Grund dafür dürfte ihr geringer Anteil und ihre wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit gewesen sein. Es waren zumeist Klein- oder Einmannbetriebe mit geringem Umsatz — als Konkurrenten kaum gefährlich und als Arisierungsobjekte wenig attraktiv¹⁵⁾. Nach dem Novemberpogrom wurden sie im Laufe der „Entjudung der Wirtschaft“ fast ausnahmslos liquidiert und nur wenige „arisiert“¹⁶⁾.

Die weit fortgeschrittene Verdrängung aus aktiver Wirtschaftstätigkeit spiegelt sich auch eindeutig in den Ergebnissen der Vermögensaufnahme vom April 1938 wider: Von den 8,5 Milliarden, die einschließlich Österreich angemeldet wurden, waren nur knapp 1,2 Milliarden RM, d. h. ca. 14%, aktives Betriebsvermögen. 4,8 Milliarden, also fast 60%, waren liquide Wertpapiere, die eine streng vertrauliche Zusammenfassung bezeichnenderweise als „angreifbares Vermögen . . . sofort erfassbar“ hervorhob¹⁷⁾. Der Rest bestand aus

¹⁰⁾ Alf Krüger, Die Lösung der Judenfrage in der Wirtschaft. Kommentar zur Judengesetzgebung, Berlin 1940, S. 44. Krügers Angaben enthalten keinen Quellennachweis. Die Zählung der jüdischen Betriebe fand erst im Juli 1938 statt (3. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938, RGBl. I. S. 672 f.). Krügers Zahlen für April 1938 können demnach nicht die Ergebnisse der Zählung sein. Die Ergebnisse der Zählung selbst sind nicht erhalten oder bisher gefunden worden.

¹¹⁾ Geschätzt nach den Volks- und Berufszählungen vom 16. Juni 1933, Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 451, Heft 5, und Bd. 453, Heft 2. Nachdem seit dem Januar 1933 bereits 25 000—30 000 Juden ausgewandert waren, erschienen hier 110 669 jüdische selbständige Erwerbspersonen, ohne mithelfende Familienmitglieder. In der deutschen Statistik wurden alle selbständigen Unternehmen als „Betriebe“ gezählt, vom Warenhaus oder der Privatbank über selbständige Arzt- oder Rechtsanwaltpraxen bis zum Wandergewerbe „betrieb“ selbständiger Reisender und Hausierer (vgl. „Einführung in die Berufszählung“, Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 453, Heft 1, Berlin 1936, S. 148 ff.). Wenn wir eine beschränkte Anzahl von Partnerschaften annehmen, so ist die Zahl von ca. 100 000 jüdischen „Betrieben“ in diesem Sinne für Januar 1933 eher noch zu niedrig angesetzt.

¹²⁾ Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik (JWSP), NF, Bd. 8 (1938), S. 6, 150.

¹³⁾ Die jüdische Presse berichtete zwischen Januar und Oktober 1938 über die „Arisierung“ von 340 größeren Fabrikbetrieben und 370 Großhandelsfirmen. Hinzu kamen während der gleichen Zeitspanne 22 „arisierte“ Privatbanken, darunter alte Häuser wie M. M. Warburg, Bleichröder, Gebr. Arnhold, Dreyfus und Hirschland. Vgl. Genschel (Anm. 5), S. 173 ff.; Eduard Rosenbaum, M. M. Warburg & Co. Merchant Bankers of Hamburg, in: Year Book VII of the Leo-Baeck-Institute, London 1962, S. 147 f.

¹⁴⁾ Strauss, Jewish Emigration (I) (Anm. 9), S. 345.

¹⁵⁾ Mitte 1935 wurden in ganz Deutschland ca. 8 500 jüdische Handwerksbetriebe gezählt, Herbert Kahn, Das jüdische Handwerk in Deutschland. Eine Untersuchung aufgrund statistischer Unterlagen der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Berlin 1936 (vervielfältigt), Wiener Library, Tel-Aviv, KY 3/w1.

¹⁶⁾ Nach dem Arbeitsbericht der Reichsvertretung für 1938, S. 15 f., gab es im Dezember 1938 noch 5 800 jüdische Handwerksbetriebe. Davon wurden nur 345 „arisiert“ und der Rest aufgelöst.

¹⁷⁾ Reichswirtschaftsminister, Rundschreiben III/Jd. 8910/38 vom 28. November 1938. Geheimes Staatsarchiv Dahlem, Rep. 151, Nr. 1658 a. Im „Altreich“ wurden 5,1 Milliarden RM angemeldet, nach zuverlässigen Schätzungen weniger als die Hälfte der jüdischen Ver-

Grundvermögen, dessen „Arisierung“ die Nazis bewußt hinausschoben¹⁸⁾. Da die Vermögensanmeldung im April, also kurze Zeit nach dem Anschluß Österreichs, vollzogen wurde, ist anzunehmen, daß in den für das Altreich angemeldeten Vermögen der Prozentsatz des Betriebsvermögens noch niedriger war.

Nach der ersten Gesetzeswelle von 1933 folgten einige Jahre lang nur verhältnismäßig wenig gesetzliche Beschränkungen jüdischer Wirtschaftstätigkeit. Auch die im Anschluß an die „Nürnberg-

mögen von 1932/1933, die auf ca. 12 Milliarden RM geschätzt wurden. (Vgl. Ludwig Pinner, Vermögenstransfer nach Palästina 1933—1939 in: In Zwei Welten. Siegfried Moses zum Fünfundsechzigsten Geburtstag, Tel-Aviv 1962, S. 134). Abweichende Schätzungen bei Strauss, Jewish Emigration (I) (Anm. 9), S. 342.

¹⁸⁾ Genschel (Anm. 5), S. 251 f.; Mitte 1938 verstärkte sich der Druck lokaler Stellen, die Arisierung jüdischer Häuser voranzutreiben. So z. B. „befürchtete“ ein Bochumer „Gaufachwalter“ in einer Eingabe an den dortigen Gauwirtschaftsberater, „daß durch den Mangel an geeigneten Wohnungen die augenblicklichen Arisierungen gestört werden, da in den letzten Tagen ein merkbarer Widerstand bei den Juden festzustellen sei, ihre Besitzungen zu verkaufen, da die Juden befürchten, mit Verkauf ihres Hauses kein Dach mehr über dem Kopf zu haben“. Daß der betreffende „Fachwalter“ von Beruf Grundstücksverwalter war, dürfte wohl kaum Zufall gewesen sein. Nach wiederholten Rückfragen teilte der Regierungspräsident in Arnsberg am 4. November 1938 dem Gauwirtschaftsberater die Entscheidung des Reichswirtschaftsministers mit, nach der „die Auswanderung der Juden gegenwärtig nicht in dem gewünschten Umfange betrieben werden könne . . ., unabhängig werde jedoch die Frage des Grundbesitzes der Juden im allgemeinen geregelt werden“ (Staatsarchiv Münster, Gauleitung Westfalen-Süd, Gauwirtschaftsberater, Nr. 485). Trotzdem wurde in der entscheidenden Sitzung vom 12. November 1938 unter Vorsitz Görings, auf der die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Juden nach dem Novemberpogrom festgelegt wurden, die Arisierung des nichtlandwirtschaftlichen Grundbesitzes weiterhin aufgeschoben (The International Military Tribunal [IMT], Bd. 37, PS-1816). Noch im Februar 1939 teilte der Reichswirtschaftsminister allen Landesregierungen und zuständigen Stellen mit, daß „die zwangsweise Gesamtentjudung des nicht landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitzes nach ausdrücklicher Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan im gegenwärtigen Augenblick noch nicht in Angriff zu nehmen“ sei. (Reichswirtschaftsminister, III Jd. 1/2082/39 vom 6. Februar 1939, Geh. St. A. Dahlem, Rep. 151/1658 a, S. 58.)

Die Gründe des Aufschubs sind nach dem jetzigen Forschungsstand nur zu vermuten: 1. sollte die Bereicherung privater Interessenten verhindert werden und die Ausplünderung des jüdischen Grundbesitzes möglichst ganz dem Staat für die dringenden Aufrüstungsausgaben vorbehalten bleiben; 2. gibt es Anzeichen dafür, daß man bereits die spätere Ghettoisierung der deutschen Juden in besonderen, jüdischen Eigentümern gehörenden „Judenhäusern“ im Auge hatte. (Vgl. dazu: A. Barkai, Schicksalsjahr 1938 — Kontinuität und Radikalisierung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden, in: Festschrift für Werner Jochmann, hrsg. Ursula Büttner und Werner Johe, Hamburg 1986.)

ger Gesetze“ 1935 erwarteten wirtschaftlichen Gesetze blieben aus. Um so wirkungsvoller ging jedoch der Verdrängungsprozeß mit den Mitteln wirtschaftlichen und auch physischen Drucks voran. Die Parteinstanzen waren dabei natürlich am aktivsten: In den Büros der Gauwirtschaftsberater wurden — den erhalten gebliebenen Archivbeständen nach — Einzelakten über jedes jüdische Geschäft geführt und dessen Einkünfte dauernd verfolgt¹⁹⁾. Die Gauwirtschaftsberater bzw. die Gauleiter hatten bei der Bestätigung von Arisierungen das letzte Wort und sorgten unverhohlen dafür, daß verdiente Parteigenossen sich als erste an den verschleuderten jüdischen Geschäften bereichern konnten²⁰⁾. Aber genauso eindeutig geht aus diesen Akten auch die enge Zusammenarbeit mit den regierenden Stellen auf kommunaler, Landes- und Reichsebene hervor. Von einer scharfen Trennung oder gar einem Konflikt entgegengesetzter Tendenzen im wirtschaftlichen Bereich der Judenpolitik kann m. E. während der gesamten Zeit keine Rede sein. Finanzämter, Industrie- und Handelskammern und kommunale Behörden arbeiteten einverständlich Hand in Hand mit den Gauwirtschaftsberatern und anderen Parteistellen zusammen,

¹⁹⁾ Dies geht besonders anschaulich aus dem umfangreichen Aktenbestand des Gauwirtschaftsberaters der Gauleitung Westfalen-Süd im Staatsarchiv Münster hervor. Die Aufgaben und Kompetenzen der Gauwirtschaftsberater sind bisher noch weitgehend unerforscht. (Vgl. Barkai, Wirtschaftssystem (Anm. 4), S. 91 f.; H. Kehrl, Krisenmanager im Dritten Reich, Düsseldorf 1973, S. 40 ff.) Eindeutig belegt ist jedenfalls ihre führende Funktion im „Arisierungs“prozeß, in dem sie eine Schlüsselposition als Verbindungsglieder zwischen den Parteinstanzen und den Interessenvertretern der Wirtschaft mit den Regierungs- und Verwaltungsbehörden auf lokaler Ebene einnahmen.

²⁰⁾ Genschel (Anm. 5), S. 247; über die dabei angewandten Methoden ist illustrativ der Bericht des Gauwirtschaftsberaters Westfalen-Süd vom 24. März 1938 an die Kommission für Wirtschaftspolitik in der Münchener Parteileitung: Nur in ganz wenigen Fällen sei es noch nötig, die Juden zum Bürgermeister zu beordern. „Die Juden werden schon nachgiebig, sobald sie erfahren, daß sich die Partei mit ihrer Person befaßt.“ (StA. Münster, Gauwirtsch. ber. Nr. 682.) Ein sicher seltener Protest eines „Nationalsozialisten, SA-Manns und Bewunderers Adolf Hitlers“ in München, der als „Arisierungssachverständiger“ wirkte, berichtete erregt über die „brutalen Maßnahmen und . . . Erpressungen an den Juden“, von denen er „derart angeekelt“ sei, „daß ich von nun ab jede Tätigkeit bei Arisierungen ablehne, obwohl mir dabei ein guter Verdienst entgeht . . . Als alter, rechtschaffener, ehrlicher Kaufmann kann ich nicht mehr zusehen, in welch schamloser Weise von vielen ‚arischen‘ Geschäftsleuten, Unternehmen etc. versucht wird, die jüdischen Geschäfte, Fabriken etc. möglichst wohlfeil und zu einem Schundpreis zu erraffen.“ Schreiben vom 16. April 1938 an die Industrie- und Handelskammer München, abgedruckt bei Peter Hanke, Zur Geschichte der Juden in München zwischen 1933 und 1945, München 1967, S. 154 f.

und einige Bürgermeister — zumeist bekannte „alte Kämpfer“ — taten sich dabei besonders hervor²¹⁾.

Gelegentliche Einsprüche der Regierungspräsidenten — oft betont widerwillig, aufgrund ebenso widerwilliger Interventionen aus Berlin vorgebracht — wurden geflissentlich zur Kenntnis genommen und „zu den Akten gelegt“, für die sie zumeist von vornherein bestimmt gewesen waren. In einigen Fällen waren diese Einsprüche das Ergebnis von Beschwerden von jüdischer Seite, wie der Reichsvertretung der deutschen Juden oder des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, die sich in den ersten Jahren noch etwas von rechtsstaatlichen Normen versprachen²²⁾. Zumeist halfen auch Interventionen des Reichswirtschaftsministeriums kaum. So teilte z. B. der Bürgermeister von Bochum der Regierungsinstanz kurzerhand mit, er könne für die Sicherheit jüdischer Viehhändler nicht haften, falls er sie, wie geboten, wieder auf den Schlachthöfen zulasse²³⁾. In fast allen Städten wurde ohne jede gesetzliche Sanktion das Kaufverbot in jüdischen Geschäften, das für Parteimitglieder obligatorisch war, auf sämtliche Kommunalangestellte erweitert²⁴⁾. Die Wohlfahrtsämter schlossen jüdische

Geschäfte vom Bezug durch Bedarfsdeckungsscheine aus, und kaum ein jüdischer Lieferant hatte praktisch Aussicht auf öffentliche Aufträge, noch ehe dieses gesetzlich fixiert wurde. Den wenigen noch zugelassenen Kassenärzten wurden kaum nichtjüdische Patienten zugeschickt, und welcher vernünftige „Arier“ hätte sich vor Gericht durch einen jüdischen Rechtsanwalt vertreten lassen?

Damit soll nicht gesagt sein, daß überhaupt keine Unterschiede bestanden, sondern nur, daß diese sich nicht nach irgendeinem dualistischen oder anderen Schema erfassen lassen²⁵⁾. Ausschlaggebend war eher die persönliche Einstellung mancher Beamten oder ihrer Vorgesetzten als ihre Behördenzugehörigkeit. Bei dem für das nationalsozialistische Herrschaftssystem charakteristischen Kompetenzwirrwarr konnten sich dabei für die jüdischen Betroffenen sehr erhebliche Unterschiede ergeben. Dementsprechend änderte sich auch die Taktik jüdischer Institutionen im Laufe der Jahre. Anfangs wurden noch aufgrund der Deklarationen offizieller Stellen gegen „Einzelsaktionen“ und „Übergriffe“ Beschwerden und Eingaben an die Regierungsstellen bis hin zur Reichskanzlei gesandt. Nachdem sich die Fruchtlosigkeit dieser Interpellationen mehr und mehr erwies, beschränkte man sich bald darauf, Beziehungen auszunutzen und in den zuständigen Behörden denjenigen wohlmeinenden Beamten zu entdecken zu versuchen, mit dem sich noch reden ließ²⁶⁾.

Im übrigen konzentrierten sich die Bemühungen zunehmend auf die praktische Wirtschaftshilfe. Schon verhältnismäßig früh änderte sich die Einschätzung bezüglich der noch bestehenden Existenzmöglichkeiten und der Aussicht, es trotz allem

²¹⁾ Vgl. dazu Ulrich Knipping, Die Geschichte der Juden in Dortmund während der Zeit des Dritten Reiches, Dortmund 1977, bes. S. 69 ff., wo die enge Zusammenarbeit der Industrie- und Handelskammer und der Stadtbehörde mit der „Deutschen Arbeitsfront“ und anderen Parteiamtern bei Boykott- und „Arisierungs“aktionen belegt ist. Auch die Gerichte waren in den Verdrängungsprozeß eingeschaltet, so z. B. durch Anerkennung des Arbeitsgerichts, daß Verstöße von städtischen Angestellten gegen das — ohne jegliche Gesetzesbasis erlassene — Verbot, in jüdischen Geschäften zu kaufen, als Entlassungsgrund gelten konnten. F. Muellerheim, Die gesetzlichen und außergesetzlichen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Vernichtung der Juden in Deutschland 1933—1945, Hamburg o. J., S. 14.

²²⁾ So beschwerte sich z. B. die Essener Bezirksstelle des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens noch im Mai und Juni 1935 wiederholt beim Regierungspräsidenten in Arnsberg über Boykottmaßnahmen in der ländlichen Umgebung. Als die Aufstellung von Boykottschildern auf einem städtischen Grundstück beanstandet wurde, redete sich der befragte Landrat damit heraus, daß der Zeitungskasten der NSDAP und nicht der Stadt gehöre. In diesem Falle veranlaßte der Regierungspräsident widerwillig die Entfernung der Schilder, unter Berufung auf eine Verfügung des Reichsinnenministers. (StA Münster, Regierung Arnsberg, IG 572.)

²³⁾ Ebenda, Oberbürgermeister Bochum an Regierungspräsidenten Arnsberg, 3. Juli 1933.

²⁴⁾ Ebenda, eine längere Eingabe des Regierungspräsidenten an das Reichsinnenministerium vom 27. September 1933: die örtlichen Behörden sähen „keine Möglichkeiten, den Erlassen (über die Zulassung jüdischer Händler, der Inseratensperre für jüdische Firmen und dem Verbot für Beamte, in jüdischen Geschäften zu kaufen A. B.) . . . voll Rechnung zu tragen, weil . . . im Falle ihrer Durchführung mit einer erheblichen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu rechnen sein wird“.

²⁵⁾ Wie vor allem Adam, der in Anlehnung an Carl Schmitt und Ernst Fraenkel die nationalsozialistische Judenpolitik oder eigentlich das Fehlen „einer geplanten und gelenkten Politik auf diesem Gebiet“ (Adam [Anm. 5], S. 357) durch den dualistischen Charakter des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und die Spannung zwischen dem „autoritären Normenstaat“ und dem „totalitären Maßnahmenstaat“ zu erklären sucht. Neuerdings ist dieses Erklärungsmodell in der m. E. völlig abwegigen Kontroverse über die „funktionalistische“ oder „internationalistische“ „Genesis der Endlösung“ wieder aufgetaucht. Vgl. dazu A. Barkai, Regierungsmechanismen im Dritten Reich und die „Genesis der Endlösung“, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, XIV, Tel-Aviv 1985, S. 371—384.

²⁶⁾ Vgl. dazu Kurt Sabatzky, in: Monika Richarz (Hrsg.), Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918—1945, Stuttgart 1982. Dagegen Ernst Herzfeld, Meine letzten Jahre in Deutschland 1933—1938, LBI Archiv New York, ME 163, S. 42 f., berichtet über die zunehmende Fruchtlosigkeit dieser Bemühungen: „Die Ministerialbürokratie (wollte) sich — soweit sie überhaupt gutwillig war — nicht für die Juden exponieren.“

in Deutschland aushalten zu können. Entsprechend änderten sich auch Arten und Ziele wirtschaftlicher Beratung und Hilfeleistung. Die zu Beginn vorherrschende Tendenz, mit allen rechtlichen Mitteln an jeder Position festzuhalten und durch Interventionen und auch juristischen Beistand „ungesetzmäßige“ Entlassungen und Boykottmaßnahmen rückgängig zu machen, wich bald einer realeren Einschätzung, die sich mehr und mehr auf die praktische und konstruktive Wirtschaftshilfe und die Vorbereitung zur Auswanderung konzentrierte²⁷⁾.

Die Masse der jüdischen Erwerbstätigen war noch früher gezwungen worden, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Bei den freien Berufen und zunehmend auch beim gewerblichen Mittelstand setzte auch ohne zentrale Lenkung der Prozeß einer „rückläufigen Berufsumschichtung“ ein. Entlassene Angestellte machten sich als Vertreter, Agenten und Reisende selbständig. Ehemalige Ärzte und Rechtsanwälte zogen mit dem Musterkoffer durch die Städte, um für ihre Familien das bescheidene Existenzminimum zu verdienen. Der Hausiererberuf, der seit Jahrzehnten fast restlos aus den jüdischen Berufstatistiken verschwunden war, kam wieder zu „Ehren“. Jeder Berufswechsel — auch die Verlegung des Geschäfts in bescheidene Lokale oder selbst in die Familienwohnung — erforderte eine neue Gewerbebescheinigung. Daraus ergab sich die optische Täuschung „jüdischer Neueröffnungen“, die von der Nazipresse besorgt verzeichnet wurde und bis heute noch manche Historiker verwirrt²⁸⁾.

Ein Ergebnis der organisierten jüdischen Wirtschaftshilfe durch fast 70 Stellen im ganzen Land war, daß zum erstenmal in der Geschichte der deutschen Juden so etwas wie ein eigener *jüdischer Wirtschaftssektor* entstand²⁹⁾. Je weniger Berufe

den Juden offenstanden, je mehr ihr wirtschaftliches Tätigkeitsfeld eingeengt wurde, desto mehr arbeiteten Juden für Juden und ernährten sich voneinander. Der Verwaltungsapparat jüdischer Gemeinden und Organisationen nahm nie dagewesene Dimensionen an; er stellte, abgesehen von dem erweiterten Aufgabenkreis, zweifellos ein Mittel innerjüdischer Arbeitsbeschaffung dar³⁰⁾. Ein „jüdischer Vermittlungsdienst“ und die Anzeigenteile der jüdischen Zeitungen, deren Umfang und Vertrieb zu bisher unerreichten Rekorden anschwellen³¹⁾, versuchten den „inneren jüdischen Markt“ zu erweitern und jüdischen Arbeitern und Angestellten Arbeitsplätze bei jüdischen Unternehmern zu besorgen³²⁾. Hilfsorganisationen unterstützten jüdische Handelsunternehmen durch subventionierte Warenlieferungen von jüdischen Produzenten. Das schon früher geschaffene Netz jüdischer Darlehenskassen erweiterte die Gewährung von Kleinkrediten jüdischer Handwerker und Kleinhändler. Auch die mittelständischen Genossenschaftsbanken und Versicherungen erreichten Rekorde ihrer Einlagen und ihres Kredit- und Geschäftsvolumens, als es immer schwieriger für Juden wurde, bei den allgemeinen Kreditinstitutionen und selbst bei jüdischen Privatbanken, die um ihre Solvenz besorgt sein mußten, Kredite aufzunehmen³³⁾.

Eine auch nur nahezu „autarke“ jüdische Selbstversorgung gab es natürlich nie, aber jüdische Produzenten und besonders Arbeitnehmer waren noch vor 1938 in zunehmendem Maße auf den jüdischen Markt beschränkt. Bis Ende 1936 belieben die Behörden den Arbeitsnachweisen der jüdischen Gemeinden einen halboffiziellen Status.

„jüdischen Wirtschaftsghettos“ vgl. Abraham Margalio, Tendenzen und Wege im wirtschaftlichen Existenzkampf der deutschen Juden in der Zeit der Rassenverfolgung, in: Umah ve-Toldoheha, vol. II (in Hebräisch), Jerusalem 1984, S. 349. Siehe auch: „Unsere Lage in Deutschland“, in: Israelitisches Familienblatt, XXXVIII (9. Januar 1936).

²⁷⁾ Vgl. S. Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933—1939 im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Tübingen 1974 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts 29), S. 121 ff.; Alexander Szanto, Economic Aid in the Nazi Era. The Work of the Berlin Wirtschaftshilfe, in: Year Book IV of the Leo Baeck Institute, London 1959, S. 211 f., beschreibt die anfängliche Einstellung, „that no economic or legal position should be surrendered“. Trotz mancher anfänglichen Erfolge verlagerte sich das Schwergewicht bald auf die dringlichste Selbsthilfe. Vgl. auch die Erinnerungen Szantos in: Richarz (Anm. 26), S. 221 ff.

²⁸⁾ Die Gauleitung Westfalen-Nord war um die vielen jüdischen Vertreter und neuen Handelsreisenden schon 1935 und später noch mehr besorgt. Man habe gehört, daß es in Berlin Tausende solcher neuen Berufstätigen gäbe (StA Münster, Gauleitung Westfalen-Nord, Nr. 10 [1935] u. 25 [1937]). Siehe auch Adam (Anm. 9), S. 123; Strauss, Jewish Emigration (I), S. 343.

²⁹⁾ Szanto, in: Richarz, Jüdisches Leben (Anm. 26), S. 225; über die Auseinandersetzungen innerhalb der jüdischen Gremien Anfang 1936 und die Ablehnung eines

³⁰⁾ 1937 beschäftigte die jüdische Gemeinde in Berlin rund 1 300 Beamte, Angestellte und Arbeiter, einschließlich der Kultusbeamten und Lehrer (Jüdische Gemeinde Berlin, Verwaltungsbericht für das Jahr 1937, S. 3. Wiener Library Tel-Aviv, W/6/Jud.). Im Verlauf der fortschreitenden Verdrängung fanden nach meinen Schätzungen 4 000 bis 5 000 Menschen Beschäftigung im „offiziellen jüdischen Sektor“ in ganz Deutschland, d. h. in Gemeinden und jüdischen Organisationen.

³¹⁾ Vgl. Margaret T. Edelman-Mühsam, The Jewish Press in Germany, in: Year Book I of the Leo Baeck Institute, London 1956, bes. S. 174 ff.

³²⁾ Die jüdische Presse als Wirtschaftsspiegel, in: Israelitisches Familienblatt, XXXIX (2. April 1937).

³³⁾ Arbeitsberichte der Reichsvertretung der deutschen Juden (anfangs: des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau. Forthrin: ABer.): für 1934/I, S. 59, 65 ff.; 1934/II, S. 48 f.; 1935, S. 115 f., 1936, 102 f., 120; 1937, S. 80 f. Vgl. auch Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe (Anm. 27), S. 133; Szanto (Anm. 29), S. 221.

Als sie geschlossen werden mußten, ging der Appell verstärkt an die Solidarität jüdischer Firmen — über die Gemeinden, Synagogen und jüdischen Organisationen bis hin zu persönlichen Kontakten. Das Resultat war allerdings begrenzt: Der Liquidierungs- und Arisierungsprozeß jüdischer Klein- und Mittelbetriebe machte deren jüdische Angestellte sofort erwerbslos, und die noch bestehenden Großunternehmen wurden durch die Betriebszellen der Deutschen Arbeitsfront scharf überwacht; sie mußten oft auch langjährig bei ihnen beschäftigte Juden entlassen³⁴⁾.

Frauen waren allgemein leichter unterzubringen als Männer, und nach den Nürnberger Gesetzen machte sich sogar ein Mangel an jüdischen Haushaltshilfen bemerkbar. Auch als Verkäuferinnen und Bürohilfen fanden Frauen im Laufe des Wirtschaftsaufschwunges leichter Anstellung. Die überkommene Einstellung jüdischer Mittelstandsfamilien zur Frauenarbeit änderte sich notgedrungen, und in vielen Familien waren die Frauen die Haupt- oder auch die Einzigerdiener³⁵⁾. Andererseits mehrten sich in der jüdischen Presse auch Proteste gegen die „doppelverdienenden“ Frauen in jüdischen Gemeinden und Organisationen³⁶⁾.

Besonders schwierig war die Lage der schulentlassenen Jugend, auch nachdem in den jüdischen Volksschulen ein neuntes Schuljahr eingeführt worden war. Das am Anfang mit viel Hoffnung aufgezogene Berufsvorbereitungswerk der Ge-

meinden konnte nur einen Teil der jüdischen Jugend erfassen. Die Berufsumschichtung älterer Jahrgänge, mit der betonten Tendenz zur Auswanderungsvorbereitung, fand bei den Betroffenen nicht den erhofften Anklang, und auch die Mittel waren unzureichend³⁷⁾. Trotzdem konnte während dieser Jahre in knapp 140 Berufsschulungskursen und landwirtschaftlichen *Hachscharah* (Lehrfarmen) ungefähr ein Drittel der betreffenden Jahrgänge eine gewisse Zeit in einer gesellschaftlich geborgenen Umgebung verbringen und sich auf die Auswanderung, zumeist nach Palästina, vorbereiten³⁸⁾.

Für die ständig steigende Zahl von Arbeitslosen und Minderbemittelten mußten zunehmend die Wohlfahrtsämter und Gemeinden sorgen. Im Etat der Gemeinden nahmen die direkten und indirekten Ausgaben für das Wohlfahrtswesen gegen Ende 1937 fast die Hälfte der Gesamtausgaben ein, und eine große Zahl sogenannter Notstandsgemeinden mußten aus zentralen Mitteln unterstützt werden³⁹⁾. Daneben betreute die Jüdische Winterhilfe eine stets steigende Anzahl Hilfsbedürftiger mit Nahrungs- und Heizmitteln im Winter 1937/1938; sie betrug über ein Fünftel der gesamten jüdischen Bevölkerung⁴⁰⁾.

Wir konnten in diesem Rahmen den enormen Aufwand der jüdischen Selbsthilfewerke nur kurz skizzieren. Nimmt man das jüdische Schul- und Unterrichtswerk hinzu, so kann man die großartige organisatorische und auch finanzielle Leistung des deutschen Judentums in der vorletzten Phase seiner Existenz nur mit Bewunderung betrachten. Die Kosten dieses Werks wurden fast ausschließlich von den deutschen Juden allein getragen. Nach vorsichtigen Schätzungen der Reichsvertretung erhoben die jüdischen Gemeinden zwischen 1933 und 1938 jährlich 25 bis 40 Millionen Reichsmark an Gemeindesteuern — natürlich mit abfallender Tendenz. Dagegen belief sich der Gesamtbetrag der Hilfe jüdischer Organisationen im Ausland an die Reichsvertretung auf weniger als 10 Millionen Mark während des gesamten Zeitraums. Die jüdische Winterhilfe allein gab jährlich ebensoviel oder mehr Geld aus,

³⁴⁾ Paul Eppstein, Vierzig Jahre jüdische Arbeitsvermittlung in Deutschland, in: JWSP, 7 (1937), bes. S. 5 ff. Detaillierte Angaben für Berlin bei Gertrud Prochownik, Die jüdische Arbeitsvermittlung in Berlin, ebenda, S. 7—13.

³⁵⁾ Marion A. Kaplan, The Jewish Feminist Movement in Germany. The Campaigns of the Jüdischer Frauenbund, 1904—1938, Westport (Conn.)-London 1979, S. 184 f. Ich zitiere die englische Originalausgabe; deutsche Fassung: Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des Jüdischen Frauenbundes 1904—1938, Hamburg 1981 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der Deutschen Juden Band VII).

³⁶⁾ Im Dezember 1935 rief ein Vorschlag, Männer als Hausgehilfen zu beschäftigen, um dem durch die Nürnberger Gesetze verursachten Mangel abzuweichen, erregte Proteste in Leserbriefen in der jüdischen Presse hervor: Es sei vernünftiger, die in den jüdischen Gemeinden und Organisationen tätigen Frauen und jungen Mädchen in die Haushalte zu schicken und die dadurch frei werdenden Arbeitsplätze älteren und erfahreneren Angestellten, die erwerbslos geworden waren, zu überlassen. (C. V.-Zeitung, XIV [12. Januar u. 19. Januar 1935.]) Das Problem der älteren Erwerbslosen, die auf die von jüngeren Kräften besetzten Arbeitsplätze in den Gemeinden Anspruch erhoben und auch für geringeren Lohn arbeitswillig waren, tauchte wiederholt in der jüdischen Presse auf. So z. B. in Leserbriefen: Jüdische Rundschau, XXXXI (26. Mai 1936); Israelitisches Familienblatt, XXXVIII (24. Dezember 1936).

³⁷⁾ Ausführlich zur Problematik der Berufsumschichtung: Abraham Margalio, Berufsumschichtung und Produktivierung als Thema innerer Auseinandersetzungen im deutschen Judentum zu Beginn des Dritten Reiches, in: Yalkut Moreshet, Nr. 29 (in Hebräisch) (Mai 1980), S. 99—120.

³⁸⁾ Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Richtlinien für die Berufsausbildung (Berlin, Ende 1936), S. 13.

³⁹⁾ ABer., 1935, S. 49; Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe (Anm. 27), S. 161 f.; Yehuda Bauer, My Brother's Keeper. A History of the American Jewish Joint Distribution Committee 1929—1939, Philadelphia 1974, S. 125.

⁴⁰⁾ ABer. F. 1938, S. 22.

wie der Gesamtjahresetat der Reichsvertretung betrug⁴¹⁾).

Bereits Ende 1936 hat Jakob Lestschinsky von Paris aus die wirtschaftliche Situation der Juden in Deutschland mit folgenden Sätzen umrissen: „20 bis 22% der jüdischen Bevölkerung sind schon heute mehr oder weniger auf die Wohlfahrtspflege angewiesen. 20 bis 25% zehren vom Bestand. Man hat das Geschäft liquidiert oder übergeben. Man hat etwas Geld dafür erhalten; — Einzelne: Millionen; ein paar Dutzend: Hunderttausend; Zehntausende: ein paar tausend Mark. Und nun zehrt man diesen Bestand auf. Wer Kinder hatte und es irgendwie konnte, hat sie ins Ausland geschickt und hofft auf gute Nachrichten und auf den erlösenden Ruf, in die neue Heimat zu kommen, in die Kinderheimat. Wer keine Kinder hat, sitzt und zählt die Markstücke und die Jahre und bittet den Himmel, daß die Jahre Gott behüte nicht länger andauern als die Markstücke.“⁴²⁾

Diese Worte mögen damals vielen wie eine arge Übertreibung geklungen haben — sie waren es keineswegs! Die Juden in Deutschland waren bereits 1937 eine zahlenmäßig schnell schrumpfende und veralternde Bevölkerungsgruppe, deren wirtschaftliche Existenzbasis von Tag zu Tag enger wurde. Aus der Arbeit früherer Zeiten und früherer Generationen hatten sie immer noch beträchtliche Reserven, die jedoch schnell zusammenschmolzen, während in den Regierungs- und Parteiämtern bereits die Pläne für ihre „Erfassung zum Einsatz in die deutsche Volkswirtschaft“ vorbereitet wurden.

Ende 1937 begann die Phase der „Entjudung der Wirtschaft“ mit dem Ziel, die Reste aktiver Wirtschaftsbetätigung zu beseitigen und das zum großen Teil bereits liquide jüdische Vermögen zu enteignen. In den Regierungs- und Parteiämtern waren nachweisbar die Vorarbeiten spätestens seit dem Sommer 1936 im Gange. 1937 wurden sie

beschleunigt und Anfang 1938 war das meiste schon parat⁴³⁾. Die schnell aufeinanderfolgenden Maßnahmen des Jahres 1938 sind bekannt: Immer neue Berufsverbote wurden veröffentlicht, von denen besonders der Entzug der Reiselegitimationskarten und Wandergewerbescheine Tausende von jüdischen Hausierern, Vertretern und Reisenden traf. Im April mußten die jüdischen Vermögen über 5 000 Mark angemeldet werden. Im Juli wurden alle noch bestehenden jüdischen Betriebe registriert. Während des ganzen Jahres ging der Abrisierungswettlauf um die Restbestände jüdischer Geschäfte beschleunigt weiter. Allerdings stellte sich bald heraus, daß die Hoffnungen vieler Partei- und anderer Volksgenossen auf eine mühelose Bereicherung stark übertrieben gewesen waren: Die einträglichsten Objekte waren längst vergriffen. Um auch die starrsinnigsten jüdischen Geschäftsleute zu überzeugen und die Auswanderung der Juden zu beschleunigen, wurde die wirtschaftliche „Entjudung“ im Sommer 1938 durch erneut aufflammende Gewalttätigkeiten unterstützt. Im Oktober 1938 zeichnete die Zwangsausweisung von ca. 18 000 polnischen Juden bereits die späteren Deportationen vor⁴⁴⁾.

In diesem Kontext setzte der Novemberprogramm⁴⁵⁾ nur das Signal, in wenigen Wochen endgültig das zu vollenden, was auf dem Gebiet der Wirtschaft seit Jahren konsequent und zäh — seit Ende 1937 mit beschleunigter Vehemenz — wirksam verfolgt worden war. Bereits wenige Wochen danach war die „Entjudung“ abgeschlossen. Seit Anfang 1939 lebten die Juden in einem fast völlig abgeschlossenen wirtschaftlichen Ghetto. Mit dem ihnen zugestandenen Existenzminimum — bezogen aus den Resten jüdischer Gemeinde- und Privatvermögen — konnten sie sich noch einige wenige Jahre halten. Am Ende mußten sie auch noch für die Kosten für ihre Deportation in die Vernichtungslager aufkommen.

41) Berechnet nach den Arbeitsberichten und Etats der Reichsvertretung. Vgl. auch Adolf Kober, Jewish Communities in Germany form the Age of Enlightenment to their Destruction by the Nazis, in: Jewish Social Studies, vol. IX (1947), S. 227. Für Wohlfahrtsw Zwecke allein gaben die jüdischen Gemeinden zwischen 1934 und Ende 1937 nach vorsichtiger Schätzung ca. 25 Millionen Mark aus. Die Reichsvertretung steuerte in der gleichen Zeit 1,3 Millionen Mark für Notstandsgemeinden bei. Die Zuschüsse ausländischer jüdischer Hilfsorganisationen an die Reichsvertretung beliefen sich in den gleichen vier Jahren auf insgesamt 7,5 Millionen Mark.

42) Jakob Lestschinsky, Der wirtschaftliche Zusammenbruch der Juden in Deutschland und Polen, Exekutiv-Komitee für den jüdischen Weltkongress, Paris-Genf 1936, S. 31.

43) Zum folgenden: Barkai, Schicksalsjahr 1938 (Anm. 18).

44) Vgl. Sybil Milton, The Expulsion of Polish Jews from Germany, October 1938 to July 1939. A Documentation, in: Year Book XXIX of the Leo Baeck Institute, London 1984, S. 169—199.

45) Immer noch taucht in der Literatur die böswillig verharmlosende Bezeichnung „Kristallnacht“ auf. Wie sie entstanden ist, scheint bisher noch nicht völlig geklärt zu sein. Sollte sie, wie manchmal angenommen wird, aus dem damaligen „Volksmund“ stammen, so war dies sicher kein Zeichen von Anteilnahme. Jedenfalls sollte eine Bezeichnung, die Mord, Totschlag und Brandstiftung in ein funkelndes Fest verwandelt, ebenso aus der Historiographie verschwinden wie die im „Nazi-Deutsch“ erfundene Umschreibung der Massenermordung der Juden als „Endlösung“.

Horst Ueberhorst: Spiele unterm Hakenkreuz. Die Olympischen Spiele von Garmisch-Partenkirchen und Berlin 1936 und ihre politischen Implikationen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/86, S. 3—15

Die Olympischen Spiele 1936 haben in der Erinnerung von Zeitzeugen kaum etwas von ihrem Glanz verloren. Organisatorisch-technisch waren sie eine Meisterleistung und setzten Maßstäbe für die künftige Entwicklung der Spiele. Aber nur wenigen wurde damals bewußt, daß die Olympischen Spiele von Garmisch-Partenkirchen und Berlin propagandistisch mißbraucht wurden und mit dazu beitrugen, den deutschen Sport in eine verhängnisvolle Abhängigkeit von der NS-Ideologie zu bringen. So wirkten die Spiele nach innen systemstabilisierend und steigerten die nationale Verblendung. Nach außen halfen sie, Deutschland aus der politischen Isolierung herauszuführen und der Welt das Bild eines „friedliebenden“ NS-Regimes zu zeigen. Denn den Organisatoren und dem Propagandaministerium war es gelungen, mit Friedensbeteuerungen die Boykottbewegung zu unterlaufen; dabei hatten das IOC und Avery Brundage in den USA wichtige Hilfe geleistet. In der Frage der Zulassung deutscher Juden wurde die Weltöffentlichkeit getäuscht. Weder dieses Falschspiel Hitlers wurde durchschaut, noch vermochte das für seine Politik charakteristische Wechselspiel von aggressiven Akten und Friedensbeteuerungen ein Umdenken herbeizuführen. Das Ausland, von der deutschen Organisationsleistung stark beeindruckt, hatte die olympische Protestwelle bald vergessen. Erst später wurde deutlich, daß den Olympischen Spielen 1936 im Machtkalkül Hitlers eine Schlüsselfunktion zukam.

Wolfgang Jacobmeyer: Die deutschen Minderheiten in Polen und in der Tschechoslowakei in den dreißiger Jahren

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/86, S. 17—25

Daß Ostmitteleuropa durch den Nationalsozialismus herausgefordert und in seinem Bestand bedroht wurde, liegt nicht allein an Kontinuitäten deutscher Machtpolitik und Hegemoniebestrebungen. Hierzu haben auch „völkische“ Kräfte beigetragen, nicht zuletzt die deutschen Minderheiten. Für sie war der aufsteigende Nationalsozialismus nicht Ausdruck einer politischen Krise, sondern eine suggestive neue Potenz, die die Erfüllung der national aufgeladenen Wünsche der deutschen Minderheiten versprach und die Lösung ihrer Probleme angesichts einer nicht auf Ausgleich bedachten Politik der staatstragenden Mehrheitsvölker.

Der Beitrag untersucht Veränderungen und Radikalisierungen der beiden deutschen Minderheiten in Polen und in der Tschechoslowakei. Die jeweiligen Wurzeln für die politische Mobilisierung der Minderheiten und die Gründe für die Verformung einer ethnischen Minderheit in eine „Volksgruppe“ mit prinzipiell nicht erfüllbaren Ansprüchen werden vergleichend vorgestellt. Maßgeblich für diesen Vorgang war nicht nur die neue politische Organisationsform des Dritten Reiches mit seiner über die Reichsgrenzen hinausreichenden totalen Volksgemeinschaft, sondern auch die politische und wirtschaftliche Ineffizienz Polens und der Tschechoslowakei in den dreißiger Jahren.

Johannes Klotz: Die „Deutschland-Berichte“ der Sopade

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/86, S. 27—38

Die Darlegung der unmittelbaren Lebenslage und Alltagserfahrungen der Gesellschaftsklassen und -schichten in den Deutschland-Berichten der Sopade war eingebettet in ein widerspruchsvolles politisch-ideologisches Gesamtkonzept, das sich in konkreten politischen Auseinandersetzungen herausbildete: Die politische Situation nach der Machtübernahme des Faschismus drängte den Sopade-Parteivorstand zur Veröffentlichung des Prager Manifestes im Januar 1934. Mit ihm schienen Möglichkeiten eines einheitlichen antifaschistischen Kampfes der Arbeiterbewegung gegeben. Dennoch konnte der Parteivorstand nie seinen Alleinvertretungsanspruch als dem einzig legitimen Vertreter der Arbeiterklasse verhehlen. Dieser Anspruch war verknüpft mit der politisch-ideologischen Öffnung hin zum Konzept einer Volkspartei demokratisch-sozialistischen Charakters, also mit der Öffnung hin zum Bürgertum und den Mittelschichten unter Aufgabe des Charakters als Klassenpartei. Die Schrift „Die Partei der Freiheit“ (1939) war der erste Versuch, für die gesamte SPD den demokratischen Sozialismus verbindlich zu machen und damit den Marxismus endgültig zu überwinden.

Die Deutschland-Berichte dokumentieren einerseits den politisch-ideologischen Weg der Sopade zum demokratischen Sozialismus, insofern die Stimmungsberichte interpretierend und einordnend das Leben im Faschismus beschreiben, andererseits widerspiegeln sie die komplexen Integrations- und Desintegrationsmechanismen des faschistischen Systems, insbesondere sozialpsychologische und ideologische Mechanismen; damit leisten sie einen Beitrag zur Analyse des Charakters, des Wesens und der sozialen Funktion des Faschismus in seiner alltäglichen Form.

Avraham Barkai: Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich (1933–1938)

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/86, S. 39–46

Neuere Forschungen beweisen, daß der Verdrängungsprozeß der Juden aus der Wirtschaft früher und effektiver im Gange war, als bisher angenommen wurde. Besonders waren hiervon jüdische Erwerbstätige betroffen, die in einzelnen Berufen überproportional konzentriert waren: im Waren-einzelhandel, dem Vieh- und Landproduktenhandel und den freien Berufen. Bis zum Frühjahr 1938 waren hier bereits über 60 % aller selbständigen jüdischen Betriebe liquidiert oder arisiert. Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft war ein kontinuierlicher Prozeß, der sich konsequent — wenn auch nicht in einheitlichem Tempo — radikalisierte. Eine „Schonzeit“ läßt sich für die ersten Jahre nur auf dem Gebiet der Gesetzgebung nachweisen. Gleichzeitig erwiesen sich jedoch wirtschaftliche Boykott- und Drangsalierungsmaßnahmen — zeitweilig durch physische Gewalttätigkeiten unterstützt — auf lokaler Ebene auch ohne legislative Sanktion als die effektivsten Mittel.

Wenn auch die Parteiinstanzen — insbesondere die Gauwirtschaftsberater — den Boykott- und Arisierungsdruk am aktivsten betrieben, so ist doch die These einer „dualistischen“ Judenpolitik im Sinne eines unterschiedlich radikalen Vorgehens von Partei- und staatlichen Dienststellen zu revidieren: Während der ganzen Periode ist die Zusammenarbeit von Parteiinstanzen, wirtschaftlichen Verbänden und lokalen sowie zentralen Regierungs- und Verwaltungsorganen nachweisbar.

Die jüdischen Führungsgremien versuchten anfangs, die wirtschaftlichen Positionen auf dem Wege der Justiz und sonstiger legaler Appellationen zu halten. Als sich schon früh die Fruchtlosigkeit dieser Bemühungen erwies, verschob sich das Schwergewicht zunehmend auf die Selbsthilfe. Ab Ende 1937 wurden die Gesetzesmaßnahmen verschärft, um die Juden von jeder aktiven Wirtschaftstätigkeit zu verdrängen. Die nach dem Novemberpogrom offiziell verkündete „Entjudung der Wirtschaft“ war nicht der Beginn, sondern der Abschluß dieses Prozesses, der nur noch Restbestände liquidierte. Danach setzte die offene Plünderung des jüdischen Vermögens ein, das bereits durch den langjährigen Verdrängungsprozeß zum größten Teil liquide — und damit „erfaßbar“ — war.